

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-Beilage 10 Pf., 10 Hefen 1.00 M., 10 Hefen 1.10 M. pro Monat.
 Einzahlung in die Post, Zeitungs-Verträge, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Unpost 2.50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die deutschsprachige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf., (zweifach gedruckt) 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Kornwalzer-Zwischenpiel.

Wenige Tage vor dem Beginn des neuen und wirklichen Krupp-Prozesses — denn die Verhandlung vor dem Kriegsgericht war ja nur ein kleines Vorspiel, bei dem die Opfer der wirklich Schuldigen zur Strecke gebracht wurden — ist vor dem Kriegsgericht sang- und klanglos abermals ein Zeugfeldweibel abgeurteilt worden. Auch der Zeugfeldweibel Linde war ein Werkzeug des Brandt, dieses Werkzeuges der Firma Krupp. Auch er hat, als er noch bei der Artillerieprüfungs-Kommission war, dem Kruppagenten Brandt militärische Geheimnisse verraten. Angeblich aus purer Freundschaft, ohne einen Pfennig Entgelt. Er hatte eben den ehemaligen Kollegen, den auch er auf dem berühmten Regelabend der Feuerwerker kennen gelernt hatte, so sehr ins Herz geschlossen, daß er ihm ohne irgend eine Gegenbezahlung seine Mitteilungen machte. Der Zeuge Brandt bestätigte das und das Kriegsgericht glaubte es. So kam der jetzige Zeugfeldweibel mit der relativ geringen Strafe von vier Wochen gefindem Arrest davon. Trotzdem er dem Zeugen Brandt streng geheim zu haltende Dienstgeheimnisse verraten hatte, deren Mißbrauch zu einer Gefährdung der deutschen Landesinteressen hätte führen können!

Zimmerlin. Der Zeugfeldweibel Linde war ja nur das Werkzeug des Werkzeuges und hatte darum allen Anspruch auf ein mildes Urteil. Ueberhaupt hätte der ganze Prozeß mit drei Zeilen abgetan werden können, da er dem ersten Prozeß auch nicht einen neuen Zug hinzufügte, wenn nicht der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Welt einen neuen originellen Versuch unternommen hätte, das militärische „Panama“ des Krupp-Prozesses wiederum auf das gewöhnliche Minimum zurückzuführen. Er deduzierte nämlich: Nachdem nun auch der Zeugfeldweibel Linde glücklich enttarnt worden ist, bleiben von all den beschlagnahmten Verträgen des Brandt (die anderen hatte man vorsichtigerweise vernichtet!) nur noch einige wenige übrig, deren Urheber nicht abgeurteilt worden sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach und auch nach der Aussage des Zeugen Brandt selbst kommt also höchstens noch ein unentdeckter Verräter militärischer Geheimnisse in Frage. Da nun aber der Zeuge Brandt in der Dienstagsverhandlung auf ausdrückliche Befragen bestimmt und feierlich erklärt hat, daß er niemals von höheren Offizieren Mitteilungen erhalten hat, daß also die noch nicht ermittelte Militärperson höchstens ein Zeugfeldweibel oder Zeugleutnant sein kann, so ist damit erwiesen, daß die Presse völlig daneben griff, wenn sie als Informatoren der Firma Krupp auch höhere Offiziere vermutete. So Herr Dr. Welt.

Es will uns doch scheinen, als ob sich Herr Kriegsgerichtsrat Dr. Welt die Sache ein wenig leicht gemacht habe. Wir wollen uns gar nicht erst darüber mokieren, daß Herr Dr. Welt seinen „Zeugen“ Brandt für einen so einwandfreien Kronzeugen zu halten scheint, obwohl dieser Zeuge zugleich Angeklagter in dem unmittelbar bevorstehenden neuen Krupp-Prozeß ist und sich schon deshalb hüten wird, sich in diesen früheren Prozessen durch Zeugenansagen selbst zu belasten. Der Zeuge Brandt ist natürlich weder in diesem noch in dem früheren Prozeß vereidigt worden. Es ist also nach jeder Richtung hin ein Zeuge, auf dessen Aussage sich auch nicht die geringste Wahrscheinlichkeitsfolgerung, geschweige denn eine irgend begründete Ueberzeugung bauen läßt. Schweigen wir also doch lieber vom „Zeugen“ Brandt!

Zudem ließen sich diesem „Zeugen“ trotz aller Vorsichtigkeit und nur zu begründeten Zurückhaltung allerlei Widersprüche nachweisen. Am Dienstag behauptete er zum Beispiel, seine Äußerungen im ersten Prozeß, er wolle nicht noch mehr Leute unglücklich machen, habe sich nur auf den Zeugen Linde bezogen. Auch Herr Dr. Welt hätte sich erinnern können, daß diese Äußerung in einem ganz anderen Zusammenhang gefallen war. Brandt hatte sich vielmehr gerühmt, auch die Geschäftsgeheimnisse der Firma Ehrhardt, die sich genau der gleichen Methode bediene wie die Firma Krupp, zu kennen. Er wolle nur darüber nicht reden, weil ja ohnehin schon Leute genug ins Unglück gebracht worden seien und er „den Standa nicht noch größer machen“ wolle.

Jedenfalls hätte auch der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Welt, wissen sollen, daß die Presse mit ihren Andeutungen von weit höher hinaufreichenden Indiskretionen natürlich nicht hätte sagen wollen, daß Herr Maximilian Brandt der Reichsvater solcher militärischen Stellen gewesen sei. Im Gegenteil. Die Presse war ja gerade durch die Äußerungen des Herrn Brandt und der Kruppdirektoren, daß es für die Firma Krupp überhaupt keine militärischen Geheimnisse gegeben habe, und daß der Inhalt der Brandtschen Kornwalzer den Kruppdirektoren absolut nichts Neues ge-

sagt habe, auf die nur zu nahe liegende Vermutung gekommen, daß die Firma Krupp auch noch anderweitige Verbindungen gepflogen habe.

Die Aburteilung des Zeugfeldweibels Linde ist also nur ein belangloses Zwischenpiel, und nicht minder belanglos waren die Erklärungen des Herrn Kriegsgerichtsrats Dr. Welt, soweit sie auf eine Generalentlastung militärischer Kreise hinausliefen.

Interessantere Aufschlüsse verspricht erst der Krupp-Prozeß in Noabit. Vielleicht wird nach dessen Abschluß auch das Kriegsgericht noch einmal Veranlassung haben, auf die Sache zurückzukommen.

Enthüllungen des Zeugen v. Mezen.

Ein Berliner Journalist, der beruflich mit Herrn Wilhelm v. Mezen in Fühlung gekommen war, wurde von ihm in seiner Wohnung in Schlachtensee empfangen. Gleich zu Beginn der Unterredung betonte Herr v. Mezen, es habe nicht in seiner Absicht gelegen, aus der bisher beobachteten Zurückhaltung herauszutreten; darum habe er auch verschiedene Journalisten nicht empfangen. Der Selbsterhaltungstrieb nötigte ihn aber dazu, von seiner ursprünglichen Absicht abzukommen. Nach wie vor müsse er es ablehnen, auf alle Fragen Rede und Antwort zu stehen, um nicht dem Bericht vorzugreifen. Doch sei es ihm nicht unerwünscht, wenn der Öffentlichkeit über einige Dinge klarer Einblick gegeben werde, da von anderer Seite alles nur Erdenkliche geschähe, um ihn zu verächtigen.

Die erste Frage an Herrn v. Mezen ging dahin: Sie haben noch Schriftstücke im Besitz, von denen das Gericht noch keine Kenntnis hat. Welche Gründe haben Sie veranlaßt, sie noch nicht bekannt zu geben?

Sie vergessen, daß die Untersuchung sich auch auf mich erstreckte, und daß ich, so unschuldig ich mich fühle und fühlen mußte, der Sache doch nicht von vornherein mit völliger Freiheit gegenüberstand. Ich glaube auch, daß der Inhalt der noch in meinen Händen befindlichen Korrespondenz für einige Personen recht ungünstig ist, und ich hatte weder Lust, noch Veranlassung, irgend jemanden ohne Not ans Messer zu liefern. Jetzt ist jedoch die Notwendigkeit für mich eingetreten, derartige Rücksichten fallen zu lassen. Mitbestimmend waren nationale Gründe. Bedenken Sie doch, daß zur Zeit meiner Verhaftung

die Wehrvorlage auf dem Spiele

stand und daß es für deren Schicksal immerhin ungünstig gewirkt hätte, wenn damals in vollem Umfange die Wahrheit bekannt geworden wäre.

Können Sie mir nicht Einblick in die von Ihnen geheim gehaltene Korrespondenz gewähren? Sie können sich doch denken, daß nach den bisher gefallenen Andeutungen die Presse nach weiteren Einzelheiten begierig ist.

Das muß ich leider ablehnen. Die Korrespondenz werde ich dem Gericht auf Verlangen ausliefern. Sie haben ja gesehen, wie mir jetzt schon von verschiedenen Seiten zum Vorwurf gemacht wurde, daß in der Presse etwas darüber durchgesickert ist.

Halten Sie Ihr Material wirklich für so wichtig und durchschlagend, daß dadurch der Gang der Verhandlung wesentlich beeinflusst werden könnte?

Ja glaube — ja! Insbesondere glaube ich, daß aus dem Inhalt der Korrespondenz mit Gewißheit hervor geht, daß das Krupp-Direktorium über Brandts Tätigkeit und über die Mittel, die zur Erlangung der vertraulichen Auskünfte angewandt wurden, nicht im Zweifel sein konnte.

Wer von den Essener Direktorialmitgliedern muß nach Ihrer Ansicht Kenntnis von Brandts Tätigkeit gehabt haben?

Das ergibt sich aus einem Briefe des stellvertretenden Direktors Marquardt vom 13. September 1909, worin mir mitgeteilt wurde, daß „die Kornwalzer regelmäßig außer dem Herrn Landrat Rötger.“ den Direktoren der R. M. Abteilung (R. M. — Kriegs-Material; damals Dreger, Gillhausen, Eccius), Mouths und von Dewitz diejenigen Herren, insbesondere Herr Ehrenberger und Krone“, bekämen, die

„besonderes Interesse“

für sie hätten. Außerdem habe ich mich über das Treiben Brandts mündlich und schriftlich Herrn Eccius und Herrn Dr. Mühlen gegenüber derartig unzweideutig ausgedrückt, namentlich in meinem Briefe vom 22. Juli 1912 an Dr. Mühlen, daß eine Kenntnis der geübten unlauteren Praxis schlechterdings nicht gelugnet werden kann. Selbstverständlich war auch der Berliner Vertreter der Firma, Max Dreger,

*) Herr Landrat a. D. Rötger ist der bekannte Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller, ein rücksichtsloser Vorkämpfer der Schartmacheri und des „Arbeitswilligenschupes“.
 Ann. d. Red.

laufend über alle Einzelheiten der Affäre Brandt unterrichtet.

Können Sie mir den wesentlichen Inhalt gerade dieses Briefes bekannt geben?

Der Anlaß war die von Brandt während meiner Abwesenheit in Italien betriebene Erhöhung seiner „Ortszulage“ von 3500 auf 5000 M. Ich widerlegte mich der Erhöhung energisch und wies darauf hin, daß bei einer ungemessenen Erhöhung der Zulage „die Person nicht mehr aufrecht zu erhalten“ sei, wonach es eben eine Repräsentationszulage sein sollte und daß dann der Zweck, nämlich als

Edemantel für die Besetzungsgelder

zu dienen, verfehlt sein würde.

Wie ist diese Repräsentationszulage überhaupt zustande gekommen? Brandt war doch eigentlich kein Vertreter, sondern ein Bureaubeamter.

Auch darüber gibt die Korrespondenz Aufschluß. Bis zu meiner Verlegung nach Berlin liquidierte Herr Brandt besondere Auslagen von Fall zu Fall. Ich lehnte es ab, diese Gelder durch meine Hand geben zu lassen, und Herr Eccius fand sich mit meinem Standpunkt ab, indem er mir am 24. August 1909 mitteilte, er wünsche eine Aufstellung von Brandt über den Jahresdurchschnitt seiner Auslagen zu erhalten. Diese Aufstellung dürfte wohl zur Festsetzung der bekannt gewordenen Ortszulage geführt haben. Zur Regelung der Angelegenheit reiste Herr Brandt nach Essen, von wo er mir schrieb, daß er mit Herrn Marquardt die Geschichte in Ordnung gebracht hätte, nachdem dieser sich vorher an den damals aus Essen abwesenden Herrn Eccius gewandt hätte.

Wie glauben Sie nun, daß Brandt die Repräsentationszulage von 5500 M. angewandt hat?

Jedenfalls in sehr geschickter Weise. Die vom Kriegsgericht verurteilten Militärbeamten sind in meinen Augen nichts anderes als

Cyber der Brandtschen Geistesfreiheit

der unter dem Anschein der Kameradschaft für eingewickelt hat. Ich glaube auch kaum, daß Brandt die 3500 M. voll zu Bestechungszwecken ausgegeben hat, obgleich er mir fast täglich vorjammerte, daß er mit dem Gelde nicht auskäme und daß ihm das „Geschmeiß“ — so beliebte er die Kameraden, die jetzt für ihn leiden müssen, zu nennen — nicht „von der Pelle“ gehe. Brandt galt mir ebenso wie denen, an die ich über seine Wachsenhaften berichtete, als höchst gefährlich und zweischneidig. Auf den Brief vom 22. Juli 1912 an Dr. Mühlen, worin ich von der „Ueberhebung“ des Brandt und von seiner „Tendenz, die Konjunktur auszunutzen, je mehr er durch Anwendung der von ihm beliebten Professionmittel“ weiterkäme, geschrieben hatte, antwortete mir Dr. Mühlen unterm 23. Juli, daß „ihm diese Ausführungen ganz richtig erschienen und beifens bemerkt seien.“

Wenn ihn die Firma so einschätzte — wie kam es dann, daß sie ihn gleichzeitig mit Gratifikationen geradezu überhäufte?

Man fürchtete ihn. Bei jeder Gelegenheit (in einem Briefe habe ich den Ausdruck „terminmäßig“ gebraucht) drohte Brandt, er wolle „seine unappetitliche Aufgabe nicht mehr weiter machen, die „ruiniere ihn körperlich und moralisch“. Damit verquittete er allerdings vielfach neue Forderungen finanzieller Natur. Um diesen zu begegnen, war Herr Eccius schon im Jahre 1911 auf den Gedanken verfallen, ihm eine besondere Gratifikation von jährlich 1000 Mark zu versprechen, die aber erst nach 10 Jahren fällig und nur dann ausbezahlt werden würde, wenn das Dienstverhältnis dann noch bestesse. Mit anderen Worten: wenn Herr Brandt, dessen Vertrag nur bis 1915 lief, zehn Jahre lang seine „weiteren dauernden guten Dienste“ fortsetzen würde. Dieser Brief ist handschriftlich von Direktor Eccius geschrieben, von Direktor Haug mitunterzeichnet und trägt, gleichfalls von der Hand des Herrn Eccius, den besonderen Vermerk „Vertraulich!“ Außerdem war er an mich gerichtet mit dem Ersuchen, von seinem Inhalt Herrn Brandt in Kenntnis zu setzen und über das Ergebnis der Unterredung „zu berichten“.

Beim Abschied jagte Herr v. Mezen noch: Der Inhalt der Briefe erhält natürlich seinen wirklichen Wert erst durch die Kenntnis der Vorgänge, auf die sich der Schriftwechsel bezieht, die aber durch ihn zugleich wieder ihre Bestätigung erhalten. Ich habe keinen Grund, irgendwelche Geheimnisfrämerei zu treiben, da ich in einigen Tagen vor Gericht als Zeuge doch alles offenbaren muß.

Eine furchtbare Grubenkatastrophe.

400 Bergleute tot!

Eine furchtbare Grubenkatastrophe, deren Tragweite sich noch nicht in allen Teilen übersehen läßt, wird aus Südwales gemeldet. Im Universal-Bergwerk in der Nähe von Cardiff erfolgte gestern vormittag eine Explosion, durch die der Hauptschacht vollkommen zerstört wurde.

700 Bergleute wurden eingeschlossen.

und es besteht keine Hoffnung, sie alle zu retten. Eine Rettungs-Kolonne, die um 9 Uhr durch einen Seitenschacht heruntergegangen war, war bis 10 Uhr noch nicht zurückgekehrt.

Den Anstrengungen der Rettungsmannschaften gelang es, bis um 11 Uhr 327 Mann der Belegschaft lebend zu retten.

In dem einen Seitengang, der besonders durch die Explosion gelitten hatte, wurden

150 Leichen gefunden.

Ein Teil der Leichen konnte bereits zutage gefördert werden.

Die Rettungsarbeiten werden mit fieberhafter Hast unter der persönlichen Leitung mehrerer Inspektoren und anderer hohen Beamten der Bergbehörde fortgesetzt.

Das im Innern wütende Feuer hindert jedoch die Rettungskolonnen am Weiteren Vordringen. Das Feuer befindet sich zwischen den Leuten und dem Schacht. Der Chef der Bergwerksinspektion sagte, daß eine Rettung unmöglich sei, bevor das Feuer gelöscht wäre.

Nach den neuesten Feststellungen befanden sich zur Zeit der Explosion

931 Bergleute in den Schächten.

Bis zum Nachmittag waren 511 gerettet.

Zahlreiche Angehörigen der Eingeschlossenen hatten sich auf die Kunde von der Katastrophe vor der Grube eingefunden, um die näheren Nachrichten abzuwarten. Als die Geretteten aus dem Förderkorb in den Sechshof gelangten, spielten sich erschütternde Szenen zwischen den Angehörigen und ihren wieder zum Leben erstandenen Ernährern ab. Die Frauen waren, obgleich der Eingang zum Sechshof durch Konstabler und Feuerleute abgesperrt war, nicht zu halten, drangen bis an die Maschinenhalle vor und verlangten stürmisch alle Einzelheiten über den Umfang des Unglücks zu wissen.

Ueber die furchtbare Katastrophe erhalten wir noch nachfolgendes Telegramm:

London, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine furchtbare Explosion fand heute morgen auf der Untergrube in Senghenydd (Südwalles) statt. Kurz nach der Einfahrt der Tagesbelegschaft erschütterte eine gewaltige Explosion die ganze Nachbarschaft der Grube. Der Fahrkorb wurde aus dem Schacht hinaus hoch in die Luft geschleudert und die Maschinerie an der Oberfläche in tausend Stücke zertrümmert. Zwei Obertagsarbeiter, die sich in der Nähe des Schachtes befanden, wurden auf der Stelle getötet, einem davon wurde der Kopf buchstäblich abgerissen. Von der Belegschaft sind bis jetzt 489 Mann gerettet. 30 Leichen konnten schon geborgen werden. Von der Belegschaft sind noch 418 Mann im Schachte, die durch das Feuer, das nach der Explosion ausbrach, abgeschnitten wurden. Es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten. Aus allen Teilen Südwalles eilen die Bergarbeiter herbei, um zu helfen. Sie machen heroische Anstrengungen, um ihre Kameraden zu erreichen. Große Partien der Grube sind eingestürzt. Vor 12 Jahren fand auf derselben Grube schon einmal eine Explosion statt, bei der im ganzen 81 Menschen umkamen. Wie verlautet, konnte an einem Orte der Grube gestern abend wegen Vorhandenseins von Schlagwettern nicht gearbeitet werden. Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten ist alle Hoffnung, die in der Grube eingeschlossenen 418 Mann zu retten, aufgegeben worden. Die Rettungsarbeiten mühten vorläufig eingestellt werden, da die Rettungsmannschaften erst abwarten müssen, bis das Feuer gelöscht oder ausgebrannt ist.

Jungdeutscher Kriegskoller.

In der Nr. 4 der „Jungdeutschland-Post“, die vom Jungdeutschlandbund und der Deutschen Turnerschaft als Wochenchrift für Deutschlands Jugend herausgegeben wird, betreibt ein Herr Otto von Gottberg „Ertüchtigung“ der Jugend, so wie es dem ganzen Wesen des Jungdeutschlandbundes entspricht. Und denen, die noch bestreiten wollen, daß dieser Bund die Jugend leblich für die Hurra- und Kriegsbegeisterung mißbraucht, sei der Artikel des Herrn von Gottberg über den Krieg zum Studium empfohlen.

Da wird folgendes geschrieben:

Auch uns Deutsche und Christen lehrt Ehre und Pflicht, daß die Seelen von Toten und Lebenden ruhelos sind, bis ein Kampf mit Sieg und Triumph unserer Waffen geendet hat. Warum zog in den Tagen unserer Schande und Schmach der tapfere Major von Schill auf eigene Faust in den Krieg? Weil seines guten Kreuzes Seele Ruhe fand, bis Bonaparte bezwungen und der Sieg wieder unser war! Das Leben für die Brüder, für das Vaterland, für Kaiser und Reich, für den Sieg zu geben, damit die Lebenden Frieden und die Toten Ruhe haben, lehrt nicht nur der heidnische, sondern auch der christliche Glaube. Darum ist der Krieg die heiligste und heiligste Aeußerung menschlichen Handelns. Er gibt Gelegenheit, nach Gottes Geheiß das Höchste für die Brüder zu opfern, und schenkt den Tapferen ewiges Leben. Wir sehen das, wenn wir Sonntag in die Soldatenkirche unseres Wohnortes gehen. Vom Gesangbuch fallen die Augen unwillkürlich auf Tafeln an den Wänden. Ueber oft langen, langen Namenslisten steht geschrieben: „Es haben den Helden Tod mit Gott für König und Vaterland.“ Studieren wir die Liste! Kein frommer Pfarrer, der in deutschen Worten den Herrgott anruft, nimmt's uns übel. Er weiß, die Tafeln tragen die Namen von treuen Toten, die nach des Heilandes Vorbild starben. Wünschen wir uns allsonntäglich auf jenen Tafeln einmal verzeichnet zu sehen! Dann leben wir ewiglich und werden nach Jahrhunderten noch beneidet. Drunten im Kirchenschiff nämlich zählen die Männer in Uniform die Namen auf jeder Tafel und am Folgersten, am meisten beneidet ist die Truppe, die von lieben Kameraden die größte Zahl für König und Vaterland geben durfte.

Auch uns wird einmal die große, große Stunde eines Kampfes schlagen. In Tagen zweifelnder, vorläufig nur heimlich frohlockender Erwartung geht dann von Herz zu Herz und Mund zu Mund der alte königliche Ruf zur Schlacht: „Mit Gott für König und Vaterland.“ In die Straße, durch die wir heute feilsch plaudernd oder lachend schreiten, fällt bald ein noch feuchtes Drudblatt, und von den Lippen des ersten deutschen Mannes, der es liest, bricht seit und zuversichtlich: „Es draußt ein Ruf wie Donnerhall.“ Ein echter Schlachtdenkmal ist das Lied und doch klingt lauchend des Deutschen Freude an Krieg und Heldensterben hinein. Sein Echo hallt bis in die fernsten Wälder mit dem jubelnden Gelächter: Wir alle wollen Hater sein. Ja, das wird eine große, eine große Stunde, die wir uns heimlich wünschen dürfen. Der laute Wunsch nach Krieg wird oft zu einem Prahlen und lächerlichem Säbelraseln. Aber still und tief im deutschen Herzen muß die Freude am Krieg und ein Sehnen nach ihm leben, weil wir der Feinde genug haben und der Sieg nur einem Volke wird, das mit Sang und Klang zum Krieg wie zum Fest geht. Ehren wir unseren Herrn und Landesvater, der in unermüdblicher Arbeit der Welt den Frieden wohnt, weil er demaleinst vor Gottes Thron Rechenschaft abzugeben hat nicht nur über Deutschlands Ruhm, Ehre und Macht, sondern auch über jeden Tropfen Menschenblut, der auf sein Geheiß vergossen wurde. Seine Schultern werden mit gemühter schwerer Verantwortung die Sorgen eines Kampfes tragen. Wir

aber dürfen auf seinen Ruf leichten, frohen Herzens zu den Waffen greifen und uns des Krieges freuen. Verlassen wir also aus vollem Halse alle Weiber in Männerhosen, die den Krieg fürchten und darum jammern, er sei gefällig oder häßlich. Nein, der Krieg ist schön. Seine hehre Größe hebt das Menschenherz hoch über irdisches, Alltägliches hinaus.

Auch unserer warten solche Stunden. Wir wollen ihnen entgegengehen mit dem männlichen Wissen, daß es schöner, herrlicher ist, nach ihrem Verlangen auf der Heldentafel in der Kirche ewig fortzuleben, als namenlos den Strohtod im Welt zu sterben. Wir sind auf dem fugelrunden Ameisenhaufen Erde von Bedeutung nur als Glieder einer Gemeinschaft, des Vaterlandes. Deutschland allein muß nach einem Kriege leben, blühen und gedeihen. Was aus uns wird, mag und soll uns piepe sein! So dachten die Väter, die das Reich nur schaffen konnten, weil auch sie zum Kampf mit dem entschlossenen Willen zu Sieg und Tod auch ihren festen, frommen Glauben trugen. Ein Soldatenlied erzählt uns, wie sie sich ihren Lohn und Himmel dachten. Im Wollensaal droben haben „Held Friedrich, Held Blücher, die Männer der Tat“. Aber nicht die Stubenhocker, die uns den Krieg verleiden wollen. Der große Kaiser, sein Kolite, sein Koon, sein Bismarck sind da. Und wenn drunten auf Erden mit deutschen Waffen eine Schlacht geschlagen ist und die treuen Toten von der blutigen Wahlstatt zum Himmel steigen, ruft „aus Notdram ein Gefreiter“ die Wache ins Tor. Der alte Feih springt vom goldenen Stuhl, läßt Präsentiermarsch schlagen und herrscht die Könige und Heiden an:

Respekt, ihr Herren, und aufgeschaut, die jetzt herein ich führe, Auch Helben sind's und alloran des Königs Grenadiere!

Das sei Jungdeutschlands Himmelreich. So sehne es sich, an unferes Herrgotts Tür zu klopfen.

Auf diese Vergottung der Kriegshetze unter der Jugend mit der christlichen Lehre und den Einrichtungen der Kirche läßt Herr Professor Weinel-Jena in der „Christlichen Freiheit“ dem Jugend-Ertüchtigungsblatt „Jungdeutschland-Post“ eine Abfuhr zuteil werden, die eine überaus treffende Kennzeichnung der Jugendpflege des Jungdeutschlandbundes und der Deutschen Turnerschaft darstellt. Er sagt zu den vertieften und gemeingefährlichen Ausführungen des Herrn von Gottberg folgendes:

„Einen Kommentar brauche ich zu der „Jungdeutschland-Post“ nicht hinzuzufügen. Nur möchte ich die Leute, die solche Artikel schreiben und unserer Jugend zu geben für recht finden, bitten, nicht Gottes so zu mißbrauchen, wie es hier geschieht, sondern ruhig überall Wotan zu schreiben und statt Himmel Walsalla. Dann weiß man doch, auf welcher Stufe der Religion man sich befindet; das Christentum soll man außer Spiel lassen.“

Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß hier auch einmal von angefehener bürgerlicher Seite die Arbeit des Jungdeutschlandbundes nach Gebühr beurteilt wird. Wir sind aber der Meinung, daß für die bürgerliche Welt gar keine Veranlassung besteht, sich darüber zu entfetzen; auch nicht für Kreise, die religiöse Bestrebungen pflegen, wie das in der „Christlichen Freiheit“ geschieht. Die Jungdeutschlandherren werden sich deshalb auch gar nicht viel aus der — vom christlichen Standpunkt aus gesehen — geradezu vernichtenden Kritik machen. Sie werden weiter, aus den Mitteln der Allgemeinheit unterstützt, in ihrer Weise Jugendpflege betreiben und sich nicht vom eingeschlagenen Wege abbringen lassen. Wissen sie doch ganz genau, daß die heutige Staatskirche zum Krieg die gleiche Stellung einnimmt und mit ihnen in dieser Frage eins ist. Die um Weinel bilden eben innerhalb der Kirche eine Ausnahme, die auch hier bestätigt, daß das Gegenteil ihrer Anschauung die Regel ist. Trotzdem bleibt die Abwehr Weineles was sie ist: eine überaus treffende Charakterisierung der streupellosen und für die Jugend verderblichen Methoden des Jungdeutschlandbundes und der Deutschen Turnerschaft im Kampf um die Arbeiterjugend.

Im übrigen haben wir die Ausführungen des Herrn von Gottberg hier ausführlich wiedergegeben, um unseren Lesern dazutun, was Geistes die Leute sind, die am nächsten Sonntag den Jubiläumsummel des Jungdeutschlandbundes in den Straßen Berlins inszenieren. Diese Art Kriegshetze poßt so ganz zu der Jubiläumsmastkerade, zu der sich die bürgerliche Jugend hergibt. Und die bürgerliche Presse vom rechten bis zum äußersten linken Flügel gibt dazu ihren Segen.

Die Landfrage in Großbritannien.

London, 13. Oktober. (Fig. Ver.)

Der liberale Feldzug zur Befreiung des englischen Bodens aus den Klauen der Großgrundbesitzer, der mit so großer Resonanz angekündigt worden war, wurde am 11. Oktober von dem Schatzkanzler mit einer Rede in der Stadt Bedford eröffnet. Selten ist ein Ereignis mit solcher Spannung erwartet worden. Mehrere Male verkündeten die englischen Liberalen in den letzten zwei Jahren, daß in wenigen Wochen Lloyd George die Tribüne besteigen werde, um die großartigen Pläne der Regierung zu entfallen, die das Land dem Volke zurückzugeben und der dahinstrebenden Landwirtschaft neues Leben einflößen würden. Nach der Erledigung der Fragen der irischen Selbstverwaltung und der Entstaatlichung der Kirche in Wales, so hieß es, sei endlich nun die Baha frei geworden und der Liberalismus könne sich ungehindert der Umgestaltung des ganzen sozialen und wirtschaftlichen Lebens hingeben. Aber immer kam etwas dazwischen und der Feldzug wurde aufgeschoben. Allerhand Ereignisse, unter anderem auch der Balkankrieg, mußten als Entschuldigung herhalten. Die wirklichen Gründe der liberalen Unentschlossenheit blieben jedoch niemandem verborgen. Den einflussreichen liberalen Grundbesitzern gefällte das bestehende System ganz gut, unter dem sich der Reichtum anhäuft und die Menschen verderben, wie Goldsmith in seinem Gedicht „Das verlassene Dorf“ sang. Sie wollten von den Plänen der liberalen Landreformer nichts wissen. Daher die Verzögerungen und daher auch die Erscheinung, daß der Schatzkanzler nicht den geringsten Versuch machte, die Mittel anzugeben, die die Regierung zur Abstellung der von ihm in so berebten Worten gekennzeichneten Uebelstände anwenden will. Mit der von ihm gelieferten Diagnose des Übels ist so ziemlich jedermann einverstanden. Auch der hartgesottenste Tory gibt zu, daß man der englischen Landwirtschaft wieder auf die Beine helfen muß. Worüber man streitet, sind die anzuwendenden Mittel und die Tragweite der Reformen. Und in diesem Punkte hat der Schatzkanzler vollständig verfaßt. In Arbeiterkreisen hoffte man, daß Lloyd George den Landarbeitern wenigstens den Mindestlohn versprechen werde. Aber auch hier ging er nicht über nebelhafte Andeutungen hinaus. Das Endergebnis der großen Rederei bestätigt nur, was vielen kein Geheimnis war: daß die Kapitalisten und die Grundbesitzer heute so eng verschworen und verschwägert sind, daß die liberale Partei nicht daran denken kann, die Aufgaben zu lösen, die ihr ihre Bodenreformer vorschreiben. Der Landfeldzug hat sich als ein Verluht entpuppt, die Stimmen der Landarbeiter und Pächter zu fangen, die die liberale Partei notwendig brauchen wird, wenn nach der Lösung der irischen Frage die Zahl der irischen Bundesgenossen im Reichsparlament um die Hälfte reduziert worden ist.

Aber als Diagnose der Lage der englischen Landwirtschaft war des Schatzkanzlers Rede dennoch eine bemerkenswerte Leistung. Einleitend wies er darauf hin, daß der Grundbesitz das größte und das am wenigsten beaufsichtigte Monopol sei. Der Grundbesitzer kann Heimgärten zerstören, die Bauern ins Exil treiben und nach Belieben das Land in eine Wüste verwandeln. Im Norden Schottlands findet man noch die Spuren des Kleinbauern, wo das Wild jetzt haust. Vor 50 Jahren waren in der Landwirtschaft Großbritanniens noch 2132 000 Personen beschäftigt; heute sind es nur noch 1 1/2 Millionen. Aber der Staat braucht zu seiner Verteidigung eine große und fräftige Landbevölkerung. Was ist an dem Sinken unserer Landwirtschaft schuld? Das elende System des Grundbesitzes, das in Großbritannien herrscht. Daß dieses System unhaltbar geworden, geben selbst die Konservativen zu. Sie haben nur ein Mittel gegen das Uebel: der Staat soll den Bauern das Geld vordrücken, um das Land zu kaufen. Sie wollen der Nation eine ungeheure Schuld aufbürden; sie trachten danach, den Uebelstand zu kapitalisieren. Darauf kann die Regierung nicht eingehen. Der Landarbeiter ist aus einem zufriedenen, wohlgenährten, unabhängigen Bauern zu einem hoffnungslosen, unterbezahlten und landlosen Sklaven des Bodens geworden. Er wird schlechter bezahlt, arbeitet länger und wohnt schlechter als der Arbeiter in irgendeiner anderen Industrie des Landes. 90 Prozent der Landarbeiter erhalten weniger an Lohn, als die Summe ausmacht, die für die Erhaltung einer Familie in einem Arbeitshaufe ausgegeben wird. Sie erhalten an Geldlohn 12, 13 und 14 Schilling die Woche und beziehen allerlei Zuschüsse in Naturalien, um nur nicht zu verhungern. Nicht Zuschüsse braucht der Landarbeiter, sondern einen auskömmlichen Lohn. Das Gesetz beschränkt den Kohlengrubenbesitzern, ihren Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zu bezahlen, und verbietet ihnen, sie länger als eine gewisse Zeit zu beschäftigen. Warum soll dies nur unter der Erde gelten und nicht an der Oberfläche? Wenn wir zwischen dem Wohl-ergeben des Grundbesitzers und des Landarbeiters nun einmal zu wählen haben, so laßt uns ein Stück aus der Grundrente des Landeigentümers nehmen und es dem Landarbeiter geben. Und dann läuft in keinem Lande so viel Wild auf bebautem Boden umher, wie in Großbritannien. Seit 1851 hat sich die Zahl der Wildhüter um 250 Proz. vermehrt, während die Zahl der Landarbeiter um 600 000 zurückgegangen ist. Wir müssen das Wild mindestens um zwei Drittel reduzieren. Was ist nun zu tun? Dem Landarbeiter müssen ein auskömmlicher Lohn, eine kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsverhältnisse gesichert werden. Er muß ein anständiges Haus haben mit einem Stückchen Land dabei. Den unternehmenderen Geistern muß eine Parzelle oder gar ein kleines Pachtgut gesichert werden. Das System der Gemeindesteuern, das den Pächter bedrückt, muß verändert werden. Es muß dem Pächter erleichtert werden, seine Waren zum Markt zu bringen. Der Praxis der Eisenbahnen, den Ausländern Vorzugstarife einzuräumen, muß ein Ende bereitet werden. Dem Staate muß erleichtert werden, zu gerechten Preisen Grund und Boden zu erwerben.

Dies sind die wichtigsten Punkte einer Rede, die uns leider über die Absichten der englischen Regierung ganz im Dunkeln läßt, wiewohl sie geeignet ist, zu allerlei Spekulationen Anlaß zu geben. Der „Daily Citizen“ bemerkt sehr treffend zu den Ausführungen: „Wir hören, daß die größte Jagdbeute der Saison auf den Gütern des Herrn Lulu Harcourt, eines hervorragenden Mitglieds der Regierung, eingekauft worden ist; der Schatzkanzler braucht daher nur unter seinen eigenen politischen Freunden Umschau zu halten, um viele Freunde und Verteidiger des Landmonopols in all seinen weitlichen Bügen zu finden, mögen diese auch gezwungen sein, dem Geiste der Zeit unwichtige Zugeständnisse zu machen. Daher kommt es vielleicht, weshalb der Schatzkanzler seine Reden in einem Nebel flüchtiger Bilder verdunsten ließ.“

Politische Uebersicht.

Keine Handpolitik.

Zur sogen. „weltschen Frage“ teilt der „Verf. Lok-Anz.“ offiziös mit, daß in den nächsten Tagen das preussische Staatsministerium seinen Antrag, dem Cumberlander die Uebernahme der Regierung in Braunschweig zu gestatten, beim Bundesrat einbringen wird. Am 24. oder 25. Oktober wird der Bundesrat über diesen Antrag entscheiden. Prinz Ernst August wird am Tage seines Einzuges in Braunschweig eine Kundgebung erlassen, die ein klares Bekenntnis zur Reichsverfassung enthalten wird.

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ setzt einstweilen das Dementieren fort. Sie bringt in ihrer Ausgabe vom Dienstagabend folgende amtliche Erklärung:

„In einem Artikel des „Hannoverschen Courier“ wird die bevorstehende Erledigung der Braunschweigischen Thronfolge als ein politisches Opfer, das dynastischen Rücksichten gebracht werde, scharf getadelt. Weil des Kaisers Tochter den letzten Welschenspross zum Gemahl erkorren habe, gehe man über wichtige Reichsinteressen hinweg und treibe Hauspolitik. Der hierin liegende Vorwurf gegen den Kaiser und König kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Mögen auch die Ansichten über die Bedingungen für die Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig noch auseinandergehen, fest steht jedenfalls, daß für die Haltung des Kaisers und seiner Regierung nicht die Heirat der Kaiserin und der dynastischen Hausinteressen, sondern die vom Prinzen vor seiner Verlobung und Hochzeit mit Zustimmung seines Vaters abgegebenen Erklärungen und die damit für die Zukunft dem Reiche und Preußen geleisteten Garantien entscheidend waren.“

Ans Vaterland, ans teure, schließ Dich an, Doch halte fest das Geld in Deinem Beutel!

Der Patriotismus der Besiegenden, der sich zur Zeit, als die Regierung im Reichstage die neue Heeresvorlage einbrachte, gar gewaltig aufblähte und in den allernsten Phrasereien gipfel, ist jetzt, wo es an die Ausbringung des Wehrbeitrages geht, völlig verrückt. Die Herren Kapitalisten, die noch vor wenigen Monaten versicherten, daß sie bereit seien, ihr Heldenblut auf den Schlachtfeldern für das teure Vaterland zu opfern, suchen sich heute nach allen Regeln der Kunst um den Wehrbeitrag herumzudrücken. Das heißt, sie suchen ihr feuergefährliches Vermögen so niedrig als möglich hinzustellen. Und die vaterländische Presse, die konservative wie die liberale, leitet ihnen dabei willige Hilfe, indem sie die opferwilligen Patrioten darauf aufmerksam macht, daß sie durch das Wehrvergeßere gar nicht gezwungen sind, den vollen Wertbetrag ihres Vermögens anzugeben. So laufen zurzeit allerlei Notizen durch die bürgerliche Presse, daß die Banken nicht verpflichtet sind,

Auskunft über die Höhe der bei ihnen vorhandenen Einlagen zu geben. Es wird nämlich befürchtet, daß die Reicheren im anderen Falle einen Teil ihres Vermögens im Auslande anlegen würden, um der Besteuerung durch den Wehrbeitrag zu entgehen. Wenn die bürgerliche Presse es wirklich für notwendig erachtet, eine solche Versicherung zu geben, dann geht daraus sicher hervor, daß die Besitzenden die Absicht haben, das Reich um einen Teil des Wehrbeitrages zu bemogeln; ihre Furcht, daß die Höhe ihres Vermögens bekannt wird, hätte sonst in der Zeit gar keinen Sinn. Die bürgerliche Presse versteht weiter, daß die Auskunftspflicht der Banken nicht durch die Ausführungsbestimmungen festgelegt werden kann, die der Bundesrat zu erlassen hat. Die patriotischen Kreise, die bisher schon den Staat nach Kräften um die Steuern bemogelt haben, werden also dieses Verfahren auch beim Wehrbeitrag in Anwendung bringen können.

Die Ausführungsbestimmungen zum Wehrbeitragsgesetz werden Ende dieses Monats vom Bundesrat veröffentlicht werden und die erste Rate des Wehrbeitrags wird im April oder Mai nächsten Jahres zur Einziehung gelangen. Die Zwischenzeit ist nötig, um die Einschätzung vornehmen zu können.

Arbeitslosendebatte in der Hamburger Bürgerschaft.

Die sozialdemokratischen Entwürfe auf Einführung von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit riefen in der Montag-Sitzung der Hamburger Bürgerschaft (des Hamburger Parlaments) eine Debatte hervor, die den unsozialen Geist dieser gesetzgebenden Körperschaft aufs deutlichste offenbarte. Die Forderungen unserer Genossen beschränkten sich auf das Minimalste, was angesichts der steigenden Not der Arbeitslosen, deren Zahl in Hamburg jetzt schon schätzungsweise 12 000 beträgt, verlangt werden mußte. Nichts weiter als die beschleunigte Inangriffnahme schon beschlossener staatlicher Arbeiten unter Garantie tariflicher Arbeitsbedingungen, die Vereinfachung eines Unterstützungsfonds für Arbeitslose und die Speisung bedürftiger Kinder war beantragt. Außerdem sollte der hamburgische Bundesratsvertreter aufgefordert werden, für reichsgerichtliche Regelung der Arbeitslosenversicherung zu wirken. Diese Forderungen wurden vom Genossen Winig in einer durch reiches statistisches Material unterstützten Rede begründet, die jede verlegende Schärfe vermied, aber eindringlich an das soziale Gewissen der Bürgerlichen appelliert.

Wie verhielten sich dazu die Vertreter des Bürgertums? Von der Fraktion der Rechten hielt sich der allergrößte Teil während Winigs Rede außerhalb des Saales auf, hörte also seine Argumente gar nicht an, auch die anderen bürgerlichen Fraktionen zeigten wenig Interesse für das Schicksal der Arbeitslosen, spendeten aber dem Redner der Linken, dem Sekretär des herabwürdigen Wirtschaftlichen Schutzverbandes, Dr. M. Westphal, frenetischen Beifall, als er die Arbeitslosenfürsorge in der vorgeschlagenen Form rundweg ablehnte. Die Rede dieses Scharfmachers, glipste in dem Saal; die Arbeitslosenversicherung ist nur ein Mittel zum Zweck, die Arbeiter zu den Gewerkschaften zu ziehen; die Sozialpolitik, wie sie in den letzten Jahren von einer schwächlichen Reichsregierung im Einverständnis mit der Reichstagsmehrheit gemacht wird, haben wir gründlich satt!

Von den übrigen Rednern der Rechten und des Zentrums wurde teils der Umfang der Arbeitslosigkeit geleugnet, teils wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen als unangebracht abgelehnt. Von dem Unterstützungsfonds für Arbeitslose wollte man nichts wissen, weil man die Faulheit und die durch Streiks selbstverschuldete Arbeitslosigkeit nicht als unterstützungswürdig anerkennt. Die Vereinfachung von Mitteln für Speisung von Schulkindern sei überflüssig, weil wohlthätige Anstalten vom Staat unterstützt, dies schon ausreichend belorgten. Den Unternehmern in Zeiten der Krise tarifliche Löhne vorzuschreiben, sei auch nicht gerechtfertigt. Uebrigens gebe es unter den selbständigen Gewerbetreibenden viele Leute, die eher staatliche Unterstützung verdienen als die Arbeiter, von denen man verlangen könnte, daß sie dorthin gingen, wo Arbeiter gebraucht werden; nach Ostpreußen oder nach Oberbayern. Den letzteren Gedanken besaß besonders der Konservativ Dr. Koch. Auf diesen reaktionären Sumpfsinn gab Genosse Weinheber einige kräftige Antworten. Ueber ihm schloß sich nur der Liberale Hey und der weiche Klabe des Zentrums, Rechtsanwalt Kämpel, im wesentlichen den sozialdemokratischen Entwürfen an. Der letztere beantwortete namentlich die staatliche Regelung des Arbeitsnachweises.

Dann wurde die Debatte, zu der noch ein halbes Duzend Redner gemeldet sind, bis nächsten Montag vertagt.

Klatschrecht oder Wahlrecht?

Das Zentrum führt zwar das Wort Freiheit in seinem Wahlprogramm, aber es erinnert sich daran immer erst dann, wenn es selbst die Zustände des preussischen Polizeistaates zu fühlen bekommt. Infolge des halbes Mittel schwärmt die gesamte Presse des Zentrums wieder einmal für das geheime Wahlrecht. Die „Preussische Landeszeitung“ (Nr. 465) z. B. zeichnet die preussischen Wahlrechtszustände folgendermaßen:

„Wer nicht im Sinne der maßgebenden Kreise des Landes stimmt, ist zum Spiekrutenlaute zwischen einer Gasse von spigen Jungen verurteilt. Die Klatschbasen beiderlei Geschlechts suchen sich als patriotische Plondmächter aufzuspielen.“

Um die unseligen Klatschereien und Dreyereien einzubändigen, gibt es kein besseres Mittel, als die Stimmabgabe geheim zu machen. Der Staat wird dadurch ebensowenig gefährdet werden, als das Reich, das schon fast ein halbes Jahrhundert die geheime Wahl hat. Auf die Dauer ist doch nur eines zuverlässig: das Gewissen der Wähler und Reserveoffiziere.

Sehr notwendig ist auch die geheime Stimmabgabe bei den kommunalen Wahlen. Dabei kommen zu den parteipolitischen Gegenständen noch die persönlichen Gegenstände und die Meinungen der örtlichen Interessentengruppe. Das gibt den Klatschungen reichlichen Stoff und führt oft zu schweren Kerkern. Unter den heutigen Verhältnissen ist das Wahlgeheimnis die sicherste Gewähr, nicht bloß für die Wahlfreiheit, sondern auch für den Frieden.

Im Abgeordnetenhaus weiß das Zentrum nichts von dieser vernünftigen Art. Dort arbeitet es Hand in Hand mit den Konservativen, den geschworenen Feinden des geheimen Stimmrechts; dort hat das Zentrum einer Wahlreform zugestimmt, die die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner öffentlich vorgenommen wissen sollte. Ein Wahlverfahren also, das den Klatschweidern mit und ohne Uniform auch in Zukunft ein reiches Tätigkeitsfeld überläßt.

Ein Streik in Deutsch-Ostafrika.

Wie die „Usumbara Post“ meldet, sind die indischen Angestellten und Handwerker der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft in einen Streik nach europäischem Muster eingetreten. Den Grund bildet eine Verfügung der Direktion, durch welche die bisherige halbstaatliche Frühstückspause auf eine Viertelstunde beschränkt wird. Die Leute haben, so teilt das ostafrikanische Blatt voller Entrüstung mit, eine tägliche Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden und werden recht gut bezahlt. Manches indischer Handwerker erhält 6-7 Rupees pro Tag! Dann heißt es ganz im Stile

der europäischen Scharfmacherpresse weiter: „Der Streik wird ganz nach modernen Grundsätzen geführt, mit Streikposten und allem möglichen Zubehör. Als etwa 20 arbeitswillige Jnder sich zur Arbeitsstätte begeben wollten, wurden sie von den Streikposten überfallen, verhaften und am Vortreten der Arbeitsstätte gehindert. Schon am frühen Morgen kontrolliert ein in tadellosem weißen Anzug in einer Mischschau umherfahrender Jnder die Wohnungen der Streikenden, um sich zu vergewissern, daß niemand arbeitet. Man sieht hier deutlich, zu welchen Auswüchsen das inderfreundliche Regiment führt.“

Dieser Schmerzschrei der kolonialen Ausbeuter ist nur zu begreiflich. Ihr Ideal ist der farbige Zwangsarbeiter, den man mit der Rißperdepeitsche zur Kasse bringt. Daß farbige sich auch einmal als freie Arbeiter fühlen lernen, ist ihnen ein Grauel. Es fehlt nur noch, daß sie nach der Schutztruppe schreiben, die die streikenden Jnder niederknallen soll, wie vor einigen Jahren die südwestafrikanische Schutztruppe bei einem Bahnbau beschäftigte Neger. Daß eine achteinhalbstündige Arbeitszeit im Tropenklima reichlich lang ist, wird natürlich von der kolonialen Presse nicht gesagt. Ebenso schweigt man über die teure Lebenshaltung bei einem Bahnbau auf afrikanischer Steppe, unter der auch die an sich bedürftigsten Jnder zu leiden haben.

Der Herr Reserveoffizier und die milden Richter.

Von geradezu aufreißender Wirkung ist das Urteil, das vom Königsberger Schöffengericht gegen den Gutsherrn und Reserveoffizier Paul Hufsch aus Schönwiese gefällt wurde. Der Herr war wegen Hausfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung angeklagt. Er war am 5. Juli in die Wohnung der Arbeiterfrau Johne gedrunen und hatte sie zur Rede gestellt, weil sie durch sein Roggenfeld gegangen war. Dabei hatte er die Frau beschimpft: „Sie verfluchtes Weib sind durch meinen Roggen gegangen!“ Dann hatte er ihr mit seinem Spazierstock drei Schläge gegen die rechte Hüfte versetzt, so daß ein Bluterguß unter der Haut erfolgte, die Hüfte anschwellte und sich eine etwa zwei Handflächen große Verfärbung bildete. Die Frau hat infolge dessen vier Wochen hindurch Stiche in der rechten Seite gehabt.

Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei, indem es annahm, er habe beim Vortreten der Wohnung der Arbeiterfrau noch nicht die Absicht gehabt, die Frau zu schlagen. Er habe sie vielmehr nur zur Rede stellen wollen. Deshalb sei diese Handlung eine rechtmäßige und „kein widerrechtliches Eindringen“. Schuldig dagegen sei er, die Frau beleidigt und mit einem gefährlichen Werkzeug vorläufig körperlich mißhandelt zu haben. Das Gericht habe aber berücksichtigt, daß der Angeklagte unbescholten sei und sich „in berechtigter Erregung“ befunden habe; andererseits sei die Schwere der Verletzungen in Betracht gezogen worden, daher sei für die gefährliche Körperverletzung unter Jubelung mildernden Umstände auf eine Geldstrafe von 10 Mark und für die Beleidigung auf eine Geldstrafe von drei Mark

in Summa 13 Mark (?)

erkannt worden. Für die Verurteilung einer Buße hätte keine Veranlassung vorgelegen, weil aus der Tat des Angeklagten den Eheleuten (also auch der Frau) kein Schaden erwachsen sei. (!)

Dieses schier ungläubliche Urteil wurde „von Rechts wegen“ gefällt. Die 13 M. Geldstrafe sind gar keine Sühne für die Vergehen des Angeklagten, der ein begüterter Mann ist und den die Strafe nicht im geringsten trifft. Dabei ist die Mißhandlung einer wehrlosen Frau durch einen Menschen, der doch gebildet sein will, besonders roh und verwerflich. Der hier in Betracht kommende Paragraph sieht als Mindeststrafe zwei Monate Gefängnis vor und das Gericht erkennt auf 10 M. Geldstrafe.

Durchlaucht schimpft über eine Staatseinrichtung.

Beim 2. Manen-Regiment in Ansbach ist ein Rittmeister Fürst Wrede, der schon öfter Proben seines großen Selbstbewußtseins geliefert hat, wofür er leider nicht immer das nötige Ergebnis fand. Ein Konflikt mit einer lgl. Behörde brachte ihn kürzlich vor die Schranken des Gerichts. Als er einmal mit einem Fischgeschäft ein Telefongespräch führen wollte, bekam er keine Antwort, weshalb er sich mit der Aufsichtsstelle verbandelt und dort Beschwerde führte. Dem die Beschwerde entgegennehmenden Postverwalter erklärte der Fürst: „Bei der Umschaltstelle Ansbach sei überhaupt ein Saustall“. Die Redereien ergaben, daß die Fischhandlung trotz mehrmaligen Anrufs nicht geantwortet hatte. Als der Postverwalter dies dem Fürsten mitteilte, bat er ihn, nimmere das Wort „Saustall“ zurückzunehmen. Aber Durchlaucht geruhten zu erklären, daß sie den Saustall aufrecht erhalten und sogar dreimal unterstreichen müßten. Auch die Aufforderung der Oberpostdirektion ließ der Rittmeister unbeachtet, worauf Klage gegen ihn gestellt wurde.

Das Kriegsgericht der 4. Division verurteilte ihn zu 30 M. Geldstrafe. In der Verhandlung wurde die interessante Tatsache festgestellt, daß Durchlaucht beim Telefonieren von seinem Vorfall an bevorzugt wurde, zum Gunsten anderer Abonnenten. Das geschah, um ihn von weiteren Beschwerden abzuhalten.

Sieg des christlichsozialen Wahlschwinds.

Wien, 14. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im Kampf um das Mandat des verstorbenen Abgeordneten Schummeier unterlag der sozialdemokratische Kandidat Eiderich mit 8448 Stimmen gegen 9012 Stimmen, die auf den Christlichsozialen Mattaja entfielen. Die Christlichsozialen hatten ungeheure Anstrengungen gemacht, um das Mandat zu bekommen. Der Wiener Wahlschwindel und der Terrorismus der Wiener Gemeindebehörden gegen alle von der Kommune Abhängigen ist bekannt. Diesmal haben die Christlichsozialen sich selbst übertrieben. Sie haben die Wahlzettel so ausgestaltet, daß tausende Stimmen von Nichtwählern abgewiehlen werden können. Das alles ist natürlich nur möglich, weil sich die Staatsgewalt diesem Treiben gegenüber absichtlich als nutzlos erweist.

Im Jahre 1911 hatte die Sozialdemokratie das Mandat mit knapper Mehrheit in der Stichwahl unter Verhältnissen gewonnen, die für die Opposition gegen die Christlichsozialen besonders geeignet waren. Diesmal war das Mandat nur zu holen, wenn alle bürgerlichen Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätten. Das haben sie nicht getan, trotzdem sie starke Gegenstände von den Christlichen trennen. Die Erbitterung über den Ausfall der Wahl ist bei der Arbeitererschaft in ganz Wien ungeheuer. Des Abends kam es zu großen Demonstrationen um zügen, besonders in Leopoldstadt, doch ereigneten sich keine Zwischenfälle.

Oesterreich.

Erregung unter den Staatsbeamten.

In einigen massenhaft besuchten Staatsbeamten-Versammlungen in Wien, Reichenberg und Karlsbad wurde der Verrat der Christlich-

sozialen und des Deutschen nationalen Verbandes an den Staatsbeamten in der schärfsten Weise gebrandmarkt, einige Abgeordnete dieser Regierungsparteien niedergeböhren und sozialdemokratische Abgeordnete mit stürmischen Beifall begrüßt.

Der größte Panamist.

Erministerpräsident Lufacs hat, wie erst jetzt bekannt wird, einem Konsortium von Geldmännern eine Spielbankkonzession für die bei Pest gelegene Margareteninsel versprochen zu erteilen; die Geldmännern zahlten auf dieses Versprechen hin 1 1/2 Millionen Kronen in die Wahlkasse der Regierungspartei und 100 000 Kronen Provision an einige Regierungsabgeordnete. Aus der Konzession wurde aber nichts, denn Lufacs flog vorher.

Frankreich.

Das Verhältnis zu Spanien.

Paris, 14. Oktober. Der „Petit Parisien“ erklärt in einem sichtlich offiziellen Artikel, das Ergebnis der Madrider Reise des Präsidenten Poincaré und der Besprechung Pichons mit Romanones und Lopez Munoz ließe sich dahin kennzeichnen, daß dieses Versprechen hin 1 1/2 Millionen Kronen in die Wahlkasse der Regierungspartei und 100 000 Kronen Provision an einige Regierungsabgeordnete. Aus der Konzession wurde aber nichts, denn Lufacs flog vorher.

Belgien.

Zusammentritt der Kammer.

Brüssel, 14. Oktober. Die Kammer ist heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, die die Aufgabe hat, das neue Schulgesetz durchzubringen. Das Haus trat sofort in die Generaldebatte ein, die der Minister der schönen Künste einleitete.

Holland.

Protestbewegung gegen die Wohnungsnot in Amsterdam.

Unter Führung unserer Partei haben in Amsterdam sämtliche Arbeitervereine — auch die katholischen und die evangelischen — eine Protestbewegung gegen die herrschende Wohnungsnot eingeleitet. Das jetzt heimgegangene liberale Kabinett hat als eine seiner letzten reaktionären Taten noch den Beschluß gefaßt, das Verlangen der Stadt Amsterdam, einen Betrag von 1 1/2 Millionen Gulden als Gesamtsumme sieben Wohnungsbauprojekten zur Verfügung zu stellen, abzulehnen. Als Grund der Ablehnung hat das Kabinett angegeben, die Art der geplanten Wohnungen seien zu kostspielig; in Wirklichkeit erfolgte die Ablehnung aber, weil die Regierung dem privaten Baugeschäft nicht mit Staatsgeldern Konkurrenz machen will. Gegen diese Verfügung richtet sich nun die Protestbewegung der Arbeitervereine. Gefordert wird auch von der Gemeindevertretung, die endliche Ausführung des vor mehr als zwei Jahren eingereichten sozialdemokratischen Antrages, die Stadt möge zweitausend Wohnungen herrichten lassen.

Daß auch die gesamte religiöse Arbeiterbewegung sich gegen eine Verfügung des liberalen Kabinetts und für eine sozialdemokratische Vorlage ins Zeug legt, ist ein seltenes Schauspiel. Es ist ein Zeichen, wie sehr das Wohnungsseind auch den von der Kirche geführten Arbeitern das Mark aus den Knochen saugt.

Amerika.

Der Staatsstreik in Mexiko.

Washington, 14. Oktober. Nach einer Besprechung zwischen Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan wurden der Sondergesandte Lind in Veracruz und der amerikanische Geschäftsträger D'Shaugnessy in Mexiko telegraphisch angewiesen, dem Präsidenten Guerta und der mexikanischen Regierung vorzustellen, daß es in den Vereinigten Staaten einen ungünstigen Eindruck machen würde, wenn den verhafteten mexikanischen Abgeordneten irgend etwas zu Leide geschähe.

Präsident Wilson äußerte sich zu Besuchern des Weißen Hauses, er wisse nicht, wie bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Mexiko eine verfassungsmäßige Wahl stattfinden solle. Obgleich die amerikanische Regierung jede Hoffnung aufgegeben habe, weiter mit Guerta zu verhandeln, würde man doch von der ursprünglichen Stellungnahme, daß die Mexikaner ihre Angelegenheiten selbst regeln müßten, nicht abgehen.

Gueritas Antwort.

Mexiko, 14. Oktober. Präsident Guerta hat dem amerikanischen Geschäftsträger D'Shaugnessy die Versicherung gegeben, daß den verhafteten Abgeordneten kein Leid geschehen werde. Die Mehrzahl von ihnen werde allerdings vor Gericht gestellt werden.

Letzte Nachrichten.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Griechen und Türken.

Wien, 14. Oktober. (W. Z. N.) Wie die „Südslawische Correspondenz“ aus Saloniki meldet, ist es bei Anthi zwischen griechischen und türkischen Truppen zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Die Griechen haben die türkischen Abteilungen zurückgedrängt und Kosumkoj besetzt.

Die Ursache des Schiffsbrandes.

Montreal, 14. Oktober. (W. Z. N.) Ein drahtloses Telegramm über Camperdown und Neufundland von Bord der „Aronland“, auf der der Kapitän, die Telegraphisten und 80 Passagiere des „Volutano“ sich befinden, bringt Nachricht über das Befinden der Ueberlebenden, welche erklären, die erste Explosion und das entstehende Feuer seien verursacht worden durch das Auseinanderprallen einiger Ästen im Kesselraum, die Chemikalien enthielten und deren Inhalt dadurch vermischte Verbindungen einging.

Eisenbahnerstreik in Spanien.

Quelva, 14. Oktober. (W. Z. N.) Das gesamte Personal einschließlich der Werkstättenarbeiter der Rio-Tinto-Eisenbahngesellschaft ist heute in den Ausstand getreten.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend
E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Donnerstag
in allen Verkaufsstellen:

Seefische.

Schellfisch, per Pfund . . . 28 Pf.	Seehecht, per Pfund . . . 28 Pf.
Kabliau, ohne Kopf, per Pfund 25 „	Seelachs, ohne Kopf, per Pfund 20 „
Schollen, per Pfund . . . 25 „	Seeaal, ohne Kopf, per Pfund 26 „
Knurrhahn, per Pfund . . . 24 „	Rotzungen, per Pfund . . . 30 „

Wir empfehlen den Mitgliedern **prima Dabersche Speisekartoffeln** per Zentner **M. 2,30**
frei Haus.

Bestellungen bis spätestens 25. Oktober in unseren Verkaufsstellen erbeten. Der Vorstand.

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie

Milo - Schnupftabak
schnupfen.

Bester russischer Augentabak.
Milo gegen Schnupfen
Milo gegen Verkehlung
Milo gegen Trockenheit der Nasenschleimhäute
Milo befeuchtet die Schleimhäute
Milo ist frei von schädlichen Substanzen
Milo der beste Schnupftabak der Gegenwart und Zukunft
Milo wird nach altbewährtem 100jähr. Rezept hergestellt
Milo kostet die Dose 10 Pf.
Milo durch den Zigarrenhandel zu beziehen

General-Vertrieb für Deutschland
S. Rund
Zigarren- und Tabak-
General-Agenturen
Berlin NW 87, Tel. 300bit 8157.

Reste
Damentuche 3 M. an
schwarz u. farb. Mtr.
Kostüsstoffe 2 M. an
neueste englische Muster p. Meter von
Seldenplüsch
Velour du Nord 50 cm breit . . . per Meter 4 M. an
Engl. Seal 120 cm breit . . . per Meter 12 M. an
Astrachan 120-130 cm breit . . . per Meter 5 M. an
C. PELZ
Kottbuser Str. 5

„Volks-Handbohrmaschine“.

D. R.-G.-M. Neu! Kräftig! Kugellager!
Bohrt Holz, Metalle und Steine bis 5 mm Weite. Im Hause wie in der Werkstätte ist sie nötig. Der Besitz überzeugt davon. Mit zwei Bohrern und zwei Bohrfuttern nur 1,85 M. Porto 30 Pf. extra. Versendung per Nachnahme oder Einsendung des Betrages durch
Schwab & Co., Mannheim, Seckenheimer Str. 16.
Postscheckkonto No. 1570. Amt Ludwigshafen a. Rh. [207/1*

Garbáty
Cigaretten

Qualität

Kredit

Zum **Umzug**

Möbel
ganze Einrichtungen
sowie einzelne Ersatzstücke
vom einfachsten bis zum feinsten Genre
in allen Preislagen.

Spezialität: **Farbige Küchen**

Polstersachen, Teppiche, Gardinen, Portieren,
Betten, Stepp- und Tischdecken.

Wachsmann & Co.
Reinickendorfer Straße 15
Aufgang Ravenstraße, neben der Feuerwache.

Garderobe
für Herren u. Damen
die neuesten Fassons, zu soliden Preisen.
Alles auf Kredit
Geringe Anzahlung
Bequeme
Teilzahlung

Für **Brautleute**

Ziehung schon 21. Oktbr.
**Bodensee-
Flug-
Lotterie**
3469 Gewinne im Werte von Mark
60000
20000
10000
Lose 1 M. 11 Lose aus vor-10 M.
schied. Tausd.
Porto und Liste 30 Pf. extra.
H. C. Kröger
BERLIN W 8 Friedrichstr. 193a
Ehrlich auch in allen durch
Pikale kenntlichen Verkaufsstellen.

Stoffe
für eleg. **Maßanzüge,**
Paletots Meter M. 5, 7, 9
Kostüm- und
Ulsterstoffe Mtr. M. 3, 4, 5
Persianer imit.
Plüsch 130 cm br. M. 7⁵⁰ 9⁵⁰
Seiden-Seal prima Qual. M. 15
Astrachan, futter M. 4⁵⁰ 6⁵⁰
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Groß-Dampfwäscherei
Hilda
Inhaber: Martin Schleer & Co.
Lothringer Str. 16.
Telephon: Amt Norden 6190.
Bitte Preiskurant zu verlangen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12.
Steppdecken
geächte Auswähl, billig;
auch Anarbeiten aller
Steppdecken.
Fabrik **Berlin.**
Wallstr. 72, zwischen Hof- u. Orloffstr.
Patentanwalt Prillwitz
Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichenberger**
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (b. Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung
Bestbewährte **gesunde** und **magen-**
darmkranke **Kufeke** **Nahrung für:**
sowie schwächliche,
in der Entwicklung
zurückgebliebene
Kinder.

Möbel
Wir liefern direkt an Private
frei Haus durch eig. Gespann
Stuhl u. Küche 29, 308, 244, 50,
276, 50, 317, 357, 370, 429, 493,
3 Stühle u. Küche 29, 280,
309, 359, 427, 50, 501, 590,
Schlafzimmer 29, 223, 276,
318, 335, 429, 460, 540,
Küchen 29, 51, 58, 75, 92,
Ständ. Lager 300 Einrichtungen.
Reichhalt. Preisb. gratis u. franco.
Abgabe einzelner Stücke ohne
Preisberechnung!
Höfner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201,
Veteranenstr. 11, 12, 13.

Sie bilden sich ein
neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil ge-
waschen haben, so blendend weiss, frisch und duftig
ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung,
billig im Gebrauch und absolut unschädlich
unter Garantie!
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.



Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
**Gastwirts-
Artikel.**
L. Katz & Co.,
Spandauer Str. 45 am Molken-
markt.
Filialen: Neukölln,
Bergstraße 63, am Bahnhof u.
Hermannstraße 33,
Ecke Wanzlikstraße.

Ohne jede Anzahlung!
Reine Rohstoffe, keine Maiten!
Bett- u. Leibwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stepp- u. and. Decken.
HATZNER,
Gustafsdorferstraße Nr. 41.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.
Neuerscheinung:
Nikolaus Welter
Hochofen
Ein Büchlein Psalmen.
Preis 1.20 M.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Maß, schick durch Zolaten
von 25 Mark an. Moritz Landau,
Neue Promenade 8, II. (Städt. Bäck.)

Gewerkschaftliches.

Behördlich sanktionierte Saalabtreiberi.

Am 31. August wurde dem Verband der Blumen- und Blätterarbeiter und Arbeiterinnen während seiner Tagung in Neustadt in Sachsen das Lokal entzogen. Die Veranlassung dazu war, daß sich die Delegierten rote Ketten angesteckt hatten, während an diesem Tage ein Kornblumentag stattfand und die bürgerlichen Herrschaften alle mit Kornblumen geschmückt herumliefen. Der Bürgermeister von Neustadt drohte dem Vort mit der Entziehung der Tanzeraubnis für diesen Tag, wenn der Verband nicht sofort das Lokal verließ.

Auf eine noch an demselben Tage an die Kreishauptmannschaft gerichtete Beschwerde ist nunmehr an den Vorstand des Verbandes diese Antwort eingegangen:

Die Königliche Kreishauptmannschaft, Kollegial zusammengesetzt, hat nach dem Ergebnis der angestellten Erörterungen keinen ausreichenden Anlaß gefunden, auf die Beschwerde des Verbandes der Blumen- und Blätterarbeiter und Arbeiterinnen zu Neustadt vom 31. vorigen Monats etwas in dessen Sinne zu verfügen, da das Verhalten des Bürgermeisters Dr. Winkler zu Anständen keinen Anlaß gegeben hat.

Die Königliche Kreishauptmannschaft
Frl. v. Teubern.

Der alte Reaktionsärz Frhr. v. Teubern, noch Erinnerung seiner fürsorglichen Tätigkeit als Amtshauptmann von Pirna, hält es immer noch für geboten, die bewährte Nadelstichpolitik gegen die Arbeiterchaft auszuüben. Und so etwas nennt man liberale Anwendung des Vereinsgesetzes.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Pelzwarenbranche ohne Tarif.

Am Montag nahmen die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Pelzwarenbranche Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts. Nach längerer Debatte lehnte die Versammlung in gemeinsamer Abstimmung mit 219 gegen 16 Stimmen die Vorschläge ab. Die Redner erklärten, daß die Zugeständnisse für die bereits unter den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen geradezu eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuteten und dann an der Forderung des Achtstundentages unbedingt festgehalten werden müsse. Unter diesen Umständen sei es besser, ohne Tarif zu arbeiten.

Frühe teilte mit, daß der Streik nunmehr keinen größeren Umfang mehr aufweise, da eine ganze Anzahl Firmen die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben. Desgleichen hätten die Zwischenmeister die geforderte Arbeitszeit zugestanden.

Auf Grund dieser Versammlung erhielt nun der Vorstand des Kürschnerverbandes am 14. d. M. von dem Arbeitgeberverband folgendes Schreiben:

Da Sie mit Ihrem werten Schreiben von gestern die Annahme der vor dem Gewerbegericht getroffenen Vereinbarungen ablehnen, geben wir Ihnen hiermit zufolge Beschluß unserer geistigen Generalversammlung drei Tage Frist, also bis Freitag, den 17. d. M., vormittags 10 Uhr, die gemeinsam festgelegten Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Wir sind fest entschlossen, unsere Zusagen und Vergünstigungen nur bis zu diesem Termin aufrechtzuerhalten, und werden in keinem einzigen Punkte nachgeben. Sollte bis zu dem erwähnten Zeitpunkt Ihre feste Zusage nicht vorliegen, so werden wir allen Zwischenmeistern, die ihren Arbeitnehmern den 8 1/2 stündigen Arbeitstag bewilligen, die Arbeit entziehen.

Am geistigen Abend fand wiederum eine Streikerversammlung statt, die nach eingehender Diskussion mit 104 gegen 51 Stimmen beschloß, den Streik abzubrechen und tariflos weiterzuarbeiten. Die statutarisch bedingte Dreiviertelmajorität hätte 117 Stimmen betragen müssen.

Regge kritisiert noch aufs schärfste das Schreiben der Unternehmer, das an Erpressung grenze und ein geradezu gemeinschaftliches Unternehmen offenbare. Die Unternehmer sollten sich jedoch nicht täuschen, jetzt beginnt der Krieg erst recht und Ruhe gebe es nicht eher, als bis den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen werde.

Nach einem zündenden Schlusswort Friges endete die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Kürschnerverband.

Mit der Berliner Fleischer- und Wurstwarenfabrik G. Ledke hat der Verband der Fleischer einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Ar-

beitszeit ist für die Gesamtheit der bei der Firma Beschäftigten pro Woche um 40 Stunden vergrößert worden. Der Minimallohn ist um 2 M. erhöht. Alle Gesellen erhalten 8 bis 10 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Die Sonntagsarbeit ist abgeschafft. Ueberstunden werden mit 60 Pf. bezahlt. Der Arbeitsnachweis des Verbandes ist anerkannt worden.

In den maßgebenden Berliner Wurstfabriken sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Nur in einigen kleineren war dies bisher noch nicht möglich, da die Gesellen dort den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben. Die Arbeitszeit beträgt in diesen Fabriken noch 14-15 Stunden. Durch die lange Arbeitszeit und niedrigen Löhne sind diese Betriebe in der Lage, ihre Waren zu billigeren Preisen abzugeben. Hoffentlich sehen die Gesellen bald ein, daß nur durch die Organisation Verbesserungen geschaffen werden können.

Neue Differenzen im Glaschleifergewerbe.

Nachdem die Arbeiter den Zugeständnissen der Arbeitgeberkommission in der letzten Woche zugestimmt und sich bereit erklärt hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, war nach den üblichen Grundfragen und Gepflogenheiten des Wirtschaftskampfes anzunehmen, daß nunmehr bis zum Ablauf des Tarifs Friede in diesem Gewerbe herrschen würde. Man konnte dies um so mehr erhoffen, als die Arbeiter durch Annahme der gewiß bescheidenen Zugeständnisse gezeigt hatten, daß sie nicht zum Schaden der Glasindustrie einen Kampf bis zum Weisheitslute herbeiführen wollten.

Nunmehr haben die Unternehmer geizig, wie wenig tarifwillig sie sind.

Der Vorstand der Arbeiter erhielt nämlich schon am 9. d. M. folgendes charakteristische Schreiben:

„Da die Lohnkommission ihr möglichstes versucht hat, in gegenseitigem Interesse den Tarif zustande zu bringen, muß ich Ihnen leider die Mitteilung machen, daß die Generalversammlung die Zustimmung zu einem neuen Tarif nicht gegeben hat.“

Durch den Erfolg, welchen die meisten Firmen inzwischen an Arbeitskräften gefunden haben, besteht für dieselben keine Lohnbewegung und Streik mehr, folglich auch kein Interesse an dem Zustandekommen des Tarifs.

Es bleibt daher jeder einzelnen Firma überlassen, sich mit den Leuten zu einigen.

So die Freie Vereinigung der Glaschleifereien und verwandte Gewerbe Groß-Berlins und Umgegend. Damit ist ein tariflos er Zustand eingetreten und der Kampf findet in dieser oder jener Form seinen Fortgang. Ob den Unternehmern und dem Gewerbe zum Nutzen — das wird die Zeit lehren. Eine Versammlung der Glasarbeiter, die am Montag stattfand, ließ ganz unzweideutig erkennen, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich an der Nase herumzuführen zu lassen.

Es wurde beschlossen, daß überall dort, wo der Kampf noch nicht abgeschlossen ist, weitergekämpft wird bis zum Ausreiten. Den Firmen, wo bereits gearbeitet wird, soll der Tarif zur Unterschrift vorgelegt werden. Weigern sich die betreffenden Firmen, zu unterzeichnen, so wird eine spätere Versammlung über die vorzunehmenden Maßnahmen beschließen.

Die Frage des Arbeitsnachweises soll noch eine andere Regelung erfahren.

Die Tarifbewegung der Glasbläser in der Branche für doppelwandige Gefäße ist für die Arbeiter bis jetzt günstig verlaufen. Es haben 6 Firmen bewilligt und nur die Firmen „Kosmos“ und „Wolfsch“ haben den Tarif noch nicht unterschrieben. Der Kampf wird deshalb weitergeführt.

Deutsches Reich.

Der Streik der Brauereiarbeiter in Magdeburg ist nach neuntägiger Dauer mit Erfolg beendet. Beteiligt waren daran rund 350 Arbeiter in vier Betrieben. Veranlassung zum Streik gaben hauptsächlich für die Arbeiter ungünstige Bedingungen, die die Unternehmer zur Vorbedingung für die Annahme der in den Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen machten. Diese ungünstigen Bedingungen ließen die Unternehmer fallen, so daß eine Einigung möglich war. Erreicht wurden u. a. Lohnserhöhungen von 2 M., teilweise 3 M. pro Woche, Verlängerung des Urlaubs um 14 Tage, Wahrung der Rechte, daß die Vierfacher nun die Ueberarbeit bezahlt erhalten. Sämtliche Streikenden nehmen die Arbeit geschlossen wieder auf. Die Arbeitswilligen müssen das Feld räumen. Vermittelt wurden die Arbeitswilligen von der Streikbrecherlieferantenfirma Lindenburg u. Neher in Wandbühl bei Hamburg, die sofort nach Ausbruch des Streiks den Unternehmern ihre Hilfe anbot. Mit den Arbeitswilligen, denen die Unternehmer weit mehr Lohn zahlten als den alten Arbeitern und ihnen außerdem freie Station und allerlei Vergünstigungen ge-

währt, haben sie wohl keine guten Erfahrungen gemacht, so daß es ihnen doch geraten schien, Frieden zu machen. Auch die Kirch-Dunderfischen Brauer haben Streitarbeit gemacht, obgleich ihre Organisationsleitung es verurteilte. Sie haben den Erfolg nicht hintertreiben können, mit dem die Brauereiarbeiter zufrieden zu sein alle Ursache haben.

Der Streik im Emdener Hafen mußte nach einer Dauer von 20 Wochen erfolglos beendet werden. Der Kampf wurde von beiden Seiten mit großer Zähigkeit und Ausdauer geführt. Bei aller Energie der Streikenden wurde der Streik mit völlig ungleichen Kräften geführt. Nicht nur gegen das vereinigte Kapital aller Schattierungen, sondern auch gegen die mit den Unternehmern verbündeten christlichen und sonstigen Arbeitswilligenlieferanten mußte der Kampf geführt werden. Dazu hagelte es Strafmandate und Gefängnisstrafen, die in solchem Maße selten bei einem Streik zu verzeichnen gewesen sind. Auf bloße Anzeigen von Polizeibeamten und Arbeitswilligen hin wurden die härtesten Strafen verhängt. Verhielten sich die Behörden und die Stadtverwaltung zu Anfang des Streiks neutral, so änderten später auch sie ihre Stellungnahme. So wurden die rückständigen Steuern in der rückständigste Weise eingetrieben. Arbeitern, die Wohnungen in der Stadt innehalten, wurden die Mieten erhöht. Die Hausogarten taten ein übriges und schraubten die Mieten in unerhörter Weise in die Höhe. Die Inhaber der städtischen Wohnungen mußten einen Mietvorbehalt von 30 M. bezahlen und dann unterschreiben, daß von diesem Mietvorbehalt die Steuern in Abzug gebracht werden und daß dann der Betrag sofort wieder auf 30 M. erhöht werden muß. Wer die Unterschrift verweigerte, wurde auf die Straße gesetzt. Ebenso rückständiglos wurden auch die verhängten Polizeistrafen eingetrieben. Wer nicht innerhalb der gesetzten Frist bezahlte, bei dem erdient der Gerichtsbesitzer und pfändete. Gegen diese Drangsalierungen weiter anzukämpfen, erschien den Arbeitern nicht ratsam. Gäßen die Streikenden nur gegen das Unternehmertum resp. den Hafenbetriebsverein zu kämpfen gehabt, dann würden sie die Waffen auch jetzt noch nicht strecken. Und doch konnten die Unternehmer in den zwanzig Wochen harten Kampfes den Sieg über die streikenden Hafenarbeiter nicht erringen. Geschlossen und einig, wie der Kampf begonnen, wurde er beendet. Nicht mutlos, sondern jederzeit kampfbereit lehren die Arbeiter in den Hafen jurid, in dem Bewußtsein, daß auch dieser Kampf, wenn er auch einen Erfolg nicht zeitigte, dennoch nicht nutzlos gewesen ist.

Der Streik in der Lehrer Kartonagenindustrie nimmt weitere Ausdehnung an. Nachdem die Unternehmer jede Verhandlung abgelehnt haben, befinden sich jetzt 500 Arbeiter und Arbeiterinnen um die Eringung des Koalitionsbredits und Erlangung besserer Arbeitsbedingungen im Streik. Da die Unternehmer auswärts Arbeitskräfte suchen, sei auf Fernhaltung des Zuguges besonders hingewiesen.

Ausland.

Vertragsbrüchige Arbeitgeber.

London, 13. Oktober 1913. (Fig. Ber.)

Die Kapitalisten Großbritanniens setzen zurzeit in allen Tonarten über Vertragsbruch der Arbeiter, denen man fortan nicht trauen könne, ohne die zahlreichen Vertragsbrüche zu erwähnen, die man den Arbeitgebern nachweisen kann, und ohne das Vorgehen der Textilmagnaten zu beurteilen, die sich ganz offen ansicheln, einen der wichtigsten Verträge in der englischen Industrie zu brechen. Wie schon berichtet, werden die Spinnerbesitzer Lancashire alle ihre Arbeiter auspressen, wenn nicht die 56 Spinner, die in der Fabrik Westby zu Bolton streiken, weil sie nicht unter einem Kusseher arbeiten wollen, der sie fortwährend beleidigt und bedroht, bis zum 25. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen haben. Eine Massenversammlung der Arbeitgeber in Manchester beschloß unter Begeisterung, den obigen Beschluß des Vorstands ihrer Organisation zur Ausführung zu bringen. Die Begeisterung rührt daher, daß die Arbeitgeber mit der allgemeinen Auspressung ein Geschäftchen zu machen gedenken, da die Baumwollpreise zurzeit sehr hoch sind und die Garnpreise niedrig. An allen Fabriken sind schon Paläste angebracht, die die Auspressung anfünden. Nun sind aber die Arbeitgeber verpflichtet, laut dem berühmten Woolfandvertrage mit den Krameln zu verhandeln, ehe sie Feindseligkeiten beginnen. Die Spinner traten von dem Vertrag im Januar zurück, da sie der Ansicht waren, daß das Woolfandverfahren nur zur Verschleppung der Streitfragen diene, die in der Textilindustrie beständig aufzulaufen; aber die Krameln blieben dem Vertrage treu. Nun wollen die Arbeitgeber alle in ihren Spinnerereien beschäftigten Arbeiter auspressen, ob das gegen den Vertrag ist oder nicht. Als sich die Krameln vor einigen Tagen in dieser Sache an die Arbeitgeber wandten, um zu erfahren, wie es denn mit der Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen siehe, zuckten die Arbeitgeber mit den Achseln und konnten keine Antwort geben.

Kleines feuilleton.

Das Attribut der Lebenszeugung. Auch in Viesefeld ist das „Christliche Empfinden“ schwer verletzt worden und in beneidlichen Löhnen steht es um die Heilung seiner Wunden. Die Stadt hat es gewagt, die Kapelle auf dem neuen, wunderschönen Friedhofe mit einem Relief zu schmücken, das „gegen das natürliche (1) und christliche Empfinden verstößt“, wie die Altstädter Kirchengemeinde in einer Eingabe an den Magistrat herbeibringt. Es ist allerdings kaum zu sagen: diese Arbeit des Bildhauers Verathoner zeigt drei Gestalten in — göttlicher Nacktheit und was das schlimmste ist: bei der einen ist das Attribut der Lebenszeugung ohne jeden „Kieser“ ganz deutlich zu erkennen! Wie kann man nur so etwas ertragen! Da schreibt auch schon ein christliches Gemüt in der „Westf. Zeitung“:

„Latiage ist es, daß durch die sitzende Darstellung des „mors imperator“ und durch die hohe Lage des gesamten Bildwerks die Aufmerksamkeit des Beschauers ganz besonders auf ein Attribut des Körpers gelenkt wird, das wir zu verhallen pflegen. Welche Gedankenlosigkeit, gerade dem Tode das Attribut der Lebenszeugung zu verleihen! Und wenn das zu verteidigen wäre, so verwerfen wir diese Art der bildnerischen Wiedergabe eines menschlichen Körpers an einer solchen Stelle unbedingt. Wir legen Verwahrung dagegen ein im Interesse unserer Jugend, der wir sonst sorgsam alles fernhalten, was die Gedanken wecken könnte, die wir in der jugendlichen Seele gern schlummernd wissen...“

Und wieder sekundiert das Zentrumsblatt im „hiligen“ Paderborn: „Dieses Relief erregt den Anstoß aller Leute, besonders der Zeittragenden. Denn die dargestellten symbolischen Figuren präsentieren sich dort in moderner Nacktheit, die jedem halbwegs anständigem Gemüte die Schamröte ins Gesicht treibt... Anständige Damen schämen sich, an der Kapelle vorbeizugehen. Viele Eltern sind tief entrüstet, daß man ihren Kindern, solche Ruditäten zum Anblick bietet. Und das auf einem christlichen Friedhofe!... Man findet die Haltung des Magistrats und der Friedhofskommission schlechterdings unverständlich. Denn bis jetzt ist Viesefeld noch eine christliche Stadt!“

Wird der hochmoderne Magistrat einer christlichen Stadt vor solch einem „entschiedenen Christentum“ nun auch wohl die Aute beugen? Wird er riskieren, der lockenden Zentrums- und der brodelnden evangelischen Seele zu trohen? Und wenn er es tut — wie wenn sich dann die beleidigte „Christenheit“ Viesefelds selber Hilfe und über Nacht der nackten Anstößigkeit zuleibe ginge!?

Vielleicht geschieht auch heute noch Zeichen und Wunder! Aber warten wirs ab!

Die Dummheit der Zensur. Der Neuen Wiener Bühne wurde von der Zensur die Aufführung von Bedekinds Drama

„Schloß Wetterstein“ verboten. Diesem Vorurteil hängt die „Wiener Arbeiterzeitung“ folgende wohlverdiente Schelle an:

„Die Dummheit der Zensur ist leider nicht ihre Privatangelegenheit. Allen Ernstes muß man sie fragen, woher sie den Mut nimmt, täglich neue solcher Stüdeln zu machen, die uns die höhnische Heiterkeit des ganzen Auslandes eintragen. Da sie alle Theaterstücke genehmigt, die erotische Dinge um der Schweißerei willen hineinziehen, meint sie etwa als Erlös dafür, als Opfer der behördlich genehmigten Moral eine Dichtung verbieten zu dürfen, die erotische Probleme um des Problems willen mit stillchem Ernst behandelt?“

Leider haben verschiedene Ausländer kein Recht, das schwarze Jenseitsreich mit höhnischer Heiterkeit zu überschauen. Sie würden sich selbst verachten. Wie wunderschön passen doch die Worte der „Arbeiterzeitung“ auch in das schwarzweiße Polizeidorado!

Musik.

Berliner Volkschor. Hans „Schöpfung“ wurde seit sieben Jahren nicht mehr aufgeführt. Damals stand der Volkschor in bescheidenen Anfängen. Am Wege seiner Entwicklung gewahren wir Stationen mannigfacher Leiden und Prüfungen, wie sie keiner von unten nach lichten Höhen aufrückenden Bewegung der Geister erspart bleiben. Nun wohl, er hat sich tapfer gehalten. Heute tritt er mit circa 500 singenden Mitgliedern auf den Plan; er zählt zu den größten Chören Berlins, steht neben der Singakademie und dem Philharmonischen Chor und hat wirkliche Bedeutung nicht bloß im Bildungsprozess der Arbeiterschaft, sondern überhaupt im Berliner Musikleben. Von diesen Gesichtspunkten aus wird also die Wiederaufführung des Haydnischen Oratoriums zu bewerten sein.

Haydn, so berichtet einer seiner Biographen und Zeitgenossen, komponierte die Schöpfung im 65. Jahre seines Lebens mit einem Feuer, welches sonst nur die Brust eines Jünglings zu beleben pflegt.“ Und diese Feuerkraft geht noch heute unermindert von seiner Musik aus, mag auch beispielsweise im dritten Teile die im alttestamentlichen Geiste geformte Liebeszene zwischen Adam und Eva modernerer Auffassung und modernem Empfinden schon etwas widerstreiten. Aber das Ganze bleibt doch als ein Werk, das entflohen ist einem reinen, göttigen Künstlerherzen, weidewoll genießbar. Das bezeugte die imposante Wiedergabe unter der verdienstlichen Leitung Dr. Ernst Janders.

Der Chor an sich ist dank unermüdlicher Arbeit zur Vollbringung schönster stimmklanglicher Leistungen emporgediehen, die, was das sichere Zusammengehen und das gegenseitige Spiel feinst dynamischer Stufungen betrifft, schlechweg künstlerische Natur offenbaren! So kamen denn unbeschadet einiger weniger klarer Anläufe der Sopranstimmen an Pianostellen der Chor „Die Himmel erzählen“ und der Preischor am Schluß zu grandiosem Wirkung.

Für die solistischen Partien waren drei namhafte Gesangskräfte

gewonnen: Kammerfänger Friedrich Plafke von der Dresdener Hofoper, Kammerfängerin Elisabeth Böhm-van Emdert von Deutschen Opernhause Charlottenburg und der Tenorist Hans Rasch aus Kiel. Plafkes eminenten Künstlerpersönlichkeit hob vermöge einzigartiger Vortragskunst, die zugleich Plastik der Töne mit verinnerlichter Gemessenheit und Würde vereint, seinen Raphael und Adam zu ragender Monumentalität empor. Und die bekannte Sopranistin stand auf gleicher Stufe neben ihm. Gegenüber solchen Gesangsoffenbarungen vermochte sich Hans Rasch nicht zu behaupten. Seine Tenorstimme hat gewiß Metall und Höhe; nur des Kunstpersönlichen scheint sie noch zu ermangeln und jener ruhenden Sicherheit, die nun einmal für alles wirkliche Kunstereignis unerlässlich sind. Trotz merkwürdiger stimmlicher Indisposition wuchs der Sänger doch allmählich in seine Aufgaben hinein, wurde wärmer und konnte so besonders die Arie „Mit Würd“ und Höheit angetan“ recht eindrucksfähig gestalten; in den Duett- und Terzettstücken ging seine Stimme aber so ziemlich verloren. Und wieder hatte das Wäthner-Orchester seinen achtungswerten Anteil am großen Gelingen des Ganzen.

Humor und Satire.

Notwehr.

Was ist Notwehr?

Wenn der Schutzmantel den Passanten prügelt oder tödlich schlägt, oder wenn von dem Sergeanten der Rekrut etwas genickt.

Notwehr ist es gleichermaßen, wenn ein Mann, der Streike bricht, sei's zu Haus, sei's auf den Straßen, einen Streikenden erschlägt.

Was ist nicht Notwehr?

Wenn im Untergehenden endlich sich die Menschenwürde regt, und er jenen, der ihn schändlich mißgehandelt, niederschlägt.

Wenn vor jenen Himbehräubern sich der Streikende nicht beugt, sondern kräftig zu erwidern ihre Streiche Luft bezeugt.

Wenn vom Schutzmantel er bedroht wär, und wenn noch so groß die Not wär, ja selbst wenn er schon ganz tot wär: nie ist ein Prolet in Notwehr.

Aber dieselben Arbeitgeber verlangen von den Fremden, daß sie ihre Verträge halten, unter anderem auch den Vertrag, in dem sich die Fremden vor drei Jahren verpflichteten, in den nächsten fünf Jahren keine Lohnforderungen zu stellen. Es ist nur natürlich, wenn sich diese Arbeiter jetzt sagen: Wenn die Arbeitgeber ohne weiteres den Drooklands-Vertrag brechen können und uns mit der Ausperrung bedrohen, weil sie glauben, daß ihnen von den Spinneern ein Unrecht zugefügt wird, so brauchen wir auch unseren Vertrag nicht einzubehalten; wir werden dann ohne Lohnherabsetzung die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Vielleicht wird diese Drohung genügen, die Arbeitgeber von der Ausperrung abzuhalten, die ihnen heute soviel Gewinn verspricht.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

Zu zwei Parteiveranstaltungen haben die Königsberger Genossen sich mit dem Parteitag in Jena beschäftigt. Der Berichterstatter, Genosse Gottschalk, erklärte, der Parteitag sei wohl geschickt und umsichtig, doch auch einseitig vorbereitet gewesen. Auch sei seine Zeitung nicht immer einwandfrei gewesen. Auf dem Parteitage seien in wichtigsten Fragen auseinandergehende Richtungen offen und unüberbrückt zutage getreten. Der Fortschritt unserer Partei vollziehe sich in gesundem Widerstreit. Der Parteivorstand wolle den Massenstreik als äußerstes Mittel, der links Flügel wolle ihn nicht einmalig, sondern wiederholt und auch in sonstigen Fällen als Demonstration- und Pressionsmittel zur Steigerung und Erhaltung der sonstigen Massenaaktionen. Ein Erfolg sei schon möglich, wenn bedeutende Bruchteile der Großindustrie und des Großhandels durch den Massenstreik betroffen würden. Nicht nur beim Kampf ums Wahlrecht, sondern auch bei Vorkämpfen auf das Koalitionsrecht, bei der Volksauswanderung durch Polkauchen, bei Verweigerung von Arbeiterlohn und -fürsorge soll der Massenstreik angewandt werden.

Bei der Erörterung der Steuerfrage erklärte der Referent, zur Fütterung des bolschewistischen Militarismus dürften von uns auch nicht fünfzig direkte Steuern bewilligt werden. Die Regierung könne nach der jetzigen Haltung des Parteitages unbesorgt Wehrvorlagen einbringen. Sie brauche nur die Deckung davon zu trennen, statt indirekter direkte Steuern zu fordern und uns mit indirekten Steuern zu drohen, dann würden wir stets für das „kleinere Übel“ stimmen.

In der Diskussion kritisierte Genosse Krüger das Vorgehen der Genossen Luxemburg in der Massenstreikfrage vor dem Parteitage, das er als eine Entgleisung bezeichnete. Die Partei müsse ihre Stellung nicht von der Haltung der Gewerkschaften abhängig machen, sondern sich die nötige Freiheit wahren, die ja die Gewerkschaften auch beanspruchten. Genosse Kriese hält die Massenstreikresolution Luxemburg für gefährlich. Die Massenstreikdebatten vor dem Parteitage seien auf das Schärfste zu beurteilen. Am liebsten sei man sich darüber, die Vorbereitungen zur Durchführung des Massenstreiks zu schaffen. Genosse Marschwald betonte, daß die Arbeiterklasse über alle Resolutionen und Instanzen hinweggehen werde, wenn der richtige Geist in sie hineinkomme. In der Steuerfrage habe die Fraktion richtig gehandelt. Genosse Kahl meinte, vorläufig sei kein Sieg bei einem Massenstreik zu erhoffen. Die um die Genossin Luxemburg herum hätten nichts über die Durchführung des Massenstreiks gesagt. Als Abwehrmittel würden die Massen zu ihm greifen. Genosse Linder ist der Meinung, daß es in der Partei drei Richtungen gebe. Die Gewerkschaften dämpften in der Massenstreikfrage; sie beschäftigten sich viel zu wenig mit Parteipolitik, was in großer Gefahr liege. Genosse Marchionini billigt die Haltung der Mehrheit des Parteitages in der Steuerfrage. Die Fraktion hätte nur mehr die Befreiung der drückendsten indirekten Steuern, wie Salz- und Streichholzsteuer bei der Beratung der Vorkämpfer in den Vordergrund rücken müssen. In Zukunft müsse nach dieser Richtung besonders energisch vorgegangen werden. Genosse Janting erklärte, daß seit 1906 für den Massenstreik nichts getan worden sei. Die Resolution des Parteivorstandes zum Massenstreik sei ebenso beschwommen, wie die Masselieferresolution. Hätte man in der Frage der Straßendemonstrationen nicht gedämpft, wäre man schon weiter. Genosse Weber bestreitet, daß es drei Richtungen in der Partei gebe. Redner polemisierte gegen die Rede Bauer auf dem Parteitage und meinte, die Arbeiterklasse hätte tatsächlich nur ihre Ketten zu zerbrechen. Ihre Lage wäre nicht besser geworden.

Es wurde dann weiter besonders heftig um die Frage gestritten, ob für den Militarismus Besitzsteuern zu bewilligen seien. Während in der Massenstreikfrage nahezu Einstimmigkeit herrschte, gingen die Ansichten über die Steuerfrage auseinander. Nach stundenlangem Debatten wurde in der zweiten Versammlung — an den Versammlungen nahmen nur Delegierte teil — in der Ritterschloßhalle, als die Versammlung schon arg gelichtet war, folgender Antrag des Genossen Krüger mit geringer Majorität angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, wenn“

Notizen.

— **Kunstchronik.** Der italienische Futurist Marinetti wird heute nachmittags 6 Uhr im Erlan Deutschen Herbstsalon Potsdamer Str. 75, aber futuristische Malerei sprechen, insbesondere über die ausgestellten Bilder der Futuristen. Die Besucher des Herbstsalons können dem Vortrag frei beiwohnen.

— **Bühnenchronik.** Rudolf Schildkraut wird nun doch wieder in Deutschen Theater auftreten und zwar zunächst in Schmidtsbühnen Legende „Der verlorene Sohn“.

— **Vorträge.** Im Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, werden auch in diesem Winter naturwissenschaftliche Vorträge und Führungen mit Lichtbildern und Demonstrationen für weitere Kreise Sonntags von 10^{1/2}—12 Uhr abgehalten. Sie beginnen am 2. November. Karten sind für 30 Pf. beim Förstner des Museums zu kaufen. Vereine können besondere Vorträge und Führungen für 20 Pf. pro Person bei einer Mindestbeteiligung von 50 Personen nach vorheriger Anmeldung beim Verwaltungsdirektor des Museums erhalten. — Den zweiten der Vortragsabende hält Prof. Dr. Spies von der Kgl. Akademie zu Vopen am Freitag, abends 8 Uhr, im großen Urania-Auditorium in der Laubstr. Er spricht über die Beziehungen zwischen Spektralanalyse und Elektronentheorie und zwischen Licht und Elektrizität.

— **Leo Tolstois Manuskripte.** die von Tschertkow, dem Freunde und Jünger Tolstois, in England aufbewahrt worden waren, sind nunmehr in die Petersburger Akademie der Wissenschaften übergeben worden. Diese Manuskripte sind laut testamentarischer Verfügung Eigentum der Tochter Tolstois.

Nach der Ueberführung der Manuskripte nach Rußland sind in England noch verblieben: die persönliche Korrespondenz Tolstois mit Tschertkow, einige Privatbriefe Tolstois, die von den Adressaten Tschertkow übergeben worden sind, die Abdrücke der allgemeinen Korrespondenz Tolstois, die Abdrücke aller seiner Werke der letzten Arbeitsperiode und die Originale derjenigen Werke, welche nach Tschertkows Ansicht gegenwärtig in Rußland nicht aufbewahrt werden können.

— **Der älteste Pflanzenkresser.** Die Expedition des Naturhistorischen Museums zu New York nach dem nordöstlichen Mexiko hat ein vollständiges Skelett des Eototonus gefunden, des vermutlich ältesten Pflanzenkressers, der nach einer Schätzung vor drei Millionen Jahren gelebt hat. Das Tier muß ungefähr wie ein Wolf ausgesehen haben; es gibt jetzt keine Verwandte mehr von ihm.

— **Ein neuerdecker Kubens.** Ein 1600 auf Eisenholz gemalter „Christus am Kreuz“ kam im Besitz eines Wiesbadener katholischen Priesters zum Vorschein, der das Bild vor dreißig Jahren als altes Familiengut geerbt hatte. Jetzt wird ein Käufer gesucht, der 300 000 M. anlegen will.

gleich sie auch gewünscht hätte, daß er zur Massenstreikfrage in klarer und entschiedener Weise Stellung genommen hätte. Insbesondere billigt die Versammlung den Beschluß in der Steuerfrage.

Dieselbe geringe Mehrheit lehnte den Antrag Gottschalk ab, über die Resolution Krüger zur Tagesordnung überzugehen und sich mit der Haltung der Königsberger Delegierten einverstanden zu erklären.

Gemeindevertreterkonferenzen.

Sonntag fand im Stettiner „Volkshaus“ die erste Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Pommern statt, auf der 34 Gemeindevertreter und 6 andere Delegierte anwesend waren. Genosse Landtagsabgeordneter Hirsch, Berlin sprach über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeinden unter Berücksichtigung der Steuerfrage“. Der Redner erörterte die verschiedensten Maßnahmen, die von den sozialdemokratischen Vertretern ergriffen werden können, um auch in den Gemeinden Fortschritte im Interesse der Arbeiterklasse zu erzielen. Insbesondere sei die größte Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß das Dreiklassenwahlrecht durch „Reformen“ der Liberalen nicht noch weiter verschlechtert wird. In der Hand verschiedener Beispiele zeigte Redner dann, wie ungerecht die Besteuerung in den Kommunen ist und erläuterte den Anwesenden die Steuerarten, die die Zustimmung unserer Genossen finden müssen. Das Schul- und Bildungswesen müsse von den sozialdemokratischen Vertretern gefördert werden; die Errichtung von Vor- und Mittelschulen sei zu belämpfen. Verschiedene soziale Fragen fanden dann noch eingehende Besprechung durch den Referenten. Genosse Hirsch betonte, daß die sozialen Aufgaben im Vordergrund unserer Arbeiten stehen müssen und daß überall mit Hilfe der Gemeinden, wie auch ohne sie eine scharfe Bekämpfung der reaktionären Landesgesetze erfolgen muß. — In der längeren Diskussion wurde u. a. auch die Frage aufgeworfen, wieviel die Angelegenheit betr. die Errichtung einer kommunalen Auskunftsstelle gebühren sei. Eine derartige Stelle sei dringend notwendig. Weiter wurde angeregt, die „Kommunale Praxis“, die heute in der Hauptsache auf städtische Verhältnisse zugeschnitten sei, möge den Aufgaben der ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden eine größere Aufmerksamkeit widmen. Von verschiedenen Seiten wurde betont, sich in der Gemeindebetätigung nicht von kleinlichen, rein persönlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen, sondern stets grundsätzliche sozialistische Gemeindepolitik zu betreiben. — Nach einem Beschlusse des letzten pommerschen Parteitages wird in Zukunft alljährlich eine Gemeindevertreterkonferenz abgehalten werden.

Eine Gemeindevertreterkonferenz des Parteibezirks „Westliches Westfalen“ wurde am 12. d. M. in Dortmund abgehalten. Sie war im ganzen von 112 Personen besucht, darunter befanden sich 80 Gemeindevertreter, der Landtagsabgeordnete Genosse Hue und ein Vertreter der Königlich-Preussischen Regierung in Arnberg, der sich über die Wünsche der sozialdemokratischen Gemeindevertreter informieren wollte. Die Konferenz nahm zuerst einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten H. König entgegen, der sich mit der neuen Gestaltung der Reichszuwauchssteuer befaßte. Dem Gemeindevertreter wurde angeraten, allerorts Anträge zu stellen, daß die 50 Proz. Reichs- und Staatsanteil, die nicht mehr in Anspruch genommen werden, den Gemeinden zufallen. Geeignetes Material wurde den Vertretern in die Hand gegeben. Die Aussprache befeitigte manche Unklarheiten, die noch über die Wertzuwauchssteuer herrschen. Im weiteren wurden die Volksschulverhältnisse im Ruhrgebiet behandelt. Sowohl der einleitende Vortrag des Genossen König wie auch die sehr ausgiebige Besprechung gaben ein getreues Spiegelbild der unerfreulichen Volksschulverhältnisse im Bezirk. Die Gemeindeforderungen sind schlecht, nirgends werden so hohe Steuerzuschläge erhoben wie hier. Trotzdem hat das Oberverwaltungsgericht durch eine Entscheidung, wonach bei der Verteuerung der Schulen die Substanzverminderung durch den Abbau der Kohlenfelder berücksichtigt werden müsse, den Werken Steuerfreiheit zugesprochen und die Industriegemeinden in eine noch mißlichere Lage gebracht. Für die Schulen ist unter solchen Umständen natürlich kein Geld da. Genosse Hue wies darauf hin, daß das erwähnte Urteil von der Voraussetzung ausgehe, daß die Verggerrichtsame Eigentum der Besenbesitzer wäre. Das sei aber ein grundlegendes Verstum. Es handelt sich hier um Rationalvermögen, dessen Nutzung gewissermaßen nur verlesen ist. Auf diesen Standpunkt haben sich auch in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus 21 Städte und 4 Kreise des südlichen Ruhrgebietes gestellt. Hue machte bei der Gelegenheit ferner auf die Tatsache aufmerksam, daß zwar viel von dem Wohlstand der Arbeiter im Ruhrgebiet geredet werde, daß aber die Armenlasten andauernd, ja selbst bei steigender Konjunktur in die Höhe gehen. Ein Genosse konnte mitteilen, wie von den Arbeitgebervertretern die schon beschlossene Fortbildungsschule zu Fall gebracht wurde, weil auch die jugendlichen Bergarbeiter einbezogen werden sollten. Das Oberbergamt und die Regierung stellten sich auf die Seite der Besenbesitzer. Während die Steuerlasten für die ärmere Bevölkerung ins Ungemeine steigen, drücken sich die reichen Leute vor den Steuern. Erinnert wurde an den Fall des Reichs. v. Romberg, dem in der Gemeinde Rüdinghausen zwei Drittel des Grund und Bodens gehören, der aber trotzdem weniger Steuern entrichtet als irgendein Krämer. Angeregt wurde schließlich die Erforschung der Gemeindeverhältnisse und die Sammlung und Bearbeitung des erhaltenen Materials an einer Stelle.

Großes Interesse bot der letzte Punkt: „Die Stellung der Sozialdemokratie in Gemeinden, in denen wir die Mehrheit haben.“ Leider mußte er der vorgeschrittenen Zeit halber zum Teil vertagt werden, so daß nur aus einer Gemeinde berichtet wurde, während in fünf Gemeinden des Wahlfreies Dortmund-Hörde sozialdemokratische Mehrheiten bestehen. Was der Genosse H. Hausmann von Eidinghofen berichtete, gab das denkbar beste Bild von der praktischen Arbeit unserer Vertreter. Die Steuern sind von 350 auf 260 Proz. gefallen. Die Befreiung der Jeniten unter 650 M. wurde trotz des Widerstandes der Regierung durchgeführt. Es wurde elektrisches Licht eingeführt, Bürgersteige geschaffen, eine Fortbildungsschule eingerichtet usw. Den Besuchen, gerechtere Steuerordnungen einzuführen, setzte nun die Regierung den größten Widerstand entgegen. Einmal abgelehnte Vorlagen, wie Beiträge zum Freizeitsverein, wurden gar nicht wieder vorgelegt wegen gänzlicher Ausichtslosigkeit.

Am Schluß der anregend verlaufenen Konferenz wurde noch auf die Arbeitslosenfrage hingewiesen.

Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich

berichtet sich jochen ihren Bericht an den Ende dieses Monats in Wien zusammen tretenden Parteitag. Die Mitgliederzahl hat einen kleinen Rückgang aufzuweisen; bei der Reise, die die Parteimitglieder über das Land gebracht haben, ist der Rückgang aber völlig erklärt, und es ist eher verwunderlich, daß er nicht größer ist als 3000. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 142 027, wovon 20 058 Frauen. (Es ist immer zu beachten, daß es sich nur um Deutsch-österreichische handelt!) Die meisten Parteimitglieder haben Wien (46 378) mit 164 000 Gemeindefreiwahlern, worunter allerdings tausende Tschechen, Deutschböhmern (40 193), Niederösterreich (14 562) und Steiermark (13 957). Die Vereinigungsorganisation ist fast überall durchgeführt — ihr gehören 108 075 männliche Parteimitglieder an (Frauen dürfen politischen Vereinen immer noch nicht angehören!); nur 13 394 Parteigenossen sind noch in der freien (Vertrauensmännerorganisation). Es wurden im Berichtsjahre 2014 Volks-, 12 214 Organisations- und 5373 öffentliche Vereinsversammlungen abgehalten. Die Kaiserin 1913 fiel in die Zeit der ärgsten Kriegsgefahr nach der Besetzung Skutars durch die Montenegriner und wurde so zur wichtigsten Friedensdemonstration. — In der Frauenorganisation ist der einheitliche 40-Heller-Monatsbeitrag überall erreicht. Das Frauenreichs-Komitee gibt an 812 Organisations Mitteilungen und an 80 Zeitungen eine Frauenkorrespondenz gratis ab. Die Organisation der Parteimitgliederinnen

hat in 26 Ortsgruppen 1168 Mitglieder und läßt ein „Vereinsblatt“ erscheinen. Die Auflage der „Arbeiterinnenzeitung“, die vierzehntägig erscheint, beträgt zurzeit 27 000. — Die Jugendorganisation hat in 305 (+ 49) Ortsgruppen 12 062 Mitglieder. Ihre Monatschrift erscheint zulezt in 19 000 Exemplaren — um 7000 mehr als noch vor zwei Jahren. Umfangreiche Angaben über die Bildungstätigkeit erstattet die dafür eingesetzte Zentralkasse; hier sei nur erwähnt, daß die Parteischule bisher einmal in Bodenbach, einmal in Klagenfurt abgehalten wurde. — Der Verein „Die Kinderfreunde“ hat etwa 30 Ortsgruppen mit über 7000 Mitgliedern. Er gibt Kreisblätter und eine eigene Zeitschrift heraus.

Die Parteipresse hat sich rasch entwickelt und besteht gegenwärtig aus den Tageszeitungen in Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck, Reichenberg und Linz, dreimal wöchentlich erscheinenden Blättern in Teplitz und Aussig. Weiter erscheinen zehn Blätter zweimal wöchentlich und daneben eine große Zahl Wochenblätter, ferner erscheinen die Monatsrevue „Der Kampf“, „Die Gemeinde“, das Wählblatt „Glücklicher“ (in über 22 000 Exemplaren) und eine Menge von Fachorganen einzelner Spezialbestrebungen. Die einmalige Mindestauflage der gesamten Arbeiterpresse (samt Gemeindefreiwahl- und Genossenschaftsblättern) beträgt 814 200 Exemplare.

Der Parteibericht enthält auch genaue Angaben über die Gewerkschaften und die proletarischen Genossenschaften, welsch letztere heute an 300 000 Mitglieder, fast 100 Millionen Kronen Umsatz, 14 Millionen Bruttoertrag und 4 Millionen Nettoertrag hatten. — Von politischen Verfolgungen wird berichtet, daß 407 Genossen zu Geld- und 132 zu Arreststrafen verurteilt worden sind.

Der Kassenbericht weist bei 190 000 Kronen Einnahmen 20 200 Kronen Saldo auf. Der geforderte Reichratswahlfonds besah (vor der Erziehung für Schuhmeier in Wien) über 50 000 Kronen, der Schuhmeierfonds zur Bildung der Arbeiterjugend erhielt aus den Sammlungen bisher 15 000 Kronen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zur Auslegung des Preßgesetzes.

Ein Urteil von prinzipieller Bedeutung für die Presse fällt die Verurteilungskammer des Chemnitzer Landgerichts.

Genosse Meyer, der verantwortliche Redakteur der „Volkstimme“ war vom Schöffengericht wegen Uebertretung des Preßgesetzes zu 15 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er ein Urteil, das in einer Strafsache ergangen war, entgegen der gerichtlichen Anordnung einige Tage zu spät publiziert hat. Gegen das Urteil legte er Berufung ein, indem er geltend machte, daß er für diesen Fall nicht verantwortlich zu machen sei, da er nur für den redaktionellen Teil verantwortlich zeichne. Der Urteilsstator werde aber gegen Beachtung veröffentlicht, weshalb der Inferaturredakteur dafür verantwortlich sei. Allerdings habe das Gericht alle Instanzen an die Redaktion gefordert, wodurch denn auch die Verzögerung der Publikation zu erklären sei. Anderer Meinung war der Staatsanwalt. Er erklärte, daß die Veröffentlichung eines Urteilsstators in den redaktionellen Teil gehöre.

Das Gericht hob jedoch das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte auf Freisprechung. Außerdem wurde Genosse Meyer noch der Ertrag für die ihm durch den Rechtsstreit erwachsenen Auslagen zugesprochen.

In der Begründung wurde aufgeführt: Der § 10 des Preßgesetzes bestimmt zwar nicht ausdrücklich den Platz, an dem die Veröffentlichung erfolgen muß, aber es besagt, daß die üblichen Einrückungsgeldern dafür gezahlt werden müssen. Danach kann nur der Inferatenteil dafür in Frage kommen. Der Standpunkt muß um so mehr vertreten werden, als die „Volkstimme“ seinen besonderen Teil für amtliche Bekanntmachungen hat. Da es sich um eine reine Rechtsfrage gehandelt habe, so sei dem Berufungskläger auch der Ertrag seiner Auslagen zugesprochen worden.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Kohlenpreise? Von einem geradezu ungeheuerlichen bevorstehenden Anstieg des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels weiß die Rheinisch-Westfälische Zeitung zu berichten. Vespresungen, die letzten in Köln stattfanden, sollen zu dem Ergebnis geführt haben, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat vom 1. Januar nächsten Jahres ab die Preise für Hochofenkohle und Kokssteine voraussichtlich um eine Mark erhöhen wird. Schon jetzt klagen die Verbraucher über die Höhe der Kohlenpreise und die Eisenindustrie im besonderen protestiert fortgesetzt dagegen, daß das Syndikat ohne Rücksicht auf die rückläufige Konjunktur von einer Preisermäßigung Abstand nimmt. Eine neuerliche Erhöhung der Kohlenpreise würde die Situation der Eisenindustrie noch mehr verschlimmern; während die Eisenpreise dauernd sinken, würden die Herstellungskosten durch Verteuerung des Rohstoffes Kohle steigen. Das Syndikat würde damit die gleiche Sucherpolitik verfolgen, die es 1901 und 1908 einschlug und die zu einer außerordentlichen Verschärfung der Krise in jenen Jahren beitrug.

Steigende Rentabilität der Textilfabriken. Obwohl einige Spezialgebiete des deutschen Textilgewerbes — wie z. B. die Siderel- und Spitzenindustrie — seit geraumer Zeit im Zeichen einer Depression stehen, ist doch im großen und ganzen die Lage gegenwärtig nicht so ungünstig wie in den vergangenen Jahren, wo Dausse und Preissturz am Baumwollmarkt den wichtigsten Zweigen der Textilindustrie Schaden schlugen. Schon das Jahr 1912 brachte eine leichte Erholung, die sofort in einer Steigerung des Dividenden-ertrages der Aktiengesellschaften des Textilgewerbes zum Ausdruck kam. Bisher haben 224 Gesellschaften ihre Bilanzen für das abgelaufene Geschäftsjahr mit dem Vorjahre vergleichbar veröffentlicht. Das gesamte Nominalkapital dieser Unternehmen ist im letzten Jahre von 425,87 auf 428,61 Millionen Mark zurückgegangen. Die Summe der verteilten Dividenden ist gleichzeitig von 29,83 Millionen Mark auf 34,29 Millionen Mark angewachsen. Weshalb ist der durchschnittliche Dividendenertrag von 7,0 auf 8,6 Prozent gestiegen. Vergleicht man die Bilanzen von 245 Gesellschaften für die beiden letzten Jahre, so ergibt sich demnach eine Steigerung des Reingewinnüberschusses von 51,3 auf 90,7 Millionen. Die Klagen der Textilindustriellen über ungünstige Geschäftslage — die nur dazu dienen sollen, die Forderungen der Arbeiter als unerfüllbar abzulehnen — erlahmen durch diese Zahlen ihre objektive Beleuchtung.

Die Branntweinerzeugung Deutschlands geht erfreulicherweise weiter zurück. Im September d. J. wurden nur 112 825 Hektoliter Alkohol erzeugt, gegen 100 071 Hektoliter im September 1912. Vom Oktober 1912 bis September 1913 betrug die Produktion zwar 3,75 Millionen Hektoliter gegen 3,45 Millionen Hektoliter im Vorjahre. Dagegen sanken die nach Besteuerung in den freien Verkehr gebrachten Mengen (d. h. der Verbrauch) von 1,95 auf 1,87 Millionen Hektoliter. Der Schnapsboom der Arbeiterklasse wirkt also fort.

Petroleumkonjunktur. Die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, daß die Dierz-Gesellschaft in Wien, von deren Anteilen 80 Proz. im Verlage der Deutschen Erdöl-Aktien-Gesellschaft sind, beschlossene habe, 20 Proz. gegen 6^{1/2} Proz. im Vorjahre zu verteilen. Die Erhöhung ist der Ausdruck der während des ganzen Jahres bestehenden Petroleumkonjunktur.

Eingegangene Druckschriften.

Roberte Soldatenerziehung. Von H. v. Arnheim. Die Forderung des Tages für die Armer. Eine folgenreiche Vortragsveranstaltung um 1000 Brosen. Gebietet 2 M. — **Phasen der Liebe.** Eine Soziologie des Verhältnisses der Geschlechter. Von F. Müller-Der. Fünftes Band der „Soziologie in Einzelabhandlungen“. 3,60 M., geb. 5 M. H. Langen, München.

Leibnizens. Roman von G. Kneiffen. 336 S. E. Reigner, Dresden.

Achtung, Parteigenossen!

Freitag, den 17. Oktober:

Flugblatt-Verbreitung

in den sechs Berliner Wahlkreisen.

In Teltow-Beeslow in folgenden Orten: Adlershof — Alt-Glienice — Charlottenburg — Cöpenick — Dabendorff — Groß-Lichterfelde — Johannisthal — Mariendorf — Neukölln — Nowawes — Schöneberg — Steglitz — Tempelhof — Wilmersdorf.

In Niederbarnim in folgenden Orten: Borjowalde — Friedrichshagen — Vichtenberg — Ober-Schöneweide — Dranienburg — Pankow — Reinickendorf-Ost — Rosenthal — Tegel — Weizensee.

Treffpunkt in den Bezirkslokalen.

Parteigenossen! Beteiligt Euch zahlreich.

Der Aktionsauschuß.

Ein Arbeiterveteran.

Der ruher Genosse Wilhelm Buchholz wird heute 70 Jahr alt. Auf ein reiches Wirken auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung kann der in Wärowalde i. d. Neumark geborene Jubilar zurückblicken. Im Jahre 1864 kam Buchholz nach Berlin. Bald wurde er Vorstandsmittglied der Ortskrankenkasse der Maurer. Das Vertrauen seiner Kollegen berief ihn immer wieder in den Vorstand, bis er im Jahre 1894 wegen eines Asthmalleidens diesen Vertrauensposten niederlegen mußte, den er mit Ausnahme eines Zeitraumes während des Sozialistengesetzes bekleidet hatte; während des Sozialistengesetzes legte die Behörde gegen sein Wahl Einspruch ein.

Im Jahre 1869 trat Buchholz dem Allgemeinen Deutschen Maurerverein unter Biblas Leitung und dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein unter Schweigers Führung bei. Seit dieser Zeit hat der jetzt Siebzigjährige unbedrossen und opferfreudig für die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse gewirkt. Auf die Angelegenheit brachte den Altgesellen, der in den Kriegen 1866 und 1870/71 mitgekämpft hatte, die politische Verfolgungsucht wiederholt. Im März 1875 führte der Staatsanwalt Tessendorf den Prozeß gegen den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, weil er gegen das preussische Vereinsgesetz verstößt. Der Verein wurde aufgelöst, zwölf Vorstandsmittglieder unter Anklage gestellt, unter ihnen befand sich auch Buchholz. Er wurde freigesprochen. Tessendorf hatte den Richtern zugerufen, mit Auflösung des Vereins werde die Sozialdemokratie vernichtet. Er mußte erleben, daß die juristischen und politischen Mißhandlungen der Partei ihre zwei Monate später in Gotha vollzogene Einigung beschleunigten und daß die aus den Mißständen unserer Gesellschaftsordnung erwachsene und auf ihr beruhende Partei zur stärksten in Deutschland wurde. Am 10. Januar 1877 entsandete der Wahlkreis Berlin VI zum erstenmal einen Sozialdemokraten, Pajenkleeber, — mit 9569 Stimmen — in den Reichstag. Der Reichstag erklärte die Wahl am 18. April desselben Jahres für ungültig. Die Erstwahl fand am 14. Juni 1877 statt. Pajenkleeber wurde mit 12 751 gegen 11 650 Stimmen der vereinigten bürgerlichen Parteien abermals gewählt. Die Wut der Gegner der Sozialdemokratie kannte keine Grenzen. Sie brachten es fertig, daß gegen die Leiter der Wahlbewegung, u. a. gegen Buchholz, Anklage wegen Verleitung zur Wahlfälschung erhoben wurde: eine glänzende Freisprechung war das Resultat.

Als 1878 die Nachricht vom Robiling-Attentat durch Plakate bekanntgemacht war, äußerte Buchholz seine Zweifel mit dem Ausruf „wenn's wahr ist?“. Behelmte Ordnungshüter und solche in Zivil wollten ihn deshalb packen. Mit Rot und Mühe brachte ihn ein Droschkengaul in Sicherheit vor der sinnlos aufgeregten Menge.

Das Sozialistengesetz kam. Wader und opferwillig focht Buchholz auch unter demselben in den vordersten Reihen für die gewerkschaftliche Idee, sowie für die Ziele der Partei und sorgte im Verein mit seiner an Krüden gebundenen Frau und seiner Tochter für Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und anderen verbotenen Agitationsmaterials. Oftmals wurde bei ihm Hausdurchsuchung nach verbotenen Schriften gehalten. Stets vergeblich. Nach dem Weggang der Häcker zog Frau Buchholz dann leisenvergnügt das nicht gefundene Material aus seinem Versteck und sorgte für schleunigste Verbreitung.

Als im Jahre 1884 die Unfallversicherung in Kraft trat und die Berufsgenossenschaften errichtet wurden, wurde Buchholz Vorkämpfer der nordöstlichen Baugewerkschaft. 1886 wurde er nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts, in den Jahren 1894 bis 1897 war er ständiges Mitglied derselben Behörde.

Nach den bis heute noch unausgeführt gebliebenen kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 wurde vom Kaiser der Staatsrat zum 15. Februar 1890 einberufen. Nur die Fragen nach einer Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und nach einer Vertretung der Arbeiter in den Gewerbe- und Bergbauaufsichtsräten wurden ihm zur Erörterung vorgelegt. Auf Befehl des Kaisers wurden fünf Arbeitgeber und neben dem Werkmeister Spengler als einziger Arbeiter unser vom Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Vöbker vorgeschlagener Wilhelm Buchholz als sachkundige Personen zu den Beratungen zugezogen.

Buchholz arbeitete bis 1897 in seinem Beruf. Im Beruf erlitt er zweimal einen Unfall: im Jahre 1890 eine Daumenverletzung mit daran sich anschließender Blutvergiftung, 1895 eine Schultergelenkverrenkung.

Auch nachdem Buchholz die Kette aus der Hand legen mußte, wirkte er für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln wirtschaftlicher und politischer Not. Im Jahre 1897 verzog er von Berlin nach Hohen-Neuendorf, 1900 nach Bergfelde (Kreis Niederbarnim). Seit 1906 gehört er der in diesem Jahre zum ersten Male eingesetzten Gemeindevertretung als Vertreter der Wähler dritter Klasse an.

Ein reichbewegtes Leben im Dienste der Arbeiterklasse. Möge unserem Jubilar noch lange vergönnt sein, in geistiger Regsamkeit und körperlicher Frische für unser gemeinsames Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse zu wirken.

Partei-Angelegenheiten.

Reinick. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Vorkisch, Hermannstraße 49, die Versammlung der Jugendfraktion statt. Thema: „Sport und Sozialismus“. Referent: Genosse Preuß. Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Pankow. Am Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet anlässlich des Gedenktages der Völkerschlacht bei Leipzig, bei Einzel, Kaiser-Wilhelm-Straße 84, ein Vortrag statt über: „Die wirtschaftlichen und politischen Zustände in Preußen vor hundert Jahren“. Die Parteigenossen werden um regen Besuch dieses geschichtlichen Vortrages ersucht. Der Bildungsausschuß.

Tempelhof. Donnerstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Efriede Rhned. Verschiedenes.

Schwarzensee. Der Bildungsausschuß veranstaltet zu heute Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Waldfater“, Warnemünder Str. 14, einen Lichtbildervortrag: „Ein Flug durch das Weltall“. Vortragender ist der Genosse Felix Linke-Charlottenburg. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Reinickendorf. Einführung in die sozialistische Weltanschauung bezweckt ein vom Bildungsausschuß veranstalteter Vortragszyklus. Der Zyklus umfaßt sechs Abende. Die Vorträge finden zwischen dem 18. Oktober und 10. November am Donnerstag jeder Woche im „Seebad“, Residenzstr. 49, statt. Vortragender ist Genosse Emil Eichhorn. Der Preis der Zuhörerkarte beträgt 10 Pf. pro Abend. Arbeitslose und Jugendliche zahlen nichts. Der erste Vortrag beginnt morgen Donnerstag, pünktlich 8 1/2 Uhr abends.

Die Teilnahme an diesen für die Parteigenossen und Genossinnen veranstalteten Vorträgen ist dringend zu empfehlen.

Reinickendorf. Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn E. Anders, Bahnhofsstraße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Felix Linke über: „Die Vorzüge der „Vollstürmer“ gegenüber den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften. 2. Vierteljahrsbericht. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen!

Dranienburg. Heute Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Waldhaus Sandhausen“, Schützenstraße 84: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vierteljahrsbericht der Stadtratsfraktion. 3. Besprechung der diesjährigen Weihnachtsbescherung. 4. Kommunales. 5. Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Aus der Armendirektion.

Die Armendirektion tagte am Montag unter dem Vorsitz ihres neuen Leiters Stadtrat Dörflein. Derselbe widmete dem bisherigen Vorsitzenden Stadtrat Kalisch Worte der Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit. Dann begrüßte derselbe den neuen Stadtrat Köhning, welcher als Vorsitzender der Waisenverwaltung nun auch der Armendirektion angehört. Sieben neue Vorsteher wurden für ihr Amt bestätigt, ohne daß der Vorsitzende ihnen einen besonderen Zeitsaden mit auf den Weg gab.

Die so sehr wichtige Frage der Anstellung von besoldeten Berufspflegern kam nicht zur Erörterung, da das notwendige Material den Mitgliedern der Direktion noch nicht zugegangen war.

Zur Beratung stand dann ein Antrag unserer Genossen, die Eröffnung der Armenküchen in diesem Jahre schon am 1. November vorzunehmen und zu diesem Zweck bei dem Magistrat weitere 35 000 M. zu beantragen. Der Antrag wurde mit der herrschenden Not und Arbeitslosigkeit begründet und da sich Gegner nicht fanden, fast einstimmig angenommen.

Der vorgelegte Etat für 1914, welcher mit einer Mehrausgabe von über 800 000 M. gegenüber dem vorigen Jahre abschließt, wurde ohne Debatte einer Subkommission überwiesen.

Arbeitslosigkeit und Armenpflege.

In den Erörterungen der Frage, wie das Arbeitslosenseind zu lindern sei, wird der Ruf nach Gemeindefürsorge regelmäßig mit einem Hinweis auf die Armenpflege beantwortet. Daß in Berlin die Armenpflegemittel in den letzten Monaten ungewöhnlich stark in Anspruch genommen worden sind, wurde auch in dem Ausschuh der gemischten Deputation, die den Plan einer von der Gemeinde zu schaffenden Arbeitslosenversicherung prüfen soll, wieder hervorgehoben. Unzweifelhaft sei das, wurde hinzugefügt, auch den Arbeitslosen zugute gekommen. Gewiß, das ist an sich unzweifelhaft, aber sehr zweifelhaft ist, daß das Mehr an Armenpflege von erheblicher Bedeutung für die Schaar der Arbeitslosen gewesen sein kann. Will man uns nicht auch die Zahl der Arbeitslosen angeben, für die dabei etwas abgefallen ist, und die Summe der Unterstützungen, mit denen sie beteiligt sind?

Man spricht das so hin, der Armenetat Berlins sei schon jetzt um 600 000 M. überschritten worden, und redet in demselben Atemzuge von den Arbeitslosen. Auch dem Ansinn begegnen wir nicht selten, daß einer die Gesamtausgaben des Berliner Armenwesens nennt — z. B. 2 1/2 Millionen Mark im Voranschlag für das Etatsjahr 1913 — und dann erzählt, ungefähr die Hälfte hiervon werde für Arbeitslose und deren Angehörige aufgewendet. Da sollte man sich zunächst mal harrn machen, was für Bedürfnisse es sind, denen die Millionen der Vorunterstützungen — diese betragen ungefähr die Hälfte der Gesamtausgaben des Armenwesens — zuzuführen. Im Etatsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912), dem letzten, über das ein Bericht der Armendirektion vorliegt, wurden für das gesamte Armenwesen 20 1/2 Millionen Mark ausgegeben, davon für die offene Armenpflege 13 1/2 Millionen, der Rest für Hospitäler, Obdach, Arbeitshaus, ferner für Waisenfürsorge und Verwahrlostenunterbringung. An den 13 1/2 Millionen der offenen Armenpflege waren beteiligt die üblichen Vorunterstützungen mit 10 1/2 Millionen, im besonderen die Almosen mit etwa 7 1/2 Millionen, die Pflegegelder mit 1 1/2 Millionen, die Einzelunterstützungen mit 1 1/2 Millionen, die Winterbeihilfe mit 1/2 Million. Die Winterbeihilfe steht Almosen- und Pflegegeldempfängern zu und ist zum Ankauf von Feuerung bestimmt. Pflegegelder werden an Frauen für noch nicht aus der Schule entlassene Kinder gezahlt, hauptsächlich an Waisen, ferner an Geschiedene, Eheverlassene, Ledige, mitunter auch an Ehefrauen, meist für die in mütterlicher Pflege befindlichen Kinder, seltener für in fremde Pflege genommene Kinder. Wie stark kann Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Frauen auf Zahl und Betrag dieser Unterstützungen ihren Einfluß ausüben? Die Berichte der Armendirektion bieten keinerlei Anhaltspunkte zur Beurteilung dieser Frage. Bezüglich der Almosenempfänger aber vermag man sich nach den Angaben der Armendirektion schon eher ein Bild davon zu machen, welche Rolle hier die Arbeitslosigkeit spielen werden. Am 31. März 1913 waren in Armenpflege 35 300 Almosenempfänger, davon 26 452 weibliche und nur 8 888 männliche. Unter den 26 452 weiblichen waren nicht weniger

als 19 609 Witwen, ferner 732 Geschiedene, 1172 Eheverlassene, nur 223 Verheiratete, schließlich 4606 Ledige. Nur 6107 weibliche Unterstützte waren unter 60 Jahre alt, die übrigen 20 345 waren bereits über das 60. Jahr hinaus und 10 926 von diesen hatten sogar schon das 70. Lebensjahr hinter sich. Bei den Männern sehen wir ungefähr dasselbe Bild. Von den 8888 männlichen Unterstützten waren 3253 bis 60 Jahre alt, 5685 über 60 Jahre alt, von diesen im besonderen 3000 über 70 Jahre alt. Ueber 70 Jahre alt waren, Männer und Frauen zusammen, 13 935 Almosenempfänger.

Solche Zahlen geben zu denken. Sie müssen berücksichtigt werden, wenn wir nach den Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armenpflege fragen. Der weitaus größte Teil der Unterstützungen wird nicht für vorübergehend Arbeitslose, sondern für gar nicht erwerbsfähige Personen gegeben. Allerdings kann Zunahme der Arbeitslosigkeit eine Wehrung auch der Hilfsbedürftigkeit der nicht mehr erwerbsfähigen bewirken, wenn ihre Ernährer — z. B. Söhne, die für ihre Eltern zu sorgen haben, — selber arbeits- und erwerbslos werden. Unterstützungen bei vorübergehender Arbeitslosigkeit werden meist als Einzelunterstützungen gewährt. Der Betrag aller im Etatsjahr 1911 bewilligten Einzelunterstützungen war nur etwa 1 1/2 Millionen Mark (genau: 1 367 506 M.), worin aber noch die Einzelunterstützungen stecken, die den Almosen- und Pflegegeldempfängern als Zuschuh gegeben wurden. In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit ist zuallererst bei den Einzelunterstützungen eine Zunahme zu erwarten, und hier hat eine solche sich in den letzten Monaten tatsächlich gezeigt. Wenn die Armen-direktion wollte, so könnte sie sehr wohl eine ungefähre zutreffende Angabe darüber machen, in wievielen Fällen eine vorübergehende Arbeitslosigkeit den Unterstützungsgrund, wenigstens den direkten, bildete. Daß die Arbeiterbevölkerung von der Gemeinde anderes erwartet als Armenunterstützung, das braucht nicht erst gesagt zu werden. Aber gegenüber dem immer wiederholten Hinweis auf die Armenpflege haben wir festzustellen, daß die Versicherung, sie habe bereits in großem Umfange helfend eingegriffen, noch sehr des Beweises bedarf. Unsere Armenpflege setzt sich wirklich nicht allzu geschwind in Bewegung, um bei Arbeitslosigkeit sogleich zu helfen.

Der Berliner Armenverwaltung zur Nachachtung.

Eine bemerkenswerte Verfügung an die Armenkommissionen besteht bei der Armendirektion in Charlottenburg. Nachdem darauf hingewiesen worden ist, daß die gegenwärtige Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse diese Familien zwingt, die sonst niemals die Hilfe der Armenpflege anzurufen nötig gehabt haben, sich bittend an sie zu wenden, heißt es in der Verfügung:

„Die Armenkommissionen wollen sich namentlich bei Gesuchen von Personen, die noch keine Unterstützung erhalten haben, stets die Lage des Hilfsbedürftigen vor Augen halten, der ein Gesuch eingereicht hat und nun von Tag zu Tag wartet, daß jemand erscheint, um seine Lage zu untersuchen und ihm zu helfen. Einem Unterstützungsgesuch, namentlich wenn es von ungeübter Hand geschrieben ist, kann man sehr häufig nicht ansehen, ob nicht die größte Eile geboten ist. Oft können auch durch schnelles Eingreifen der Stadt viel höhere, sonst später notwendig werdende Aufwendungen erspart werden.“

Zwar sollen die Armenkommissionen in Berlin in dringenden Fällen sofortige Hilfe leisten, im allgemeinen ist es aber üblich, daß die Gesuche erst Ende des Monats ihre Erledigung finden, und am 1. des Monats erfahren viele Gesuchsteller oft zu ihrer Enttäuschung, daß ihre Anträge abgelehnt worden sind.

Die genaßführten Wilmersdorfer.

Eine wahre Völkerwanderung ergoß sich vorgestern nach den Stationen der am letzten Sonntag eröffneten westlichen Schnellbahnen. Wie die „Wilmersdorfer Zeitung“ erzählt, fanden sich gegen 3 Uhr nachmittags an allen Stationen der neuen Strecke, insbesondere an dem Kopfbahnhof Wittenbergplatz, zahlreiche Wilmersdorfer Bürger mit Frau und Kindern ein, alle festlich gekleidet; der Hausherr mit Zylinder und dem Steuerzettel in der Hand, und begehrt in einem Extrazuge die neue Schnellbahnstrecke gratis abfahren zu dürfen. Die Beamten hatten aber für diesen Wunsch kein Verständnis, ihnen war nicht von dem „Gratisextrazug“ bekannt. Natürlich gab es überall verdrygte Gesichter und die Enttäuschung und der Ärger waren groß, denn allgemein kam man dahinter, daß man einem Spahvogel auf den Leim gegangen war. In den Vormittagsstunden des Montags war nämlich in Wilmersdorf überall das Gerücht verbreitet worden, daß der Magistrat um 8 Uhr einen Extrazug für die Wilmersdorfer Bürger gratis nach Dahlem gehen lasse, um zu einer Besichtigung der Verkehreanlage Gelegenheit zu bieten. Das Gerücht, das sich mit Windeseile verbreitet hatte, war geglaubt worden und oft genug wurde dem liebenswürdigen Magistrat ein unverhehltes Lob gesendet, das nun leider verfrüht war.

Vom städtischen Wohnungsamt.

Vom Magistrat wird mitgeteilt: Das städtische Wohnungsamt, das seit acht Tagen unter der Leitung des Direktors seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist mit den organisatorischen Vorarbeiten beschäftigt. Bei der außerordentlichen Fülle des Materials (nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 waren allein 357 986 Mietwohnungen im Mietwerte bis 500 M. pro Jahr und 63 371 Haushaltungen mit Schlafstellen vorhanden) und dem vorgesehenen technischen Beamtenspersonal von 20 Köpfen ist eine strenge Systematik des Vorgehens unbedingt erforderlich, um das Amt nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeiten zu lassen.

Die Vorarbeiten für die praktische Arbeit werden von dem bereits angestellten Personal (1 Direktor, 3 technischen Beamten und 2 Bureaubeamten — das übrige Personal wird erst zum 1. Januar eingestellt) augenblicklich so betrieben, daß die Aufnahme der praktischen Arbeit Mitte Januar zu erwarten ist.

Gingehende Vorarbeiten werden augenblicklich auch noch über die Art der anzuwendenden Kartenregistrierung gemacht. Die Vorbilder der Wohnungsämter anderer Städte werden auf ihre Brauchbarkeit für Berliner Verhältnisse hin geprüft. Es hat sich jedoch bereits jetzt schon erwiesen, daß die Einrichtungen anderer Ämter nur in beschränktem Umfange und in Einzelfragen als Muster herangezogen werden können, da die enorme Zahl des vom Berliner Amt zu bearbeitenden Materials besondere Maßnahmen erfordert. (So sind z. B. für die Kartenregistrierung circa 1 Million Karten mit verschiedenem Aufdruck vorgelesen.)

Aus der Krankenhausverwaltung.

Nachdem die städtischen Behörden auf das unablässige Drängen der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen haben, alle irgendwie geeigneten und vorbereiteten Arbeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unverzüglich in Angriff zu nehmen, hat die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege in einer außerordentlichen Sitzung am gestrigen Dienstage zu dem Umbau der beiden Krankenhäuser No 8 bis und Friedrichshain Stellung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, alles vorzubereiten, damit die Ausführung dieser beiden Bauten schnellstmöglich erfolgen kann. In No 8 bis werden die neuen Bauten 940 Betten enthalten, 106 Betten verbleiben in den massiven Pavillons, die auch für den Neubau stehen bleiben. Da zu gleicher Zeit nur 4 bis 5 Baracken zu je 50 Betten kassiert werden können, wird die Vollendung des Umbaus in 4 bis 5 Bauperioden stattfinden. Die Gesamtkosten schätzen ab mit 8 880 000 M.

Der Entwurf vom Friedrichshain-Krankenhaus betrifft den Neubau zweier Personalwohngebäude mit Kegelstasino und Kegelbahnhöfen. Die Kostenanschläge schätzen ab mit 1 543 000 M., von denen durch die Anstaltskassa für 1913 150 000 M. bewilligt wurden; im Etatsentwurf für 1914 ist eine weitere Summe von 100 000 M. vorgesehen.

Von der Bauverwaltung wurde unseren Genossen die Zusicherung gegeben, daß nur Berliner Unternehmer und Arbeiter zu den tariflichen Bedingungen bei diesen Bauten beschäftigt werden sollen; Verheiratete erhalten den Vorrang. Es wird Aufgabe unserer Genossen in der Hochbauverwaltung sein, darüber zu wachen, daß diese Zusicherungen auch immer gehalten werden.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge

in Johannisthal. Auf dem Flugplatz ereignete sich kurz nach 4 1/2 Uhr ein Zusammenstoß zweier Flugzeuge in der Luft. Deutscher Freund auf Albatros-Taube und der Flieger Rinnel auf Kumpfer-Taube, der einen Passagier mit sich führte, stießen in ungefähr 30 bis 50 Meter Höhe zusammen. Die Apparate stürzten zur Erde und wurden vollständig zertrümmert, der Flieger Rinnel erlitt dabei eine Verletzung an der Stirn und eine Rückgratverstauchung. Deutscher Freund trug einen Bruch des rechten Oberschenkels und des linken Unterarms davon, während Solde sich anscheinend eine leichte Gehirnerschütterung zuzog.

Der Zentral-Arbeitsnachweis, weibliche Abteilung, teilt den Hausfrauen und den Herren Arbeitgebern mit, daß seine Bureaus für Ausbittelpersonal sowie für gewerbliche Arbeiterinnen jeder Branche in den Wintermonaten erst um 8 Uhr geöffnet werden. Bestellungen werden von 8-11 Uhr entgegengenommen. Amt Norden 8791-8797 oder durch Postkarte C. 54, Riederstr. 9.

Ein Parfümerielager in Flammen. Von drei verschiedenen Seiten aus wurde gestern nachmittags gegen 1/2 Uhr die Charlottenburger Feuerwehre nach der Joachimsthaler Straße 9, Ecke Kurfürstendamm, gerufen. Es rächte die Hitze aus der Ost- und aus der Südwestseite aus, die bei ihrer Ankunft schon einen größeren Brandherd vorfanden. Das Feuer wütete in dem Lagerraum der Parfümerie Scherl und fand an den Vorräten reichliche Nahrung. Branddirektor Bahrdt ließ mit zwei Hohen Waller geben und erreichte dadurch, daß der Brand auf den Lagerraum beschränkt blieb. Der Schaden ist immerhin recht beträchtlich.

Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radsfahrersbundes „Solidarität“ veranstaltete zur Feier ihres neunjährigen Bestehens am Sonnabend, den 18. Oktober, abends 9 Uhr, in der „Neuen Welt“ ein Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Camillo Hilbrand. Nachher Ball. Eine sprechende Uhr kommt gratis zur Verlosung. Der Eintrittspreis beträgt 60 Pf. inklusive Tanz.

Kleine Nachrichten. Von einem Droschkenautomobil überfahren wurde in Treptow der Klempner Bienenwald aus Neulöh. In hoffnungslosem Zustande brachte man den schwer Verletzten nach dem Urban-Krankenhaus. — Mit Salzsäure vergiftet hat sich der Arbeiter Riech, Rottbuser Str. — Nebenfahren und schwer verletzt wurde Montagvormittag ein kleines Mädchen an der Ecke Frankfurter Allee und Kreuzbergstraße. Die Kleine wurde von einem Geschäftswagen so schlimm zugerichtet, daß sie im Krankenhaus Friedrichshain bedenklich daniederliegt.

Vorort-Nachrichten.

Der Teltower Kreistag

hatte sich in seiner letzten Sitzung mit der Beratung der Statuten für die Ortskrankenkassen für Adlershof und Umgegend und Schwanenbühl und Umgegend zu beschäftigen. In der Februar-Sitzung hat der Kreistag beschlossen, die Ortskrankenkassen, welche bis jetzt der Ortskrankenkasse Köpenick angegliedert ist, der zukünftigen Allgemeinen Ortskrankenkasse Adlershof anzuschließen. Folgendes wurde dieser Beschlusse, da Köpenick nach dem neuen Krankenversicherungsgesetz ein eigenes Versicherungsamt bildet, Krügelheim aber außerhalb des Bezirks dieses Versicherungsamts liegt. Dadurch nun, daß dieser kleine Ort mit höchstens 15 Mitgliedern der Adlershofer Kasse angegliedert wird, wurde diese mit ca. 10 000 Mitgliedern als Allgemeine Ortskrankenkasse nicht zugelassen, sondern wird aufgelöst und neugebildet. Für Schwanenbühl mit den Ortskassen Grünwald, Bahndorf Grünwald (bisher in der Ortskrankenkasse Wilmerdorf), Dahlem (bisher in der Stogliger Ortskrankenkasse) und Kuhlenden (bisher in der Spanowitzer Ortskrankenkasse) wird eine neue Ortskrankenkasse gebildet. Die neuen Kassensatzungen sind vom Kreisrat ausgearbeitet worden und legen nun dem Kreistage zur endgültigen Beschlußfassung vor. Die im Statutenentwurf vorgesehenen Leistungen der Kassen können wohl als zeitgemäß bezeichnet werden, sie entsprechen den Beschlüssen, wie sie für die Adlershofer Kasse bereits von der Generalversammlung dieser Kasse ebenfalls Annahme gefunden haben. Anders jedoch steht es mit der im Statut vorgesehenen Verwaltung der Kasse. Die Kasse wird wieder einigen wenigen Großindustriellen ausgeliefert. Schon die Zahl der Ausschussmitglieder von 45 für die Adlershofer und 21 für die Schwanenbühler Kasse muß als viel zu niedrig bezeichnet werden. Das Kassengebiet der Adlershofer Krankenkasse erstreckt sich beispielsweise von Treptow über Johannisthal, Grünau, Wolterdorf, Schulzendorf bis Nauhaushaus. Wenn hier nur einigermaßen den verschiedenen Verhältnissen durch Delegation im Ausschuss Rechnung getragen werden soll, muß letzterer aus einer größeren Personenzahl zusammengesetzt sein. Noch schärfer tritt der geradezu reaktionäre Geist des Statuts zutage, da den Arbeitgebern folgendes Stimmrecht eingeräumt ist. Nach dem Entwurf führen die Arbeitgeber bis zu 100 Beschäftigten für je angefangene 5 eine Stimme; bis zu 200 Beschäftigten für die ersten 100 zwanzig Stimmen, für je 10 weiteren Beschäftigten eine Stimme; bis 500 Beschäftigten 30 Stimmen für die ersten 200 und für je 20 weiteren Beschäftigten eine Stimme; bei mehr als 500 Beschäftigten 50 Stimmen. Die kleinen Arbeitgeber werden also fast völlig ausgeschlossen, und es liegt in der Hand einiger weniger Großindustrieller, wie sie den Ausschuss durch die Arbeitgeber besetzen wollen. Geradezu mittelalterlich sind die Bestimmungen des Wahlreglements. Trotzdem die Wahl vorgeschrieben ist, wird aber nicht nach der gebundenen Liste gewählt, sondern jeder hat das Recht, trotz vorher eingereicherter Wahlvorschläge, bei der Wahl einen beliebigen zu wählen. Unsere Feinden im Kreistag sitzenden Genossen Herbst und Jodel versuchen

durch Gegenanträge Verbesserungen durchzuführen. Zunächst forderten sie, daß die Bezüge der Mitglieder des Vorstandes als Ersatz sonstiger daren Auslagen von 2 M. für den halben Tag und 4 M. für den ganzen Tag auf 5 und 10 M. erhöht werden. Die Zahl der Ausschussmitglieder wünschten unsere Genossen von 21 für die Schwanenbühler Kasse auf 45 und für die Adlershofer Kasse von 45 auf 60 Mitglieder erhöht. Um auch den kleineren Arbeitgebern und vor allem auch den ländlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, forderten unsere Genossen, daß die Arbeitgeber bis höchstens 30 Stimmen auf eine Person vereinnahmen dürfen, und zwar sollen bis zu 100 Beschäftigten für je 10 Versicherungspflichtigen eine Stimme und von 101 Beschäftigten für je 20 eine Stimme auf den Arbeitgeber entfallen. Für die Wahlvorschläge verlangten sie streng gebundene Listen. Eingehend wurden diese Änderungsvorschläge vom Genossen Herbst begründet. Der Schöffe Lange aus Lützelde erklärte, im Augenblick die Tragweite der gestellten Anträge nicht übersehen zu können. Er nahm die Vorlage des Kreisratschusses in Schutz und warf unserem Genossen Herbst Einseitigkeit vor. Herbst wies den Schöffen energisch zurück, und Genosse Jodel konnte nachweisen, daß gerade durch die eingehenden Anträge Ungerechtigkeiten und einseitige Härten beseitigt werden sollen. Wie wenig der Statutenentwurf der Eigenart der Verhältnisse Rechnung trägt, geht daraus hervor, daß als einziges Publikationsorgan der Kasse das „Teltower Kreisblatt“ bestimmt ist, trotzdem doch die meisten der Kassensmitglieder das „Kreisblatt“ nicht lesen, wohl aber den „Vorwärts“, und darum letzterer ebenfalls als Publikationsorgan der Kasse anerkannt werden muß. Alles Neben unserer Genossen war jedoch umsonst. Man war ferner besserer Einsicht zugänglich, und alle Änderungsanträge wurden gegen die beiden Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Damit ist aufs neue dokumentiert, daß der Teltower Kreistag an Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Zugestimmt wurde nur einem Antrage des Ausschusses, nach welchem die zweite Stufe des Grundlohnes von 2 M. auf 1,80 M. herabgesetzt wurde. Der Auflösung der Krankenversicherungskasse für Dienstboten im Kreise Teltow stimmte der Kreistag zu. Der vorhandene Reservefonds von 22 000 M. soll zur Ansammlung eines Fonds zwecks Errichtung eines Altersheims für dienstunfähige Kreisangehörige verwendet werden. In den Kreisratswahlen wurden Dr. Wadenich in Giesßen, Mittergutbesitzer Wredt in Diepensee und Bürgermeister Dr. Langerhans in Köpenick gewählt.

Schöneberg.

Eine Dauerlösung.

Die Stadtverordneten hatten am Montag eine Sitzung von ganz ungewöhnlicher Länge: sie dauerte volle sieben Stunden und endete erst in der Nacht um 1 Uhr. Zum größeren Teil wurde sie in Anspruch genommen von einer Debatte über Schönebergs Finanzwesen, das jetzt vor den Stadtverordnetenwahlen den Gegenstand einer Kampfbereitschaft zwischen den feindseligen Brüdern liberaler Couleur bildet.

Zu Beginn der Sitzung wurde die Arbeitslosenfürsorge gestreift. Diejenigen Arbeitslosen, die sich der Versicherung der Organisation und Sparrer nicht anschließen können, sollen wieder im Winter durch Speisemarken unterstützt werden. Die Mittel in Höhe von 1500 M. sind in den Etat eingestellt, der Magistrat beantragte nur noch, daß wieder die „Speisemarkenordnung“ des vorigen Jahres gelten solle. Genosse Wollenbühr legte dem Magistrat ans Herz, bei der zu erwartenden Steigerung des Bedürfnisses zu gegebener Zeit eine Nachbewilligung von Mitteln zu fordern. Oberbürgermeister Dominicus versprach das. Die „Speisemarkenordnung“ wurde genehmigt.

Die im Jahre 1907 eingeführte kostenfreie Lieferung von Straßenbahnfahrten für Magistratsmitglieder, Stadtverordnete und Bürgerdeputierte erscheint dem Magistrat nicht mehr zulässig, nachdem ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts das als eine Zuwendung geldwerter Vorteile aus Stadtmitteln hingestellt hat. Die Mehrheit der Stadtverordneten wollte dem Magistratsantrag auf Aufhebung des Beschlusses von 1907 widerstandslos zustimmen, die sozialdemokratische Fraktion aber war der Meinung, daß mit jenem Oberverwaltungsgerichtsurteil noch nicht das letzte Wort gesprochen zu sein brauche. Unsere Genossen beantragten folgende Resolution:

Die Stadtverordnetenversammlung Berlin-Schöneberg kann die Entscheidung des Königlich Preussischen Oberverwaltungsgerichts 2. Senat, daß die Gewährung freier Fahrt an Stadtverordnete und Bürgerdeputierte eine Verletzung des § 64 Absatz 6 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 bedeute, als zutreffend nicht anerkennen. Sie erklärt in der bezeichneten Entscheidung eine durch nicht angelegte Erweiterung eines Verbot, dessen Geist ohnehin in Widerspruch steht mit der neuzeitlichen, durch das außerordentliche Wachstum der Städte und die Ausdehnung des Aufgabenspektrums der städtischen Verwaltungen bewirkten Ausgestaltung des städtischen Selbstverwaltungsdienstes. Im Hinblick auf die aus sozialpolitischen Gründen so wichtige Mitwirkung von Vertretern der unbemittelten Volksschichten an der Selbstverwaltung sowie auf die steigenden Ansprüche dieser an Zeit und Arbeitskraft der Stadtverordneten und Bürgerdeputierten hält die Stadtverordnetenversammlung nicht die Ausdehnung, sondern die Aufhebung oder mindestens Einschränkung jener Verbotsvorschrift für zeitgemäß. Sie ersucht daher den Magistrat, 1. von der vorgeschlagenen Aufhebung des Gemeindefestbeschlusses vom 19. April/10. Mai 1907 einstweilen noch Abstand zu nehmen, um vorerst Gutachten darüber einzuholen, ob den Städteverwaltungen Preussens nicht noch Rechtsmittel offen stehen, sich die bisher unbehindert ausgeübte freie Entschädigung in bezug auf die Gewährung von Fahrkarten als ihr gutes Recht fortzuerhalten, 2. an die Königl. Staatsregierung und das preussische Abgeordnetenhaus Petitionen zu richten, worin die Aufhebung des § 64 Abs. 6 zweiter Satz der Städteordnung vom 30. Mai 1853 verlangt wird.

Genosse Bernhein wies in seiner ausführlichen Begründung der Resolution darauf hin, daß allerdings bereits andere Städte damit vorangegangen seien, sich ohne weiteres dem Oberverwaltungsgericht zu fügen. Diefem Beispiel dürfe man nicht folgen, vielmehr müsse man sich zur Wehr setzen gegen die mit den Absichten des Gesetzgebers in Widerspruch stehende Auslegung der Städteordnung durch das Oberverwaltungsgericht. Nach der Städteordnung sei nur Vergütungbarer Auslagen zulässig, aber die Kreisfahrlatte solle Ersatz sein für die Eingeliquidationen der Fahrten, die einem im Dienst der Gemeinde tätigen Bürger in einer ausgedehnten Großstadt unvermeidlich sind. Diesen Ausführungen stimmten die Redner der bürgerlichen Fraktionen im wesentlichen bei. Stadtverordneter Weinbacher erinnerte an die Vergütung für Besitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, an die Frage der Vergütung auch für Schöffen und Geschworene. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit dem Staatsrat zugewiesen.

Zu beschließen war über eine Reihe Petitionen, die der Petitionsausschuss gebrüht hatte. Der Bezirksverein Südwest bittet, endlich ein eigenes Haus für die „Fontane-Schule“ (höhere Mädchenschule) zu errichten, die immer noch provisorisch im Hause der S. Gemeindefschule untergebracht ist. Die Petition wurde dem Magistrat zur Veranschaulichung überwiesen. Baldige Forderung dieses Zustandes ist vor allem um der Gemeindefschule willen dringend zu wünschen. An der Petition von Schöneberger Malerfirmen, die bei Ausschreibung der Arbeiten für den Rathausneubau übergegangen worden waren, brachte Genosse Küter Beschwerde vor. Malerfirmen vor. Engegen einem früheren Beschluß seien beim Rathausneubau doch wieder Malerfirmen verwendet worden, auch habe man auswärtige Malerfirmen beschäftigt. Stadtbaurat Egeling antwortete, auf Einstellung möglichst nur von Schöneberger Arbeitern suche die Stadt hinzuwirken. Genosse Vämleer wies auf das Beispiel anderer Vororte hin, die bei ihren Arbeiten die Beschäftigung Auswärtiger zu verhindern wissen. Ueber die Petition wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Der katholischen St. Elisabeth-Gemeinde möchte der Magistrat für die Jünglinge ihres Waisenhauses in der Kolonnenstraße die Vergünstigung gewähren, daß bis 30 auswärtige Kinder die Schulen Schönebergs unentgeltlich besuchen dürfen. Im Staatsrat hatte sich keine Mehrheit hierfür gefunden, aber man wollte ihm die Sache zu „nochmaliger Prüfung“ zurückgeben. Inne Genossen Bernhein und Küter warnten, der durch solche Ansuchen geförderten konfessionellen Trennung der Kinder noch weiteren Vorschub zu leisten. Von den bürgerlichen Rednern sprachen einige die „Muttergütigkeit“ der Anstalt. Die Zurückverweisung wurde abgelehnt, abgelehnt schließlich auch die ganze Vorlage. Mehr Glück hatte die evangelische Kirchengemeinde, die gegen Vergabe von 1700 M. die gärtnerische Ausgestaltung des Gustav-Müller-Platzes eintauschen soll. Unsere Genossen Hoffmann und Küter wollten der Kirche die Pflicht zuweisen, diesen Platz aus eigenen Mitteln herzurichten. Die Magistratsvorlage wurde, wie der Ausschuss empfahl, angenommen.

Zur Kenntnisnahme überreichte der Magistrat das Ergebnis von Untersuchungen, die wegen des Vorwurfs, daß bei der Lieferung freier Lernmittel für bedürftige Gemeindefschüler sich Mißstände gezeigt hätten, veranlaßt worden waren. Die Sache liegt schon eine rechtliche Weile zurück; schon im Februar hatte Genosse Mohs einige hierauf bezügliche Klagen vorgebracht, die ihm von Eltern zugegangen waren. Unter anderem sollten Kinder in der Schule bestraft worden sein, weil ihnen die Lernmittel fehlten. Die Vernehmung von Schülern wie von Kindern durch Schulrat Stubbe hat ein negatives Ergebnis gebracht. Genosse Mohs äußerte gegen die Art dieser Untersuchung seine Bedenken, erklärte aber im übrigen, nach dem Ergebnis müsse er annehmen, daß man ihn fälschlich informiert habe. Die liberalen Stadtverordneten Jodel und Salinger bemängelten, daß Mohs die Klagen sofort in der Stadtverordnetenversammlung wiedergegeben habe. Genosse Bernhein antwortete, Kinderausagen seien doch von beiden Seiten mit Vorbehalt aufzunehmen, und Genosse Küter stellte fest, daß die in der Schuldeputation nicht vertretene sozialdemokratische Fraktion sich mit solchen Klagen nur an die Stadtverordnetenversammlung wenden könne. Unmittelbar auf diese Debatte folgte die Beratung des erneuten Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, daß allen Gemeindefschülern ohne weiteres freie Lernmittel gewährt werden. Genosse Küter begründete ihn und wies die von Stadtrat Mohs abgegebenen Kostensätze als übertrieben zurück. Der Antrag wurde von den Stadtverordneten angenommen, aber bisher hat der Magistrat gegenüber solchen Kundgebungen noch immer auf seinem absehbenden Standpunkt verharrt.

Das Hauptstück des Abends kam zuletzt, ein auf die Stadtverordnetenwahlen berechneter Vorschlag der nach Herrschaft strebenden liberalen „Freien Fraktion“ gegen die bisher im Besitz der Herrschaft gewesene große „Liberaler Fraktion“. 9 Uhr war es bereits, als Stadtverordneter Jadow das Wort nahm, um den von der „Freien Fraktion“ gestellten Antrag auf Abänderung der Finanzordnung und Revision der Vermögensbestände zu begründen. Er entwarf ein Redegesicht, das sich dann nach vier Stunden hindurch hinzog und munter in einen Kräfteauswärtigen drohte. Auf den Magistrat und seinen Kammerer schlug Jadow los, aber die „Liberaler Fraktion“ und ihre Führer meinte er. Er bemängelte die in der Stadtverordnetenversammlung des 22. September vom Magistrat abgegebenen Erklärungen, nach denen die Finanzlage Schönebergs in zögigem Licht erscheinen müsse. Es sei nicht wahr, daß das Stadtvermögen sich in wenigen Jahren so bedeutend gemehrt habe, und man habe doch gewiß auch nicht zum Spaß die Einkommensteuer auf 110 Proz. erhöht. Die vermeintliche Wertsteigerung der Vermögensobjekte beruhe auf Selbsttäuschung, auf dem Bestreben, die Werte unter Mißachtung aller kaufmännischen Grundsätze möglichst hoch anzusetzen. So male man sich den Himmel voller Geigen, während er voller Wolken hänge.

Stadtkammerer Nachowitz erwiderte mit einer scharfen Abwehr. Die Finanzwirtschaft Schönebergs stütze sich auf Grundsätze, die in vielen großen Gemeinden gelten. Der Vorschlag Jadows, bei der Aufstellung des Vermögensbestandes der Stadt auch den Stadtverordneten ein Mitbestimmungsrecht zu geben, verstoße gegen die Städteordnung. Ohne Berechtigung und ohne Kenntnis der Dinge werde hier Schöneberg vor der Öffentlichkeit diskreditiert. Noch größerer Beschuß fuhr Stadtverordneter Jodel auf, der Führer der „Liberaler Fraktion“, die mit dem Magistrat geht. Jadow habe mit seiner Kritik sich selber der Lächerlichkeit preisgegeben. Diefelbe Finanzwirtschaft, die von den Männern der „Freien Fraktion“ früher gebilligt worden sei, werde jetzt von dort aus angegriffen. Jetzt, wo es fast vor den Wahlen sei, solle plötzlich nach kaufmännischen Grundsätzen gewirtschaftet werden. Wahnmache warf nachher auch Stadtverordneter Gottschalk (lib. Frakt.) der „Freien Fraktion“ vor. Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff auch Oberbürgermeister Dominicus das Wort, um zu erklären, daß Schöneberg bei der Vermögensaufstellung durchaus vorsichtig in der Wertermessung verfahren sei. Die erhöhten Gehälter wollten noch lange sich nicht beruhigen. Schon vor Mitternacht vorüber, und immer wieder sprangen Höhen und drüben die Kämpen auf, um einander Unwissenheit, Unwahrhaftigkeit und ähnliche Grobheiten an den Kopf zu werfen. Die sozialdemokratische Fraktion konnte sich mit der Rolle des „Lachenden Dritten“ begnügen. Um 1 Uhr machte ein Antrag auf Debatteenschluß der Walgerei ein Ende. Der Antrag Jadow wurde dem Staatsrat zugewiesen.

Steglitz.

Für 800 Mark Patriotismus

wird die Steglitzer honette Bürgerschaft zur Feier des 18. Oktober liefern — mehr für keinen Pfennig. Wenn die Gemeindevorstellung diese Summe nicht aus dem großen Topf bewilligt hätte, wäre der geplante Festschlag ins Wasser gefallen, denn in die eigene Tasche greift der Patriot nicht, selbst wenn er's dazu hat. Genosse Ahmann protestierte gegen die Verwendung von Gemeindefmitteln zu diesem Privatvergnügen einiger Leute und gab ihnen den Rat, die Kosten aus eigener Tasche zu bezahlen. Er sagte auch, daß die Worte des Bürgermeisters, „der Gemeindevorstand und Finanzausschuss empfehlen die Vorlage“, einer Einschränkung bedürften, denn der Finanzausschuss habe nur mit 7 gegen 6 Stimmen zugestimmt. Es sei ihm unerklärlich, aus welchen Gründen die sieben Gegner so plötzlich umgefallen seien. Herr Rothhaus suchte wieder das Heil und deshalb mußte er sich ein wenig an der Sozialdemokratie reiben. Im übrigen meinte er, wenn der Festausschuss die Kosten auf 800 Mark veranschlagt habe, dann muß diese Summe auch bewilligt werden. Ein ehrlicher Bürgermann! Patriotisch bis auf die Knochen — wenn's andere bezahlen. — Neben dem Pauschalpreis unseres Elektrizitätswerkes, der sich für das Werk wegen der erheblichen Verwaltungskosten wenig infraktiv gestaltet, soll ein kombinierter Pauschal- und Zählerarif (der sogenannte „Reichsamer“) eingeführt werden. Hiernach zahlt der Konsument neben einer monatlichen Grundgebühr von 2 M. für eine Zweizimmerwohnung, von 3 M. für eine Dreizimmerwohnung usw. pro Kilowatt verbrauchten Strom 10 Pf. Die Veranschlagung der Vorlage zu. Ferner wurde die Einführung der elektrischen Beleuchtung nordwestlich der Mannschafsbahn beschlossen. Die Grünwald- und Schillhornstraße werden Mittel, die übrigen Straßen Seitenbeleuchtung erhalten. Für Erweiterungsarbeiten im Stadtpark wurden zu den bereits verausgabten 22 000 M. weitere 25 000 M. bereitgestellt. Durch diese beiden Vorlagen hofft man der Arbeitslosigkeit gleichzeitig etwas steuern zu können. Im Januar dieses Jahres wurde von der Gemeindevorstellung gegen den Widerspruch der beiden Sozialdemokraten der Preis für Jahres-

Table with weather forecasts for various stations including Berlin, Hamburg, and other cities, listing temperature ranges and weather conditions.

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. Oktober 1913.

Einmal wärmer, vielmal kälter bei sehr lebhaften südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table showing water levels at various stations like Memel, Weichsel, and others, with columns for station name, date, and water level.

+) - bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel.

Artikel über die Grunewaldbahn auf 40 M. festgesetzt, Bergelassen führten unsere Genossen damals aus, daß hiermit den Reichen geradezu ein Geschenk gemacht würde auf Kosten der Benutzer von Monats- und Wochenkarten...

In dem gestrigen Vorbericht muß der letzte Satz lauten: „Daß sich die Steglitzer... dafür bedanken, ist begreiflich.“

Das Komitee für die Ferienspiele unternimmt am Sonnabend, den 18. d. M., seinen nächsten Ausflug nach dem Grunewald. Die Arbeiterkassette von Steglitz wird ersucht, ihre Kinder im Alter von mindestens 8 Jahren zur Teilnahme anzuregen...

Wannsee.

Die Genossen von Wannsee und Umgebung nahmen in der Mitgliederversammlung den vom Gen. Pagels erstatteten Bericht vom Parteitag entgegen. Nach eingehender Würdigung der Verhandlungen des Parteitages sowie der demselben vorgelegten Anträge, resümierte sich der Referent dahin: Vor und nach dem diesjährigen Parteitag seien eine Reihe von unangenehmen Dingen in die Erscheinung getreten...

Grunewald.

„Eine annehmbare Entschädigung.“ In der unter obiger Spitzmarke in der Nummer vom 7. Oktober gedruckten Notiz, ersucht um der selbstverleumdende Gemeindevorsteher um folgende Klärung:

a) Die Wahlversammlung hat über die Höhe der Entschädigung für den Gemeindevorsteher überhaupt nicht beschlossen, b) dem neuen Gemeindevorsteher werden für seine Aufwendungen nicht zehn, sondern fünf Tausend Mark bewilligt werden.

Dazu möchten wir bemerken, daß wir die Meldung, dem neugewählten Gemeindevorsteher sei ein Repräsentationsgeld von 10 000 bewilligt worden, dem „Teltower Kreisblatt“ entnommen hatten. Uns ist bisher nicht bekannt, daß das „Kreisblatt“ eine Verichtigung gebracht hätte.

Spandan.

Die Stadtverordnetenwahlen, die infolge der Vermehrung der Stadtverordneten einen größeren Umfang annehmen, sind jetzt vom Magistrat festgesetzt worden. Für die dritte Abteilung, welche im Wahlbezirk 6 und 8 je einen und in den Wahlbezirken 2, 3 und 7 je zwei Stadtverordnete zu wählen hat, ist die Wahl auf Montag, den 3. November, vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 1/2 Uhr, festgesetzt worden...

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich wieder mit dem Bau von Einfamilienhäusern auf den Stieffischen Wiesen. Der Baugrund ist doch schlechter, als man anfangs annahm, und der vom Magistrat geplante Bau eines Einfamilienhauses, der mit 8000 M. veranschlagt war, wird sich erheblich teurer stellen...

Eine Zählung der benutzten und leerstehenden Wohnungen, Läden, Schankräume und gewerblich benutzten Räume soll heute Mittwoch in Potsdam vorgenommen werden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Wahlbau (Tischau). Donnerstag, den 16. Oktober, abends 6 1/2 Uhr. Spandan. Morgen Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses. Tempelhof. Morgen Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindebesprechungszimmer, Dorstr. 42. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Frauen-Leseabende.

Karlshorst. Heute Mittwoch 6 1/2 Uhr im Restaurant Bofer, Dönhofsstraße 8, Ecke der Gendarmenstraße: Vortrag der Genossin Agnes Jährenwald.

Leser- und Diskussionsklub „Südost“. Heute Sitzung mit Vortrag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn über Treppen - Parkhaus - wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Vordruck und eine Zahl als Preiszeichen beizulegen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. G. S. 1. Jordan Sie Ihre Frau unter Lösung einer Frist zur Rückgabe auf. Bestreitet die Frist erfolglos, so können Sie auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. 2. Rein. - St. Nr. 1. Ob den Kindern geglaubt wird oder nicht, liegt im Ermessen des Gerichts. Die Bestellung eines Anwalts ist zweckmäßig, sobald Sie die Klage erheben. Vorhanden brauchen Sie einen Anwalt noch nicht zu bestellen. Das Honorar unterliegt der Vereinbarung mit dem Anwalt; es dürfte mindestens 40 M. betragen. Einen bestimmten Anwalt empfehlen wir nicht. - S. 3. Einen Anspruch auf Auszahlung haben Sie nicht; jedoch können Sie die Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung beanspruchen. - S. 4. Nach einer Ministerialverordnung ja. Diese Auffassung dürfte jedoch irrig sein, da derartige Lehrer, die selbständig ein Institut betreiben, u. G. nicht zu den Angestellten im Sinne des Gesetzes gehören. Diese Auffassung wird z. B. auch in dem Kommentar des Prof. Dr. Stier-Somlo festgelegt. 2. 6000 M. 3. Beitragshöhe 8 Proz., jedoch für jede der neuen Angestelltenklasse gleich hoch. 4. Ist bereits in Kraft getreten. - S. 6. 50. Sie können sich bei der Kassenbehörde, Stralauer Straße 86, beschweren. - S. 6. 47. Wenden Sie sich an den Verein Bürger-Rettungsinstitut, Große Präsidentenstr. 7, oder Friedrich-Wilhelmsanstalt für Arbeitsame oder v. Dieckhoff-Str. 11, Potsdam, Sprechstunde 3-5. Privatnamen empfehlen wir nicht; falls Sie solche in Anspruch nehmen, raten wir, sehr vorsichtig zu sein. - S. 29. 6. Ist bereits im „Bormarkt“ vom 4. Oktober ausführlich dargestellt. - Emil Teltow 777777. Am 19. April 1906.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 11. d. Mts. verstarb unser Genosse, der Schlofer

Artur Thieme

Tegelstr. 30, Reg. 754. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Wälderstraße, Ecke Seestraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht! 231/3 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlofer

Rudolf Scheer

am 13. Oktober an Lungenerleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Nordplatz 3, aus auf dem Grieshmanne-Friedhofe in Nieder-Schönhausen statt. Rege Beteiligung erwartet! 127/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bergolder

Gustav Richter

Demminer Straße 13, im Alter von 64 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedhofs-Riedhofes in Rieder-Schönhausen-Nord aus statt. Um rege Beteiligung ersucht! 00/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kaufherr

Franz Seelig

am 12. d. Mts. im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes, Wälderstraße, aus statt. 68/13 Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.

Anlässlich der großen Teilnahme, die mir bei der Beerdigung meiner lieben Frau Ida Nahtow in so großer Nähe zuteil wurde, spreche ich allen, statt besonderer Worte, hierdurch meinen besten Dank aus.

Berlin, den 14. Oktober 1913.

Gustav Nahtow.

Dankfagung.

Für die herrlichen und zahlreichen Beweise der Teilnahme sowie für den zahlreichen Blumenbesuch beim Begräbnis unserer innigstgeliebten Tochter, Schwester und Braut

Gertrud Kühnert

welche uns der Tod plötzlich und unerwartet aus dem Kreise ihrer Lieben durch Herzschlag im Alter von 21 Jahren entzog, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, Freunden und Fremden unseren herzlichsten Dank.

Da, liebe Gertrud, ruhe sanft. Die schmergeprüften Eltern.

Familie Kühnert. Familie Erhardt. Berlin, den 14. Oktober 1913. 291

Dankfagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung unseres untergegangenen Sohnes

Karl Ruhnke

sagen wir hiermit allen Teilnehmern, besonders den Herren Kollegen der Piana Gräber Börsel auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen Karl Ruhnke nebst Frau und Kindern, Galtmühlstraße 17. 643

Dankfagung.

Für die herrliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Teilnehmern meinen besten Dank.

7091 Elise Fritsch und Kind.

Mohrenstr. 37a

Kolonaden. Gr. Frankfurterstr. 115

Trauer-Magazin

Kleider, Hüte etc. Außerste Preise

Farbige Konfektion

in größtem Maßstab zu billigsten Preisen

Westmann

30 jährige Erfahrung

in der Küche hat den Beweis des Wertes von Quaker Oats erbracht. Die Hausfrau weiss jetzt, dass Quaker Oats in hundertfacher Weise zubereitet werden kann, dass es die Gesundheit kräftigt, und dass es das sparsamste Nahrungsmittel ist, welches sie kaufen kann.

Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer versilberte Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind. Diese Löffel tragen keinen Reklameaufdruck, sind von grosser Haltbarkeit und eine Zierde für jeden Tisch.



Genau Abbildung in Naturgröße. Ohne Reklameaufdruck.

Unserem Genossen
Alfred Göbel
nebst Frau
die besten Glückwünsche zur
Bermählung!
Die Funktionäre der
S. Abteil. 6. Kreis.

In der Bermählung unseres
Freundes
Mudicke nebst Braut
ein dreifach domerndes Hoch!
Der Letzte von den Uebrig-
gebliebenen u. einige Freunde.

Unserem Genossen
Paul Conrad nebst
Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit!
Die Genossen des 503. Bez.
Abteil. 2. 26758

**Kadefahrerarten
Wanderarten**
hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Caden)



H. R. ERDT

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Bezirk Charlottenburg.
Donnerstag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr,
im „Volkshaus“, Hofmannstr. 3:
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten **W. Richter**: „Die Arbeits-
losenfürsorge in Staat und Gemeinde“. 2. Verbandsangelegenheiten.
90/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, C 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 16. Oktober 1913, abends 5 1/2 Uhr:
Versammlung
aller in Metallbetrieben beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen Neukölln
in den Hohenstaufen-Sälen, Kottbusser Damm 76.
Tagesordnung:
Die bevorstehende Krankenkassenwahl und ihre Be-
deutung für die Arbeiterschaft. 127/18
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 15. Oktober 1913.
Anfang 6 Uhr.

Sines Besatz am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Sines Nollendorf-Theater Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 7 Uhr.

Zgl. Opernhaus. Lohengrin.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zgl. Schauspielhaus. Die drei
Brüder von Damaskus.
Deutsches. Terquino Laffa.
Festung. Zeitwende.
Herkules. Galavorstellung.
Herkules Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem Imperator nach
New York.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Das Problem der Lebens-
entstehung.

Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.
Kommerzielle. Die goldenen
Palmen.
Deutsches Opernhaus. Die Königin
von Saba.
Deutsches Schauspielhaus. Der
erste Reiter. Satans Maske.
Neues Opernhaus (Krohn).
Hörsaal.

Deutsches Künstlertheater. Ge-
spenster.
Berliner. Wie einst im Mai.
Deutsches Künstlertheater.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: Gespenster.

Theater am Nollendorfplatz 5.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Heimkehr des Odysseus.
Dürckle's Operette.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 1a.
8 Uhr: Schauspiel. Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Sonntag 3 Uhr: Der Vogelhändler.

Theater des Westens.
9 Uhr: Gräfin Fifi.
Sonnt. nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin

Lessing-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male:
Zeitwende.
Schauspiel von Herbert Eulenberg.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter. Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Laura massiert.
Eine heitere Geschichte in
drei Akten von Karl R. Jacobs.
Donnerstag: Zum letzten Male:
Die Schiffbrüchigen.

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuldis
der
**Rafael
ohne
Arme**
bei seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Der Mann mit der eisernen Hand
und die anderen Attraktionen.

Residenz-Theater
Im Ehekäfig.
(Les Mariés en cage.)
Schauspiel in 3 Akten v. Antony Mars
und Maurice Desvallières.
Nacht u. folg. Tage: Im Ehekäfig.

Deutsches Schauspielhaus
11: Der erste Reiter. Satans Maske.
8 1/2 Uhr: Gräfin Fifi.
8 1/2 Uhr: Im Ehekäfig.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Biehoff, Neukölln. Für den Anzeigenteil bekannt. 23 Wloste, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Genu Singer u. Co., Berlin SW.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Freitag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.

**Schiller-Theater
Charlottenburg.**
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.
8 Uhr: Das Paar nach der Mode.

Berliner Theater.
6 Uhr:
Wie einst im Mai.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: Gespenster.

Theater am Nollendorfplatz 5.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Heimkehr des Odysseus.
Dürckle's Operette.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 1a.
8 Uhr: Schauspiel. Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Sonntag 3 Uhr: Der Vogelhändler.

Theater des Westens.
9 Uhr: Gräfin Fifi.
Sonnt. nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin

Lessing-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male:
Zeitwende.
Schauspiel von Herbert Eulenberg.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter. Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Laura massiert.
Eine heitere Geschichte in
drei Akten von Karl R. Jacobs.
Donnerstag: Zum letzten Male:
Die Schiffbrüchigen.

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuldis
der
**Rafael
ohne
Arme**
bei seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Der Mann mit der eisernen Hand
und die anderen Attraktionen.

Residenz-Theater
Im Ehekäfig.
(Les Mariés en cage.)
Schauspiel in 3 Akten v. Antony Mars
und Maurice Desvallières.
Nacht u. folg. Tage: Im Ehekäfig.

Deutsches Schauspielhaus
11: Der erste Reiter. Satans Maske.
8 1/2 Uhr: Gräfin Fifi.
8 1/2 Uhr: Im Ehekäfig.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Biehoff, Neukölln. Für den Anzeigenteil bekannt. 23 Wloste, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Genu Singer u. Co., Berlin SW.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
im 4. Berliner Reichstagswahlkreis**
Am Freitag, den 17. Oktober,
findet in der
Brauerei Friedrichshain
ein
Kunst- und heiterer Abend

statt. Mitwirkende sind u. a.:
Herr Organist Artur Sponglor,
Frau Laura Friedmann, Sopran,
Fräulein Ellen Byk, Violine,
Herr Erich van Boy, Lieder zur Laute,
Frau Olga Orsella und Fräulein A da
Koni: Leb. Lieder,
Herr Viktor Hartberg, Rezitator,
Herr Kurt Warnebold, Humorist,
Frau Käthe Erben, Opernsängerin.
Anfang 8 Uhr, nicht wie auf den Billetts 7 Uhr.

Billetts a 10 Pf. sind zu haben in der Zeitungs-
spekulation Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12, Hanisch,
Ackerstr. 174, Hackelbusch, Petersburger Platz 4,
Bureau des Wahlvereins Stralauer Platz 10/11 und
bei den Bezirksführern zu haben. 217/11

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Ruhspiel in fünf Akten von Lessing. Voffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon
und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps Garde-Füsilier-Regiments. Dirig. Oberm. Dopp.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Gr. Ausstattungsst. m. Ges. u. Tanz in
19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Glampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
Leopold Wolf. Ludwig Wolf.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.
Neu! Von 9-1 Uhr: Neu!

**Sichtspiele
Marmorhaus**
Kurfürstendamm 236
an der Kaiser-Wilhelm-
Gedächtniskirche.
Der größte Lacherfolg
der Saison!!!
Die blaue Maus.
Schwank in 4 Akten v. Julius
Horst und Alexander Engel.
Regie Max Mack.
In der Titelrolle
Madge Lessing.
Beginn der Vorstellungen:
5, 7, 9 Uhr.

Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Mittwoch 8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Das Problem der Lebensentstehung.

**Zirkus
Alb. Schumann.**
Heute Mittwoch, 15. Oktober
Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr
Nur noch einige Tage!
das mit beispiellosem
Erfolg aufgenommen
Eröffnungs-Programm!!!
Der Clou der Saison
Bengal-
10 Königs-Tiger 10
mit ihren Hoch- und Weit-
sprüngen,
vorgeführt von Herrn Sawade.

UT
Lichtspiele
Reinickendorfer-
strasse 14:
**Die Laune
einer
schönen Frau.**
Tragödie in 5 Akten.
In der Hauptrolle
die berühmte Tänzerin
Rita Sacchetto.
Anfang: Wochentags 6 Uhr.

Casino-Theater
Kottbuscher Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Bossen-Schlager
Ferdinand der Engendhaffe.
Das droht. Stück seit Bestehen d. Theat.
Vorher das erste. Spezialität. Progr.
Sonntag nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Epre.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisabstett
Die lustige Puppe.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisabstett
Die lustige Puppe.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisabstett
Die lustige Puppe.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisabstett
Die lustige Puppe.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisabstett
Die lustige Puppe.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisabstett
Die lustige Puppe.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, den 15. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Nur noch 2 Tage
R. Weise's Wunder-Bären.
Ferner
mit Alligatoren
sowie Auftreten aller großen
Attraktionen. Zum Schluss:
Die neue große Lusthaft-Vantom.
Aus unseren Kolonien.

Voigt-Theater
Fadstraße 38.
Mittwoch, den 15. Oktober 1913:
**Der Geigenmacher
von Wittenwald.**
Soll's Schauspiel in 3 Akten v. Ganghofer.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
„Alarm!“
Milit. Humoreske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen:
„Alarm!“
Beg. 1 Uhr, Saft. 7 1/2 Uhr, Entree 30 Pf.

Bürgerliches Schauspielhaus
Rathenauerallee 7-9.
Gef. des Neuen Opern-Pl. (Krohn):
La Traviata
(Violetta).
Oper in 4 Akten, von Giuseppe Verdi.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
Anfang
8 1/2 Uhr

Germania-Prachtsäle
N. Chausseestr. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
lustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Kassend. Freitag.
— Vorrangarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
anft. Familientänzchen.

**Berliner
Humor-Quartett**
W. Wutzky
Odeberger Str. 38
Für den Inhalt der Anzeig
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

**Berliner
Humor-Quartett**
W. Wutzky
Odeberger Str. 38
Für den Inhalt der Anzeig
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

**Berliner
Humor-Quartett**
W. Wutzky
Odeberger Str. 38
Für den Inhalt der Anzeig
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

**Berliner
Humor-Quartett**
W. Wutzky
Odeberger Str. 38
Für den Inhalt der Anzeig
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

**Berliner
Humor-Quartett**
W. Wutzky
Odeberger Str. 38
Für den Inhalt der Anzeig
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Deutsche Gewerkschaftsführer über die amerikanische Schuhindustrie.

Die deutschen Schuhindustriellen haben es schon bisher nicht bestritten können, daß die Unternehmer in der amerikanischen Schuhindustrie ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen, als wir sie in den meisten deutschen Schuhfabriken finden. Wenn sich aber die deutschen Schuhmacher zur Rechtfertigung ihrer Lohnforderungen auf die höheren amerikanischen Löhne beriefen, dann bekamen sie die Antwort: Die amerikanischen Schuhmacher leisten mehr als die deutschen; daher der Unterschied in den Löhnen.

Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands beschloß vor drei Jahren auf seiner Generalversammlung in Köln, seinen Vorstehenden, den Genossen Reichs- und Landtagsabgeordneten J. Simon, und seinen Gauvorsitzenden in Nürnberg, Genossen C. Höltermann, nach Amerika zu schicken, um festzustellen, wie es in Wahrheit bestellt ist, mit der Arbeit und den Löhnen in der amerikanischen Schuhindustrie. Die beiden Genossen trafen in Amerika am 20. September 1910 ein und blieben hier drei Wochen. Diese Zeit haben sie gründlich ausgenutzt. Dank der Hilfe der dortigen Schuhmacherverbände konnten sie die wichtigsten Betriebe in den verschiedenen Städten besichtigen und die Arbeits- und Lohnverhältnisse kennen lernen.

Ueber das Ergebnis ihrer Untersuchungen haben sie nun eine Denkschrift erscheinen lassen. Leider konnte die Schrift nicht früher fertig gemacht werden. Jedoch hat sie dadurch nichts an Wert eingebüßt. Genosse Simon schreibt darüber mit Recht:

„Allerdings sind in den drei Jahren seit der Feststellung der Tatsachen in Amerika die Löhne sowohl in Amerika, als auch in Deutschland geändert worden. Aber das ist nicht entscheidend. Die Hauptfrage ist vielmehr der Vergleich der Verhältnisse hien und drüben zu ein und derselben Zeit. Die Lehre aus diesem Vergleich hat für absehbare Zeit bleibenden Wert.“

Und zwar, fügen wir hinzu, nicht nur für die Schuhmacher, sondern für alle Arbeiter und weitere Kreise, die einen tieferen Einblick in die Entwicklung der Arbeits- und Lohnverhältnisse gewinnen wollen. Die Schrift bringt genaue Angaben über die besichtigten Betriebe, führt die amtlich festgestellten Zahlen über die Schuhindustrie im Staate Massachusetts an, stellt die amerikanischen Lohnsätze den deutschen gegenüber, läßt den Zahlen des Haushalts eines amerikanischen Arbeiters die eines Nürnberger Arbeiters und die eines Arbeiters im Erzgebirge folgen und ermöglicht es so den Lesern, die Schlüsse zu prüfen, die die beiden Genossen aus den ermittelten Tatsachen gezogen haben.

Auf die Einzelheiten können wir hier nicht eingehen, ebenso müssen wir bei Seite lassen, die Fülle wertvoller anderer Beobachtungen, die die Genossen in Amerika nebenbei gemacht und in der Denkschrift in sehr dankenswerter Weise bei passender Gelegenheit mitgeteilt haben. Dagegen verlohnt es sich für unsere Leser, einen Blick zu werfen auf das Gesamtbild, das uns die Denkschrift bietet.

Die amerikanische Schuhindustrie hat ihren Hauptsitz in den Neu-England-Staaten und hier wiederum im Staate Massachusetts. In Boston, der Hauptstadt von Massachusetts, befinden sich die Bureaus der Fabrikanten nebst großen Lagern, während die Fabriken in den benachbarten Orten errichtet sind. In diesen Fabriken arbeiten 40 000 Arbeiter. Auch die bedeutendste Schuhmaschinenfabrik der Welt finden wir in der Nähe Bostons. Sie beschäftigt 2300 Arbeiter. Die Fabrik verkauft nicht die von ihr hergestellten Maschinen, sondern vermietaet sie nur, läßt sich für jeden Schuh, der durch die Maschine geht, bezahlen und erhebt auf diese Weise eine beträchtliche Abgabe von den Schuhfabrikanten der ganzen Welt. Die „Deutsch-amerikanische Schuhmaschinenfabrik“ in Frankfurt a. M. ist eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Fabrik.

Die amerikanischen Schuhfabriken waren gut eingerichtet. Jedoch haben unsere Genossen fast ausschließlich größere Betriebe besichtigt; über die Zustände in den kleineren Betrieben können sie daher aus eigener Beobachtung nichts sagen. — Die Arbeitsteilung ist nicht überall bis ins Kleinste durchgeführt. Manche deutsche Fabrik geht hierin weiter. — Die technische Einrichtung ist, soweit die Verwendung von Maschinen in Frage kommt, keine andere als bei uns in Deutschland. — GröÙe Reinlichkeit herrscht in den Fabriken. Die Arbeitsräume werden regelmäßig ausgefegt und die Fenster gereinigt. Die Arbeiter arbeiten in Heberkleider. Bei allen Arbeiten, die die Hände besonders beschmutzen würden, tragen sie Handschuhe. Auffallend ist, daß die amerikanischen Schuhfabriken verhältnismäßig viel weniger Arbeiter unter 21 Jahren beschäftigen, als die deutschen Schuhfabriken. Um so beachtenswerter ist es, daß die genauen und eingehenden sachverständigen Darlegungen der beiden Genossen keinen Zweifel darüber lassen: die deutschen Schuhmacher stehen in ihrer Leistungsfähigkeit den amerikanischen Schuhmachern durchaus nicht nach! — Dagegen sind die Löhne der Schuhmacher in Amerika höher als in Deutschland. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter betrug in den Schuhfabriken des Staates Massachusetts 2362,77 M. für das Jahr, 7,88 M. für den Arbeitstag, bei der Firma Herz, deren Löhne anerkanntermaßen zu den höchsten in der deutschen Schuhindustrie gehören, 1400 M. für das Jahr, 4,64 M. für den Arbeitstag.

Gegen einen Vergleich der Löhne in Amerika mit denen in Deutschland wenden die deutschen Unternehmer ein: bei schlechtem Geschäftsgang schließen die Amerikaner mehrere wochen-, ja monatelang ihre Fabriken, und die Arbeiter stehen dann ohne Verdienst da. Die beiden Genossen haben sich hienach erkundigt, aber nirgends derartigen feststellen können. In Amerika wird zweimal im Jahr Inventur gemacht. Bei dieser Gelegenheit müssen die einzelnen Abteilungen einige Tage aussetzen. Das ist alles.

Die Lebenshaltung ist in Amerika nicht teurer als in Deutschland. Für die Wohnung gibt der Amerikaner im allgemeinen nicht mehr aus als in Deutschland. Fleisch und Geflügel ist billiger als in Deutschland. Brot, Mehl, Butter, Zucker kosten ebensowiel. Kartoffeln sind verhältnismäßig sehr teuer. Kaffee, von dem der Arbeiter nur guten verbraucht, ist bedeutend billiger.

Unter diesen Umständen lebt der Arbeiter in Amerika besser als in Deutschland. Der amerikanische Arbeiter hat in

der Regel morgens zum Kaffee schon mehr Fleisch und Eier als der deutsche Arbeiter den ganzen Tag. Mittags ist nur 1/2 bis 1 Stunde Pause. Und da der Arbeitsplatz in der Regel weit entfernt liegt von der Wohnung des Arbeiters, so geht der Arbeiter mittags nicht nach Hause. Er bekommt in einem nahegelegenen Speisehaus ein Essen, das nicht nur nahrhafter, sondern auch viel reichlicher ist, als es sich der Arbeiter in Deutschland leisten kann. Für 84—105 Pf. bekommt er eine Suppe, Suppenfleisch mit Beilage, Braten mit Gemüse und eine Tasse Kaffee mit Kuchen. — Die Hauptmahlzeit nimmt dann der Arbeiter abends daheim ein.

Endlich ist bezeichnend für die Arbeiterverhältnisse in Amerika, daß sich dort die Unterordnung des Arbeiters unter die Fabrikleitung nur auf die Zeit während der Arbeit selbst bezieht. Ist der Arbeiter mit seiner Arbeit fertig, dann ist er auch im Fabrikraum sein eigener Herr. Er liest z. B. seine Zeitung und läßt sich darin auch dann nicht stören, wenn der Betriebsleiter dazukommt. Der Betriebsleiter beschränkt sich gar nicht um das, was der Arbeiter treibt, wenn er nicht mehr bei der Arbeit ist. —

Die Arbeiterverhältnisse in Amerika sind offenbar noch stark beeinflusst durch die außergewöhnliche Entwicklung der Industrie in der „neuen Welt“. Ob aber die Arbeiterverhältnisse in Amerika auch fernerhin unter dem Druck der immer rücksichtsloseren Wirtschaft des vereinigten Großkapitals günstiger werden, ist abzuwarten. In den letzten Jahren — das betonen die beiden Genossen ausdrücklich — hat die Erhöhung der Löhne in Amerika nicht einmal gleichen Schritt gehalten mit der Steigerung der Lebensmittelpreise.

Dabei haben die amerikanischen Schuhmacher ihre Kräfte in nicht weniger als sieben Fachverbänden zerstückelt. Das Beispiel der Großkapitalisten sollte ihnen zeigen, daß sie nur durch die Vereinigung aller ihrer Kräfte eine immer größere Widerstandskraft erlangen können. Und die haben sie unbedingt nötig. Wehe den Arbeitern auch in Amerika, die sich ihrer Haut nicht genügend wehren können. Sie versinken in Elend ebenso wie bei uns in Deutschland. Der Kapitalismus baut sich eben überall auf der möglichst rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeiter auf. —

Sicher sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schuhmacher in Amerika günstiger als in Deutschland. Dies nachgeprüft zu haben, ist das große Verdienst der in jeder Beziehung vortrefflichen Denkschrift der beiden Genossen. Die festgestellte Tatsache möge die deutschen Arbeiter darüber belehren, daß sie auf das Geschrei der Unternehmer über die unbedingte Unmöglichkeit besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gar keinen Wert zu legen haben. Sie werden aber bessere Verhältnisse nur dann erringen, wenn sie unermüdet ihre Gewerkschaft ausbauen und auch in der politischen Arbeiterbewegung mit allen Kräften mitarbeiten.

Soziales.

Heilmittelanzeigen sind zulässig.

Im Gegensatz zu seiner früheren Judikatur hat das Kammergericht am Montag die Berliner Polizeiverordnung vom 1. August 1912, die die öffentliche Anündigung solcher Heilmittel verbietet, die nach der Medizinalverordnung nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden dürfen, für ungültig erklärt.

Die „Jahreszeitung Rundschau“, das Organ des Verbandes der Dentisten im Deutschen Reich, hatte Annoncen der chemischen Fabrik von Dr. Speyer und Karger gebracht, wodurch diese verschiedene chemische Mittel anfündigten, die von Zahnärzten und Dentisten bei ihrem Beruf, namentlich zur dringlichen Beseitigung bei operativen Eingriffen, verwenden. Herr Dr. Speyer als derjenige, welcher die Annoncen aufgegeben hat, wurde wegen Uebertretung der für den Landespolizeibezirk Berlin erlassenen Polizeiverordnung vom 1. August 1912 angeklagt.

Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach den Angeklagten frei. Im Gegensatz zum Angeklagten nahm das Landgericht allerdings die Gültigkeit der Polizeiverordnung vom 1. August 1912 an, indem es sich auf frühere Entscheidungen des Kammergerichts berief. Die Freisprechung müsse aber dennoch erfolgen, weil es sich hier um eine Anzeige in einem Fachblatt handele, die nur für die beteiligten Fachkreise verbindlich sei. Unter diesen Umständen liege keine öffentliche Anündigung im Sinne der Polizeiverordnung vor.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Rechtsanwält Wolfgang Heine und Justizrat Hofmann legten dar, daß mit Recht das Landgericht angenommen habe, daß bei entsprechenden Anfündigungen in der Fachpresse keine öffentliche Anündigung im Sinne von Vorschriften, wie sie die Polizeiverordnung enthalte, vorliege. Auch der Berliner Polizeipräsident habe in einer Zuschrift an eine Fachzeitung erklärt, daß es nicht in seiner Absicht liege, die Polizeiverordnung vom 1. August 1912 auf Inserate in Fachblättern angewendet zu sehen. Das ganze Vorgehen gegen Inserate in verschiedenen jahreszeitlichen Zeitschriften sei auf Anzeigen des „Wirtschaftlichen Verbandes deutscher Zahnärzte“ zurückzuführen.

Die Polizeiverordnung vom 1. August 1912, welche das öffentliche Anfündigen und Anzeigen von Heilmitteln, die dem freien Verkehr entzogen sind, unter Strafe stelle, könne aber überhaupt nicht als gültig angesehen werden. Gegenüber entgegengegesetzten Entscheidungen des Kammergerichts müsse entschieden eine nochmalige Nachprüfung der Rechtslage gefordert werden. — In jeder eingehenden Rechtsausführung beanspruchen eingehend die Verteidiger die Auffassung der Ungültigkeit der Polizeiverordnung, die weder mit dem Reichsrecht noch mit dem Landesrecht vereinbar sei.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, indem es die Polizeiverordnung vom 1. August 1912 für ungültig erklärte. Begründet wurde ausgeführt: Es könne dahingestellt bleiben, ob der Angeklagte nicht schuldig sei, weil er die Anündigung in einem Fachblatt veröffentlicht habe. Denn bei nochmaliger Prüfung der Frage der Gültigkeit solcher Polizeiverordnungen, die ganz allgemein die Anündigung von Monopollmitteln verbieten, sei der Senat im Gegensatz zu seiner bisherigen Auffassung zu der Ansicht gekommen, daß solche Polizeiverordnungen ungültig seien. Dem Reichsgericht widerspreche die Verordnung allerdings nicht. Auch nicht dem Reichs-Prechtgesetz, denn sie richte sich gegen alle Anfündigungen, nicht bloß gegen solche durch die Presse. Sie widerspreche auch nicht der Gewerbeordnung. Wenn das Reichsgericht das anzunehmen scheine, so sei das Kammergericht ihm darin nicht beigetreten. Der § 8 der Gewerbeordnung gelte nur die Grenzen zwischen dem Heilmittelverkauf durch Apotheken und durch andere Verkäufer. Die Gewerbeordnung verhalte sich aber nicht darüber, ob in der Verfügung zum Verkauf auch die Befugnis zur Anündigung enthalten sei. Es komme also nur die Landesgesetzgebung in Frage. Das Kammergericht habe bisher die Gültigkeit derartiger Verordnungen, wie die hier vorliegende, aus § 61 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes hergeleitet. Daraus könne aber der Senat nicht mehr festhalten. Polizeiverordnungen aus § 61 dieses Gesetzes setzten voraus, daß sie sich innerhalb der Grenzen des § 10, Teil 2, Titel 17 Allgemeinen Landrechts hielten. Das heißt, daß sie sich gegen eine bevorstehende Gefahr richteten, gegen eine auf Tatsachen beruhende Wahrscheinlichkeit einer solchen.

Das Vorliegen dieser Voraussetzung könne nicht angenommen werden bei einer Polizeiverordnung, die die Anündigung jeglicher, den Apotheken vorbehaltenen Mittel verbiete. Eine jahrelange Praxis habe ergeben, daß es sich dabei vielfach um harmlose Mittel handele. — Wenn sich die Polizeiverordnung beschränkte auf Reklamemittel, die an sich gefährlich seien, und auf Mittel, die sich gegen gefährliche Krankheiten richteten, dann könnte sie gültig und zulässig sein. Daraus halte sich aber die Polizeiverordnung nicht, sondern sie verbiete ganz allgemein die öffentliche Anündigung aller den Apotheken vorbehaltenen Mittel, selbst der unschädlichen. Weil sie so allgemein sei, könne die Verordnung nicht als gültig anerkannt werden. Deshalb sei Angeklagter mit Recht freigesprochen worden.

Wohnungsbaun.

Ein recht günstiges Ergebnis mit dem Bau von 48 Arbeiterwohnungen in eigener Regie erzielte in Rüttingen i. Oldenburg der Bauverein Rüttingen. Gegenüber dem mindestdifferierenden Bauunternehmer für die schlüsselfertige Herstellung der Häuser betragen die Ausgaben der Genossenschaft über 20 000 M. weniger. Dieses Resultat bezog den Verein, sofort mit dem Bau von weiteren etwa 50 Wohnungen zu beginnen.

Gerichts-Zeitung.

Kritik vor der Ausführung.

Der „Holl Sudermann-Jacobsohn“ gelangte gestern vor dem Stadt von Austrag. Unter der Anklage des Vergehens gegen das Gesetz betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst standen der Privatdozent Dr. Theodor Jessing-Hannover und der Schriftsteller Siegfried Jacobsohn, Herausgeber der „Deutschen Schaubühne“, vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmer. Als Nebenkläger trat der Schriftsteller Hermann Sudermann unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Goldbaum auf.

Es handelt sich um die Veröffentlichung einer Kritik über das Sudermannsche Stück „Der gute Ruf“ vor dessen Erläuterung. Das Vergehen des Nachdrucks soll vorliegen, weil in der Kritik unbedeutend der wesentliche Inhalt des Stückes wiedergegeben sei und ganze Stellen wortgetreu abgedruckt sind.

Angeklagter Dr. Jessing erklärte u. a., daß er ein wesentliches Interesse an der Erledigung dieses Prozesses und der Feststellung habe, daß er nicht belästigt werde, da außer diesem Verfahren noch ein weiteres Disziplinarverfahren wider ihn bei dem Königl. Theater und beim Kultusministerium schwebt und zwar in seiner Eigenschaft einerseits als Direktor des Königl. Theaters in Hannover und andererseits als akademischer Lehrer. Er schickte voraus, daß er als Dozent der Kesseltisch und Ethik sich viel mit theatralischen Werken zu beschäftigen und auch als Lektor für die Intendantur in Hannover etwa über 500 Bühnenwerke sein Urteil abgegeben habe. Er sei im Mai 1906 mit Herrn Jacobsohn bekannt geworden und habe ihm auf sein Ersuchen gelegentlich Beiträge für dessen „Schaubühne“ geliefert. Herr Jacobsohn habe ihm kein Hehl daraus gemacht, daß die „Schaubühne“ sich in schwieriger finanzieller Lage befand und er habe vom 15. August 1912 bis Oktober 1913 ihm gelegentlich Gratisbeiträge geliefert. Nun sei in Hannover am Königl. Theater der Regisseur gestorben und es kam ein neuer Intendant, der aus der militärischen Karriere hervorgegangen war. Dieser habe bei ihm angefragt, ob er neu eingereichte Stücke für die Intendantur begutachten wolle. Er habe zugestimmt, daß er diese durch seine Stellung als Dramaturg genommene Kenntnis der neuen Werke auch anderweitig literarisch verwerthen könne. Er gehe ohne weiteres, daß er dasselbe Recht, wegen dessen er jetzt angeklagt sei, etwa 200 mal begangen habe, d. h. daß er auf Grund eines Bühnenmanuskripts eine Besprechung über ein Werk geschrieben habe. Anfang Oktober 1912 sei ihm von der Intendantur das Stück „Der gute Ruf“ zur Begutachtung zugestellt worden. Er habe das Stück eine Zeitlang liegen gelassen, weil er keine Zeit hatte, dann habe er das Gutachten für die Intendantur geschrieben, das wörtlich dasselbe ist, wie der unter seinem Namen in der „Schaubühne“ erschienene Artikel. Diesen habe er Herrn Jacobsohn angedrückt, der in Berlin besorgenden Premiere als Beitrag „zur gelegentlichen Verwendung“ überwies. Herr Jacobsohn habe diesen Brief am 20. Dezember empfangen, er hat aber diese Sache nicht nur sofort an Korrespondenzbureau weitergegeben, sondern ihm auch noch einmal den üblichen Korrekturbogen zugeheftet. Bis Januar habe er von Herrn Jacobsohn nichts gehört. Dieser habe aber die Sache für sich zu fruchtlicheren gesucht, denn schon zwei Tage nach Empfang des Gutachtens habe er in der „Schaubühne“ angekündigt, daß in der nächsten Nummer schon das Blatt imstande sein werde, den Inhalt des neuen Sudermannschen Werkes mitzutheilen. Als dann die betreffende Nummer der „Schaubühne“ konfiguriert worden war, habe er sofort an Jacobsohn geschrieben, woher er die Kenntnis von dem Inhalt gewonnen und daß er natürlich angenommen habe, daß die Veröffentlichung erst nach der Erläuterung des Stückes stattfinden würde. Er habe ferner der Königl. Intendantur zu Hannover sofort mitgeteilt, daß ein schwerer Mißbrauch seines Manuskripts vorliege und habe dann zunächst sein Amt als Lektor niedergelegt, bis die Sache vollständig aufgeklärt worden sei. Da er dann Objekt der heftigsten Preßangriffe wurde, sei er nach Berlin gefahren und habe Jacobsohn aufgesucht und ihm seine Mißbilligung über sein Vorgehen ausgedrückt. Jacobsohn habe sich nach seiner Meinung in einer üblen Lage befunden und so habe er denn diese Angelegenheit weiter benutzt, um sie für die „Schaubühne“ lukrativ zu machen, indem er eine Gerichtszeitsung in seinem Blatt veröffentlichte, dabei seine Verteilungsbrede fingiert und direkt gesagt, daß er sich den Kampf gegen Sudermann zur Lebensaufgabe gemacht habe. Er wollte sich also eine Märtyrerkrone zu herabgescherten Preisen anschaffen und er (Dr. J.) sollte die Kationen aus dem Feuer holen. Das sei ihm ganz wider den Strich, denn er gestehe, daß er einen Roman von Sudermann lieber lese als die „Schaubühne“. Sollte er gewußt, daß Jacobsohn den Artikel schon vor der Premiere veröffentlichte, so würde er es bis dahin auch nicht für illegal gehalten haben.

Der Angeklagte Jacobsohn wendet sich in seiner Vernehmung gegen die Angaben des Dr. Jessing, daß er sich damals mit seiner „Schaubühne“ in finanziellen Schwierigkeiten befunden hätte. Dies laufe ja schließlich darauf hinaus, als habe er den Artikel aus abler Sensationslust und um ein gutes Geschäft damit zu machen, veröffentlicht. Das stimme natürlich absolut nicht. Im Jahre 1906 habe einer seiner Mitarbeiter in der „Schaubühne“ einen Artikel über ein neues Buch des Dr. Jessing gebracht. Im Jahre 1909 habe er Dr. J. dann persönlich kennen gelernt, der ihm immer und immer wieder versichert habe, daß die „Schaubühne“ die beste Zeitschrift sei. Er habe darauf geäußert, daß ihm dies schon häufig gesagt sei, leider habe dies aber noch niemand in einer anderen Zeitschrift geschrieben. Bald darauf sei dann von Dr. Jessing in der „Zukunft“ ein Artikel erschienen, in welchem er die „Schaubühne“ als die beste Zeitschrift in aller Welt bezeichnete. Dr. J. habe ferner geäußert, er (Jacobsohn) habe sich im August 1912 in finanziellen Schwierigkeiten befunden. Wichtig sei folgendes: Er habe aus verschiedenen Gründen den Plan verfolgt, wieder die „Schaubühne“ selbst herauszugeben. Hierzu gehörten ein paar tausend Mark, die er aber nicht besessen habe. Im seinen Plan trotzdem aber zur Ausführung bringen zu können, habe er seine besten Mitarbeiter gebeten, etwa ein Vierteljahr lang kein Honorar von ihm zu verlangen. — Er habe niemals annehmen können, daß der ihm von Dr. J. zugefandte Artikel erst nach der Premiere des

Sudermannschen Stückes veröffentlicht werden sollte. Gegen diese Annahme spreche ja auch der Inhalt des Artikels selbst.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er denn, nachdem er gesehen hatte, daß der Artikel den wesentlichen Inhalt des Stückes wiedergebe, noch der Meinung gewesen sei, daß er den Artikel vor der Aufführung veröffentlichte dürfe, erklärte der Angeklagte Jacobsohn, daß er jenen Paragrafen des Urheberrechts gar nicht gekannt habe. Er hätte den Artikel, da er dieses Gesetz eben nicht genau kannte, ohne jede Bedenken vorher veröffentlicht. Dingu komme noch, daß J. B. über das Stück „Das Blumenboot“ etwa ein Jahr vor der Aufführung Artikel geschrieben worden seien. Er habe nicht wissen können, ob nicht „Der gute Ruf“ ebenso wie „Das Blumenboot“ schon in Buchform erschienen sei und dem Dr. Lessing vorgelegen habe. Schließlich müsse er auch noch darauf hinweisen, daß er damals gar nicht gewußt habe, daß Dr. Lessing als Dramaturg bei dem Hoftheater in Hannover tätig war.

Dr. Lessing bemerkt noch: Er habe keinerlei Honorar erhalten, also keinerlei eigenes materielles Interesse verfolgt. Er frage auch, ob diese Strafverfolgung auch insofern worden wäre, wenn die Kritik lobend ausgefallen wäre? — Nebenkläger Sudermann: Ja!

Zu nicht zu vereinbarenden Widersprüchen zwischen den beiden Angeklagten kommt es über die Frage, ob Angeklagter Jacobsohn gewußt habe, daß Dr. Lessing Dramaturg in Hannover war. Dr. Lessing behauptet es wiederholt, Angeklagter Jacobsohn bestreitet es ebenso bestimmt.

Auf eine Frage des Vorsitzenden an Jacobsohn, woher denn Dr. Lessing nach seiner Meinung Kenntnis von dem Inhalt des Stückes erhalten haben konnte, antwortet Jacobsohn: Es sei doch bekannt, daß manche Personen Einblick in die gedruckten Manuskripte neuer Stücke gewinnen. Im übrigen habe er den Artikel gern veröffentlicht, weil er insofern nicht in das Theater zu gehen brauchte, dessen Direktor Lang als erste Tat es betrachtet habe, ihm den Zutritt zum Theater zu verbieten. Dies habe die Folge gehabt, daß 18 Berliner Kritiker dem Direktor die Allernähe stellten, entweder dieses Verbot zurückzunehmen oder von der Berliner Kritik überhaupt ausgeschlossen zu werden. Da habe sich der Direktor Lang gebeugt, er aber habe die Gnade des Herrn Direktors nicht in Anspruch nehmen wollen.

Staatsanwalt Assessor Waudouin hält die Rechtslage für ganz zweifellos: Angeklagter Dr. Lessing habe nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme keine Schuld daran, daß die Kritik vor der Premiere veröffentlicht wurde. Gegen Dr. Lessing beantragte er daher die Freisprechung. Der Angeklagte Jacobsohn dagegen müsse wegen Vergehens gegen das Urheberrecht verurteilt werden. Es handle sich um einen recht erheblichen Vertrauensbruch und deshalb beantrage er 200 M. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Goldbaum als Vertreter des Nebenklägers betont, daß es sich um den nackten Tatbestand des Nachdrucks handle. Beide Angeklagte seien strafbar, die größere Schuld liege bei Jacobsohn. Dieser habe dolos gehandelt und in dem Bewußtsein, etwas zu tun, was nicht anständig sei, es doch riskiert, um für sein Blatt eine Sensation zu schaffen. Der Vertreter des Nebenklägers beantragte neben der Verurteilung auch eine Buße von 3000 M., die zu wohltätigen Zwecken verwendet werden sollen.

Die Verteidiger Justizrat Heinemann und Dr. Epstein plädieren aus Rechts- und tatsächlichen Gründen für Freisprechung und drücken ihr Erstaunen aus, daß hier eine solche Lappalie von Herrn Sudermann zu einer Staatsaktion gemacht worden sei.

Der Nebenkläger Sudermann gibt hierauf noch folgende Erklärung: Es liegt mir völlig fern, die Vornehmheit der Gesinnung des Herrn Dr. Lessing irgendwie zu bestritten. Es handelt sich meinerseits in keiner Weise um einen Akt der Rache oder des Hasses, als ich gegen die Angeklagten vorging. Dieser Entschluß ist mir vielmehr vom Verband deutscher Bühnenschriftsteller aufgegeben worden. Es ist mir unsympathisch, um meine materielle Schädigung hier zu reden, es ist mir auch unsympathisch, hier eine hohe Buße zu fordern und ich meinerseits will auf eine solche verzichten.

Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende das Urteil

dahin: Der Tatbestand ist klar und einfach. Verletzt ist nur der § 39 des Urhebergesetzes, denn in der Kritik ist der wesentliche Inhalt des Stückes angegeben, die kleinen wörtlichen Zitate sind aber nur zum Zwecke der Kritik und nicht zum Zwecke des Nachdrucks angezogen. Objektiv liegt ein Verstoß gegen den § 39 vor. In subjektiver Beziehung hat das Gericht folgendes erwogen: Dr. Lessing mußte sich sagen, daß die Kritik, die er vor der Erstaufführung verbandte, auch vor derselben in der „Schaubühne“ erscheinen würde. Es hat dies in seinem Willen aufgenommen und deshalb widerrechtlich gehandelt. Jacobsohn mußte nach Ansicht des Gerichts, daß er den Artikel nicht veröffentlichte durfte. Auch er hat vorsätzlich und rechtswidrig gehandelt. Dr. Lessing ist sich vielleicht der Tragweite seines Tuns nicht voll bewußt gewesen, andererseits mußte er sich sagen, daß eine solche Veröffentlichung einer Kritik vor der Premiere auf das Premierenpublikum von erheblichem Einfluß sein konnte. Das Gericht hat Jacobsohn zu 200 M. Geldstrafe ev. 20 Tagen Gefängnis, Dr. Lessing zu 100 M. ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt und die Unbrauchbarmachung des Artikels, der Platten und Formen verfügt!

Ein verurteilter Heldung gegen Jugendliche.

Wegen Übertretung des Vereinsgesetzes waren Feide, Solberg und Feldmann vom Landgericht in Berlin verurteilt worden, weil sie als Jugendliche einer politischen Versammlung im „Schwarzen Adler“ zu Lichtenberg beigewohnt hätten. Die Verteidigung rügte in der schriftlichen Revision unter anderem, daß die Angeklagten schon wegen Verjährung hätten freigesprochen werden müssen. Innerhalb einer Frist von mehr als drei Monaten vor Erlass einer Verfügung auf Terminanberaumung habe seinerzeit der Vorsitzende des Jugendgerichts immer nur die Akten eines anderen Jugendprozesses eingeholt, aber keine gegen die Angeklagten gerichtete Handlung unternommen.

Nachdem das Kammergericht von dem betreffenden Amtsgericht eine Auskunft eingefordert hatte, erkannte es am Dienstag auf Aufhebung des landgerichtlichen Urteils und auf Einstellung des Verfahrens. Der Senat habe sich nicht davon überzeugen können, daß die innerhalb jener drei Monate ergangenen Verfügungen des Amtsgerichts auf Einholung der Akten aus einem Prozeß gegen andere Jugendliche (Schönberg und Gen.), in welchem noch Behauptung der Verteidigung Freisprechung erfolgt sei, als gegen die Angeklagten gerichtete Handlungen anzusehen wären. Somit sei die Verjährungsfrist durch sie nicht unterbrochen worden und das Verfahren müsse wegen Verjährung eingestellt werden.

Ein Zivilist wegen eines Kompagniebefehls bestraft!

Der seltene Fall, daß ein Zivilist wegen Weisung zur Nichtausführung eines Kompagniebefehls bestraft ist, wurde am Montag vor dem Reichsgericht verhandelt.

Das Landgericht Kiel hat am 10. März d. J. den Kaufmann Hermann Siegler wegen Weisung zum Vergehen gegen § 130 des Militärstrafgesetzbuchs (Vergehen nach § 49 des Reichsstrafgesetzbuchs) zu 3 Tagen Haft verurteilt. Der Angeklagte ist Inhaber eines Geschäftes für Militärbedarfartikel. Im Januar 1910 erschien bei ihm der Maschinenwartmeister Konrad Weis und bestellte einen Extrazug. Im Februar 1910 erging in der Kompagnie des W. ein Kompagniebefehl dahin, daß alle Soldaten durch Quittung Beleg dafür bringen sollten, daß ein jeder seinen Extrazug bezahlt habe, da niemand auf Kredit arbeiten lassen sollte. W. ging zu dem Angeklagten und bat diesen, ihm, obwohl er seinen Anzug noch nicht bezahlt hatte, eine Quittung darüber

auszustellen, daß der Anzug bezahlt sei. Der Angeklagte tat dies, indem er W. eine Rechnung schrieb des Inhalts: „Einen Extrazug geliefert, Preis Mark. . . Betrag dankend erhalten.“ Diese Rechnung reichte W. dem Kompagniechef ein. Als es später an den Tag kam, daß es mit der quittierten Rechnung doch nicht seine Wichtigkeit hatte, ist W. vom Militärgericht wegen Vergehens gegen § 130 des Militärstrafgesetzbuchs zu 3 Tagen Mittelarrest verurteilt worden, während der Angeklagte wegen Weisung zu diesem Vergehen die bereits erwähnte Strafe erhalten hat. Denn obwohl der Angeklagte behauptet hatte, er habe nicht gewußt, wozu die Quittung dienen sollte, hat das Gericht als erwiesen angesehen, daß er sich dessen wohl bewußt war, und daß er sich, entgegen seiner Einrede, auch nicht für berechtigt gehalten hat, eine solche Quittung auszustellen. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte J. Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf diese.

Gültigkeit des Verbots des „Anreisens“.

Die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Oppeln vom 17. Juni 1907 verbietet es den Geschäftsführern, Vorübergehende oder Schaulustige durch Worte oder Zeichen zum Betreten ihrer Räder zu ermuntern. Mit anderen Worten: sie anzudeuten.

Wegen Verstoßes gegen diese Verordnung wurde der Geschäftsinhaber Stawron in Preußen von der Strafammer in Preußen verurteilt. Sie erachte die Verordnung für rechtmäßig. Der Angeklagte habe sich gegen sie vergangen. Er habe hinter der Radentür gestanden und wenn er Leute bemerkte, die sich angestülpte Sachen ansahen, habe er sie aufgefordert, den Raden zu betreten.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision des Angeklagten, der die Ungültigkeit der Verordnung behauptete. Die Verordnung sei rechtmäßig. Der Einwand des Angeklagten sei unzulässig. Die Gewerbebefreiung betreffe nur die Zulassung zum Gewerbe. Es werde aber durch die Gewerbeordnung nicht eine polizeiliche Regelung der Ausübung des Gewerbes ausgeschlossen. Es komme nur darauf an, daß eine solche Regelung eine Rechtmäßigkeit habe. Das Verbot des Anreisens habe aber eine solche Rechtmäßigkeit im § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes, wonach zu den Aufgaben des polizeilichen Verwaltungsrechts die Sicherheit, Reinlichkeit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen gehöre. Das Anreisen könne zu Störungen des Verkehrs auf öffentlichen Straßen führen. Mit Recht sei Angeklagter verurteilt worden.

Aus aller Welt.

Der Flug nach Spanien oder: Die Taube auf dem Dache.

Ein Abenteuer, bei welchem er fast wie durch ein Wunder dem sicheren Tode entronnen ist, hat gestern nacht der Flieger Reichelt erlebt, der auf einer Harlan-Taube nach Sanft Sebastian fliegen wollte. In der Nähe der Ortschaft Worsbad bei Weisbrühl nahe der französischen Grenze blieb aus noch unangefährter Ursache der Motor in 2000 Meter Höhe stehen. Alle Anstrengungen halfen nichts. Der Mercedes wollte nicht mehr! Lange Ueberlegung war nicht möglich und so ging Reichelt denn in möglichst flachem Gleitflug hernieder, um den unvermeidlichen Anprall auf den Boden wenigstens zu mildern. Der Barograph sank und sank, bis Reichelt und sein Begleiter schließlich kaum mehr 30 Meter über dem Boden waren. Nun galt es einen Landungsplatz zu suchen. In der Dunkelheit war jedoch nichts zu erkennen. Plötzlich erhielten die Flieger einen furchtbaren Stoß. Das Flugzeug bohrte sich in irgendeinen harten Gegenstand, der frachend nachgab. Das Untergesicht brach an dem Flugzeug weg und dann hielt der Apparat nach einigen Schwankungen still. Einige Augenblicke war alles ruhig. Dann aber tauchten plötzlich schreiende und weinende Menschen auf. Reichelt war noch immer nicht im Klaren, wo er denn eigentlich gelandet sei. Erst beim Licht einiger Laternen sah er zu seinem Entsetzen, daß er sich auf dem Dache eines unter dem gewaltigen Anprall zusammengebrochenen Hauses befand. Ein Blick auf den Passagierstuhl zeigte ihm, daß auch sein Begleiter unvertezt sei. Nun befreiten sich die Flieger vorsichtig aus den Trümmern der Maschine und erreichten den Boden. Glücklicherweise waren auch die Hausbewohner mit dem Schrecken davon gekommen. Reichelt kehrte gestern nach Berlin zurück. Er hat eine Strecke von 425 Kilometer zurückgelegt.

Stöfflers Weltrekord im Weisfluge.

Nach einem mit seltener Kühnheit und unglaublicher Fähigkeit durchgeführten Fluge ist gestern nachmittag der bekannte Flieger Viktor Stöffler Inhaber des neuen Weltrekords im längsten Ueberlandfluge geworden, dessen Weisfluge sich bisher der junge Franzose Brindejone des Roulinais durch seinen weltberühmten Flug Paris—Berlin—Warschau mit 1882 Kilometern rühmen konnte. Stöffler hat diese Leistung bei weitem überboten.

Stöffler war in der Nacht zum Dienstag um 12 Uhr 6 Minuten in Johannisthal aufgestiegen und nach Posen geflogen, wo er um 2 Uhr 55 Minuten landete. Dann flog er nach Berlin zurück, wo er um 8 Uhr 3 Minuten wieder eintraf. Um 6 Uhr 45 Minuten flog er weiter, um nun den größten Teil seines Fluges, die 700 Kilometer lange Strecke nach Rülhausen l. E. zu absolvieren. Es glückte ihm, tatsächlich dort um 1 Uhr 20 Minuten zu landen, nachdem er eine Strecke von 1150 Kilometer bebedt hatte. Zum Weltrekord fehlten noch 250 Kilometer, und so ließ der wacker Pilot sich keine Zeit. Nachdem er schnell etwas genossen hatte, bestieg er seinen Doppeldecker, und nun ging es in schneller Fahrt nach Darmstadt, wo er um 5 Uhr 55 Minuten landete. Nun hatte er bereits den Weltrekord an sich gerissen, da seine zurückgelegte Strecke über 1400 Kilometer betrug. Brindejones Leistung war also schon um 20 Kilometer überboten. Mit seinem Erfolge aber noch nicht zufrieden, hielt sich Stöffler nur 2 Minuten in dem Darmstädter Militär-Fliegerlager auf und flog dann nach Rülhausen zurück, wo er nach Zurücklegung von 1650 Kilometern wieder eintraf. Es herrschte bereits völlige Dunkelheit, doch verbreitete der Vollmond an dem wolkenlosen Himmel so viel Licht, daß die Maschine schon auf große Entfernung sichtbar war. Ueber dem Flugplatz gab Stöffler mit seiner elektrischen Taschenlampe drei Signale, daß alles an dem Flugzeug in Ordnung sei. Außerdem gab er durch Aufsitzen der Lampe nach den Morsezeichen den bot der Fabrik verarmelten Fliegern und Ingenieuren bekannt, daß er nicht eher landen wolle, als bis er 2000 Kilometer in der Luft zurückgelegt habe. Zur Verkräftigung dieser Nachricht drehte er wieder um, flog um 7 Uhr 35 Minuten wieder nach Darmstadt weiter.

162 Opfer der „Volturno“-Katastrophe?

Man glaubt, daß bei der Katastrophe des Dampfers „Volturno“ nicht 196, sondern 162 Personen ums Leben gekommen sind. Hier von soll ein Teil der Besatzung angehören, während der andere Teil aus Passagieren besteht.

Unter den Passagieren befanden sich auch sechs ehemalige Vergleute von der Fregate „Raddod“, die nach Kanada auswandern wollten, um in dortigen Bergwerken Arbeit zu suchen.

Einer hat seiner Familie gedroht, daß er gerettet sei; das Schicksal der übrigen, die ihre Familien ebenfalls zurückgelassen haben, ist noch unbekannt.

Der Direktor der Uraniumgesellschaft, Trinsley, veröffentlicht in der „New York Tribune“ blödsinnige Erklärungen zu der Katastrophe des „Volturno“. Direktor Trinsley behauptet, daß die Ursache der Explosion wahrscheinlich in der Explosion einer Bombe in der Nähe der Taube zu suchen sei. Die holländischen und belgischen Seeleute seien vor der Abfahrt des „Volturno“ mit der Gesellschaft wegen Kohnerhöhung und anderer Forderungen in Streitigkeiten geraten und hätten bei der Abfahrt große Erbitterung an den Tag gelegt. Wiederholt habe die Gesellschaft Briefe erhalten, in denen gedroht wurde, eines ihrer Schiffe in die Luft zu sprengen. Direktor Trinsley gibt vor, zu vermuten, daß die Explosion am Donnerstag früh 7 Uhr durch eine von verdächtiger Hand gelegte Bombe verursacht worden sei! Danach hätten sich also die Mannschaften selbst in die Luft gesprengt. Die Unsinnglichkeit dieser Behauptungen liegt auf der Hand. Wenn die „Volturno“ das Opfer eines Verbrechens geworden sein sollte, darf man die Verbrecher nicht in den Reihen der Mannschaft suchen.

Eine weniger phantastisch klingende Ursache des Brandes gibt der auf der „Lorraine“ angekommene Koch Mennema vom „Volturno“ an. Die Schuld an dem Brande trage ein Raucher, der seine Zigarette in die Probiantlast geworfen habe. Das Feuer, durch die Lebensmittel und Pflaster genährt, habe reichend um sich gegriffen. Mennema erzählt auch, trotz der Panik unter den Passagieren habe sich kein Fall von Indisziplin ereignet.

Kleine Notizen.

Ein Opfer vom Luftschiffs-unglück bei Helgoland, die Leiche des beim Untergang des Marineluftschiffes L 1 ertrunkenen Oberleutnants Freiherrn von Ralkahn, ist durch den Fischdampfer „Juno“ in Westmünde gelandet worden.

Erdbeben in Messina. Ein von starkem unterirdischem Donner begleiteter Erdstoß ist am Montagnachmittag in Messina vernommen worden. Unter der Bevölkerung entstand großer Schrecken; die Einwohner verließen mit den Haustieren, die sie zummentrasse konnten, in wilder Hast die Häuser und eilten nach dem Meerestrande. Unter den Einwohnern Sardinien herrscht in letzter Zeit durch die wiederholt vorkommenden Erdstöße eine starke Nervosität und es bedarf nur des geringsten Anstoßes, um sie zu einer Panik ausarten zu lassen. Es gelang den Behörden jedoch, die Ruhe wieder herzustellen. Der Schaden ist nicht bedeutend, Menschenleben sind nicht zu beklagen. In astronomischen Kreisen erklärt man, daß dieser Erdstoß rein lokaler Natur sei und keine größere Bedeutung habe.

Ward und Selbstmord. In Radolfszell hat der Kaufmann Saweinfurth seine von ihm getrennt lebende Frau und dann sich selbst erschossen.

Ein schreckliches Familiendrama hat sich am Dienstag in Paris zugetragen. Vier Kinder eines in einem Warenhause angestellten Kassierers namens Bruder haben sich in selbstmörderischer Absicht in die Seine gestürzt und sind ertrunken. Der Grund zu der Bergewöhnung ist in Nahrungsfragen zu suchen, unter denen die Familie zu leiden hatte. Die Leichen der beiden Mädchen wurden bereits aus der Seine gefischt. Die Leichen der beiden Knaben konnten noch nicht gefunden werden.

Wartpreise von Berlin am 13. Oktober 1913, nach Ermittlungen des Igl. Vollgelehrtenamts. Weis (misp), gute Sorte 16,40—19,50, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Weis (runder), gute Sorte 14,30—14,80, Mittelstark 0,00—0,00, Fein 0,00—0,00.

Wartpreisenliste. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Bohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—70,00. Kartoffeln (Rindfleisch) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,40. Kalb 1,40—3,00. Lamm 1,40—3,00. Gänse 1,40—2,80. Enten 0,80—2,40. Schmalz 1,60—3,20. Eier 0,80—1,80. 60 Stück Äpfel 1,00—36,00.

Ich soll doch noch etwas mitbringen?



Rauers Mischungen

Marke Gelb: pro Pfund M. 1.00
Ja, das war's!

Bitte probieren Sie:
Rauers feinste Mischung
pro Pfund 1,10 Mark.
Rauers Marke weiß
pro Pfund 80 Pfennig.

Kaffee-Rösterei Rauer & Co.

Spezialgeschäft mit Kaffeemischungen, bestehend aus Bohnenkaffee mit bewährter Kaffeearbeitsstoffe

Nur C 54, Neue Schönhauser Str. 3.

Wir bitten, auf die Hausnummer achten zu wollen, da wir weder Filialen noch Niederlagen unterhalten.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: Grüner Weg 109

Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark 15	30	50	75
bis 25	bis 45	bis 70	bis 100

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke

Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.

Käufer einer Wohnungs-Einrichtung erhält einen eleganten Teppich gratis.

Vorzug dieser Inserate erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.